

**Universität Trier / Politikwissenschaft  
(Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre)  
und  
Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH**

**Arbeitspapiere zur Europäischen Integration /  
Working Papers on European Integration**

**Nr. 6 – Dezember 2010**

Thomas Oberkirch / Joachim Schild

## **Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens**

**ISSN 1865-2425**

Universität Trier, FB-III / Politikwissenschaft; Universitätsring 15, D-54286 Trier  
Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH, Europahausstraße, D-66620 Otzenhausen

E-Mail: [oberkirch@uni-trier.de](mailto:oberkirch@uni-trier.de) / [schild@uni-trier.de](mailto:schild@uni-trier.de)

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	4
Tabellenverzeichnis .....	4
Zusammenfassung .....	5
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>8</b>
<b>2. Begriffsbestimmung: Euroskeptizismus.....</b>	<b>8</b>
2.1 Definitionen und Konzeptualisierungen (Parteien-/Parteiensysteme) .....	9
2.1.1 Definition und Untertypen von Paul Taggart und Aleks Szczerbiak .....	9
2.1.2 Typologisierungsvorschlag von Petr Kopecký und Cas Mudde.....	11
2.1.3 Der Raum europaskeptischer Parteihaltungen bei Jan Rovny.....	12
2.1.4 Zwischenfazit.....	13
<b>3. Erklärungsansätze zum Phänomen Europaskeptizismus .....</b>	<b>13</b>
3.1 Theoretische Erklärungen von Bevölkerungseinstellungen.....	14
3.1.1 Ideen, Werte und Normen .....	15
3.1.2 Instrumentell-utilitaristische Motive.....	16
3.1.3 Zwischenfazit: Zwei Wege zum Euroskeptizismus.....	17
<b>4. EU-Unterstützung in der öffentlichen Meinung.....</b>	<b>18</b>
4.1 Die Erosion des permissiven Konsenses und ihre Folgen.....	18
4.2 Nationale und europäische Identität(en) .....	22
4.3 Allgemeine Unterstützungsindikatoren .....	25
4.4 Zwischenfazit .....	26
<b>5. Gescheiterte Vertragsreferenden .....</b>	<b>27</b>
5.1 Das Verfassungsreferendum in Frankreich.....	27
5.2 Das Verfassungsreferendum in den Niederlanden .....	29
5.3 Das irische Referendum über den Vertrag von Lissabon .....	31
5.4 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	32
<b>6. Medienberichterstattung.....</b>	<b>33</b>
6.1 Die EU als „sperriges Objekt“ der Medienberichterstattung .....	34
6.2 Die Rolle von Massenmedien bei der Ausbreitung von Europaskepsis: Einflussfaktoren.....	35
6.3 Mediale Wirklichkeit: Wie berichten Medien über die EU?.....	37
6.3.1 Printmedien .....	38
6.3.2 Fernsehen .....	40
6.3.3 Zwischenfazit.....	41

<b>7. Parteien und Parteiensysteme der EU-Mitgliedstaaten .....</b>	<b>42</b>
7.1 Euroskeptizismus in Parteien.....	42
7.2 Euroskeptizismus in Parteiensystemen .....	45
7.3 Europäische Integration als „neue“ politische Konfliktlinie.....	47
7.4 Wechselwirkungen zwischen Parteien und Bürgern .....	48
7.5 Zwischenfazit .....	49
<b>8. Europaskeptizismus in einzelnen EU-Mitgliedstaaten .....</b>	<b>50</b>
8.1 Erklärungsfaktoren europapolitischer Meinungsbildung.....	51
8.1.1 Ökonomische Faktoren .....	51
8.1.2 Sozio-kulturelle Faktoren.....	51
8.1.3 Politische Faktoren .....	52
8.1.4 Mediale Faktoren.....	52
8.2 Ländervergleiche .....	52
8.2.1 Deutschland .....	52
8.2.2 Frankreich .....	55
8.2.3 Großbritannien.....	57
8.2.4 Niederlande .....	60
8.2.5 Dänemark .....	62
8.2.6 Polen .....	64
8.2.7 Tschechische Republik.....	66
8.2.8 Österreich .....	69
8.2.9 Schweden .....	71
8.2.10 Italien .....	73
8.3 Zwischenfazit .....	74
<b>9. Fazit .....</b>	<b>76</b>
9.1 Forschungsdesiderate.....	77

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Typologie von Parteipositionen zu Europa .....	11
Abbildung 2: Theoretischer Raum des Europaskeptizismus (ES) .....	12
Abbildung 3: Einflussfaktoren auf der Mikroebene .....	13
Abbildung 4: Einflussfaktoren auf der Makroebene .....	14
Abbildung 5: Unterstützung der EG-/EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes (1973-2008) .....	19
Abbildung 6: Vorteile aus der EG-/EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes (1983-2008).....	20
Abbildung 7: Ein Modell der innerstaatlichen Politisierung von Europathemen.....	21
Abbildung 8: Ideologische Trennlinien der Referendumsdebatte.....	28
Abbildung 9: Positionierungen hinsichtlich ausgewählter EU-Politikbereiche (Links-Rechts-Dimension) .....	44

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Europäische und nationale Identität.....	23
Tabelle 2: Verbundenheit und Nationalstolz .....	24
Tabelle 3: Demographische Merkmale (Bewertung der Mitgliedschaft) .....	26
Tabelle 4: Frames mit Bezugnahme auf europäische Integration und EU-Institutionen .....	39
Tabelle 5: Typen von Parteiensystemen .....	46
Tabelle 6: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Deutschland (2005-2008).....	53
Tabelle 7: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Frankreich (2005-2008) .....	56
Tabelle 8: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Großbritannien (2005-2008).....	58
Tabelle 9: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in den Niederlanden (2005-2008).....	60
Tabelle 10: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Dänemark (2005-2008).....	63
Tabelle 11: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Polen (2005-2008).....	65
Tabelle 12: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in der Tschechischen Republik (2005-2008) .....	67
Tabelle 13: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Österreich (2005-2008).....	69
Tabelle 14: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Schweden (2005-2008).....	71
Tabelle 15: Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Italien (2005-2008).....	73

## Zusammenfassung

Europaskepsis stellt eine wachsende Herausforderung für die Fortentwicklung der Europäischen Union dar. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Integrationsprozess aufgrund einer verbreiteten „Europamalaise“ deutlich verlangsamt, nicht zuletzt durch die gescheiterten Vertragsreferenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland. Der vorliegende Literaturbericht gewährt einen Überblick über den Stand der Forschung zum Phänomen des Euroskeptizismus. Behandelt werden die Entwicklung europabezogener Einstellungen in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten, die Europaskepsis von Parteien, die Berichterstattung von Medien sowie die Ursachen und Dynamik von Euroskeptizismus in ausgewählten Mitgliedstaaten. Auf der Grundlage der vorhandenen Studien lassen sich folgende Befunde festhalten, die in der Forschung wenig umstritten sind.

1. Die Jahre der Aushandlung und Ratifizierung des Maastrichter Vertrags (1991-93) können als Zäsur in der Entwicklung der öffentlichen Meinung und der Ausbreitung von Europaskeptizismus betrachtet werden. Der „permissive Konsens“, der politischen Eliten angesichts indifferenter Haltungen der Bevölkerung erlaubte, die EU-Integration voranzutreiben, fand sein Ende. Er wurde abgelöst von einem integrationsbremsenden Dissens und einer zunehmenden Politisierung von Europathemen, vor allem durch Parteien. Die Unterstützung für die europäische Einigung in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten ging in den 1990er Jahren deutlich zurück, hat sich aber seitdem wieder leicht erholt.
2. Die Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten sind in der Regel euroskeptischer eingestellt als die politischen Eliten. Integrationsvertiefung ist somit weiterhin ein Elitenprojekt. Insbesondere die historische Entscheidung zur Währungsunion in den 1990ern und die damit in vielen Ländern verbundene Sparpolitik sowie die Osterweiterung 2004 haben zur Ausbreitung europaskeptischer Einstellungen beigetragen.
3. Innerhalb der Bevölkerung ist die Unterstützung europäischer Integration in höheren sozialen Statusgruppen – bei höher Gebildeten, bei Inhabern höherer Berufspositionen und Beziehern höherer Einkommen – ungleich größer als unter Arbeitern, Arbeitslosen, formal gering Qualifizierten und Einkommensschwachen. Daneben sind es eher jüngere Altersgruppen sowie Stadtbewohner, die dem Integrationsprozess vergleichsweise aufgeschlossener gegenüberstehen als Ältere und Bewohner ländlicher Gebiete.
4. Euroskepsis ist ein länderübergreifendes Phänomen mit länderspezifischen Ausprägungen. Als gemeinsame Quellen von Europaskepsis können verbreitete Wahrnehmungen von ökonomischen und kulturellen Herausforderungen durch Prozesse der wirtschaftlichen und politischen Integrationsvertiefung und der damit verbundenen Relativierung schützender Grenzen identifiziert werden. Wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalküle und Ängste als Gründe für Euroskepsis beziehen sich auf mögliche individuelle wirtschaftliche Nachteile durch Marktintegration, etwa durch Arbeitsplatzverlust und Unternehmensverlagerung, verschärfte Konkurrenz, Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, aber auch auf

kollektive Kosten, etwa in Form von Nettozahlungen des eigenen Landes zum EU-Budget. Kulturelle Bedrohungswahrnehmungen kreisen häufig um Fragen nationaler Identität und Souveränität, die Infragestellung nationaler Traditionen und die Folgen offener Grenzen in Form von Einwanderung und organisierter Kriminalität. Das Gewicht wirtschaftlicher und kultureller Bedrohungswahrnehmungen als Quelle von Euroskepsis variiert stark zwischen den EU-Mitgliedsländern. Tendenziell haben jedoch sozio-kulturelle Ursachen von Euroskepsis im Verlaufe der letzten 20 Jahre eher an Bedeutung gewonnen. Insbesondere exklusiv nationale Identitäten und Selbstbeschreibungen von Bürgern, die bei rund 40 Prozent der Unionsbevölkerung zu finden sind, wirken als wichtige Quelle des Euroskeptizismus. Multiple territoriale Identitäten, d.h. nationale und europäische Selbstwahrnehmungen von Bürgern, fördern integrationsoffene, europafreundliche Einstellungen.

5. Wirtschaftliche und soziale Verlustängste sind eher auf der politischen Linken zu finden und werden von Parteien der gemäßigten und vor allem der radikalen Linken aufgegriffen und teilweise in politischen Programmen für „Integrationsverlierer“ gebündelt. Kulturelle Bedrohungswahrnehmungen und Ängste um die Erosion nationaler kultureller Identitäten bilden hingegen einen Humus für politische Mobilisierung auf der rechten Seite des politischen Spektrums, insbesondere bei Rechtsaußenparteien.
6. Auf Parteebene ist Euroskeptizismus vor allem bei Parteien an den politischen Rändern zu finden, wo er teils aus ideologischen, teils aus rein strategischen Motiven des Parteienwettbewerbs und der Stimmenmaximierung eingesetzt wird. Die Präsenz von links- und/oder rechtspopulistischen und -extremen Parteien in Parteiensystemen ist ein wichtiger Faktor im Prozess der Ausbreitung von Euroskeptizismus. Diese setzen die Mainstream-Parteien der linken und/oder rechten Mitte unter Druck, ihr politisches Angebot teilweise mit Versatzstücken populistischer Europakritik anzureichern.
7. Die sich ausbreitende „Euromalaise“ kann nicht den Medien zur Last gelegt werden. Nur in wenigen Mitgliedstaaten, vor allem in Großbritannien und Österreich, tragen sie durch sehr negative Europabilder und -berichte zur Ausbreitung europaskeptischer Einstellungen bei. Insbesondere das meistgenutzte Medium Fernsehen ist nach vorliegenden Erkenntnissen weitgehend durch sachliche, eher neutrale bis europafreundliche Berichterstattung geprägt. In Bezug auf die Massenmedien erscheint in erster Linie das geringe Ausmaß der Berichterstattung über „sperrige“ Europathemen („Quotenkiller“ bzw. „Auflagenkiller“) als zentrales Problem. Eine bewusste und systematisch negative Berichterstattung bildet eher die Ausnahme.
8. Die Euroskepsis sowohl auf Bürger- als auch auf Parteebene ist ganz überwiegend „weicher“ Natur. Dies bedeutet, dass das Projekt der europäischen Einigung (mitsamt der EU als dessen institutioneller Ausdrucksform) von der Mehrheit euroskeptischer Bürger und Parteien nicht aus grundsätzlichen bzw. ideologischen Gründen abgelehnt wird, sondern eher aufgrund negativer Bewertungen spezifischer Politikbereiche und aktueller Entwicklungen der EU-Politik oder aufgrund der Wahrnehmung mangelnder Transparenz

und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger. Hier stellt sich die Frage, inwieweit negative Leistungsbewertungen und enttäuschte Erwartungen von grundsätzlich integrationsoffenen Bürgern mittel- bis längerfristig in „harte“ Europaskepsis umschlagen könnten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, welche eine der größten Herausforderungen der EU seit ihrer Gründung darstellt.

Die in dieser Studie zusammengetragenen Befunde verdeutlichen die Herausforderung für politische Bildungs- und europäische Aufklärungsarbeit: Euroskeptiker sind im Allgemeinen weniger gebildet, weniger politisch informiert und interessiert als Durchschnittsbürger. Neben euroskeptischen Bürgern existiert auch eine große Gruppe von „europaindifferenteren“ Bürgern, die keinerlei Interesse an der Beschäftigung mit komplexen Europathemen haben und ähnliche soziodemographische und politische Merkmale aufweisen wie der „typische“ Euroskeptiker: Sie finden sich vor allem in unteren Statusgruppen, sind politisch eher wenig informiert und interessiert. Sie sind durch politische Bildungsarbeit besonders schwer zu erreichen, bilden aber ein Potenzial, das durch euroskeptische Kommunikation und Wählerwerbung durchaus punktuell mobilisiert werden könnte.

## 1. Einleitung

Der europäische Integrationsprozess hat seit Mitte der 1980er Jahre erhebliche Fortschritte verzeichnen können. Zu den Meilensteinen zählen unter anderem die Einheitliche Europäische Akte (EEA, 1987), die Vollendung des Binnenmarktes zum 1. Januar 1993, das Schengener Abkommen (1995 in Kraft getreten), der Vertrag von Maastricht (1993) zur Gründung der Europäischen Union, die Einführung des Euro als Zahlungsmittel (2002) sowie die beiden Osterweiterungen 2004 und 2007 um den Großteil der Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes. Die EU hat sich in diesem Zeitraum zu einem der wichtigsten Wirtschafts- und Finanzräume der Erde entwickelt. Gleichzeitig schärfte sie ihr innen- und außenpolitisches Profil. Ihre Aufgaben, Verantwortungen und Ambitionen sind stets mit der Mitgliederzahl gewachsen. Die Europäische Union umfasst heutzutage 27 Mitgliedstaaten mit insgesamt knapp einer halbe Milliarde Menschen.

Trotz – oder gerade wegen – der weitreichenden materiellen und institutionellen Reformen der letzten beiden Jahrzehnte wuchs eine Europaverdrossenheit und -skepsis in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten und mit ihr die öffentliche Kritik an der Gemeinschaft. Die Liste der Kritikpunkte ist lang: Demokratiedefizit, Bürokratisierung und Bürgerferne, Einflussverluste der Mitgliedstaaten, wahrgenommene Defizite in der sozialen Flankierung des Binnenmarktes, eine „neoliberale“ Politikausrichtung sowie die Unklarheit hinsichtlich der Finalität des Integrationsprozesses. Kritische Stimmen kommen aus sämtlichen Bereichen des politischen und öffentlichen Lebens; wobei die ideologischen oder strategischen Beweggründe der Kritiker variieren. Dabei wird deutlich, dass Euroskeptizismus ein weitverbreitetes Phänomen ist, das keine nationalen, institutionellen oder ideologischen Grenzen kennt. Allerdings ist bloße Kritik an der EU nicht umgehend mit (Europa-)Skepsis gleichzusetzen. Kritik und Skepsis sind Nuancen eines gemeinsamen Phänomens. Dieser Literaturbericht soll einen breiten Überblick über die bisherige akademische Debatte und Literatur zum Thema Euroskeptizismus vermitteln und wesentliche Befunde und Erkenntnisse aus rund zwei Jahrzehnten Forschung zu diesem Gegenstandsbereich zusammentragen.

Dabei müssen notwendigerweise Schwerpunkte gesetzt werden, die sich in der Gliederung des Berichts widerspiegeln. So erhalten die Bereiche öffentliche Meinung (Kapitel 4), Medienberichterstattung (Kapitel 6), der Einfluss von Parteien und Parteiensystemen für die Ausbreitung europakritischer Einstellungsmuster (Kapitel 7) sowie Vergleiche von Europadiskursen in unterschiedlichen Ländern (Kapitel 8) besondere Aufmerksamkeit. Andere Bereiche, wie etwa das Agieren von Europaskeptikern im Europäischen Parlament (EP), bleiben ausgeblendet.

## 2. Begriffsbestimmung: Euroskeptizismus

Zunächst ist die zentrale Begrifflichkeit der nachfolgenden Betrachtung genauer zu umreißen. Der Begriff Euroskeptizismus kann leicht missverstanden werden, da eben nicht die Einstellung von Individuen oder Kollektiven gegenüber dem Euro als gemeinsame europäische

Währung, sondern vielmehr gegenüber der momentanen politisch-institutionellen Gestalt und zukünftigen Entwicklungstendenzen der EU gemeint ist. Er wird hier jedoch synonym mit Europaskeptizismus verwendet. Der Ursprung des Wortes lässt sich auf den englischen Ausdruck *euro-scepticism*<sup>1</sup> zurückführen. Nach Harmsen und Spiering (2004b: 15-16) fand dieser erstmals in einem Artikel der *Times* von Juni 1986<sup>2</sup> Verwendung. Seine ursprüngliche Bedeutung ist demzufolge auf das Engste mit der EU-kritischen Politik der britischen *Conservative Party* unter der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher verbunden.

Eine Erweiterung seiner Bedeutung erhielt der Begriff dann zu Beginn der 1990er Jahre (Hooghe & Marks 2007: 120). Der Vertrag von Maastricht wirkte gewissermaßen als Katalysator und offenbarte binnen kürzester Zeit, dass der Euroskeptizismus kein auf die britische politische Elite beschränktes Phänomen mehr war. Der Begriff wurde fortan ebenso zum Synonym für die kritischen Einstellungen der Menschen in den einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf die EU. Kritik, Skepsis und Unsicherheit waren essentielle Bestandteile der nationalen und transnationalen Diskurse im Rahmen der Referenden zur Ratifizierung des Maastrichter Vertragswerks. Euroskeptische Höhepunkte zu dieser Zeit waren insbesondere die vorläufige Ablehnung des Vertrages in Dänemark, das sogenannte *petit-oui* Frankreichs (vgl. u.a. Duhamel & Grunberg 1992; Harmsen & Spiering 2004b) sowie die offenkundig reservierte Haltung des deutschen Bundesverfassungsgerichts im Rahmen seines Maastricht-Urteils.

Euroskeptizismus ist ein vielschichtiges Phänomen, sowohl was die Ausprägungen als auch die Ursachen angeht. Im Rahmen der beiden Grundlagenkapitel ist es dementsprechend sinnvoll, zwei Betrachtungsebenen zu unterscheiden: Euroskeptizismus auf der Makroebene von Parteien und Parteiensystemen (Abschnitte 2.1.1 bis 2.1.4) sowie auf der Mikroebene von Bevölkerungseinstellungen (Abschnitte 3.1.1 bis 3.1.3). Der Fokus dieses und des nachfolgenden Kapitels liegt somit auf der Vermittlung von theoretischen Erklärungsmustern, die eine strukturiertere empirische Herangehensweise in den anschließenden Kapiteln 4 bis 8 ermöglichen.

## 2.1 Definitionen und Konzeptualisierungen (Parteien-/Parteiensysteme)

### 2.1.1 Definition und Untertypen von Paul Taggart und Aleks Szczerbiak

Gegenwärtig gibt es keine allgemein akzeptierte Konzeptualisierung<sup>3</sup> des Begriffs Euroskeptizismus. Innerhalb der akademischen Diskussion erfuhr der Terminus jedoch vor allem durch die bahnbrechenden Arbeiten von Paul Taggart (1997; 1998) eine inhaltliche und begriffliche Definition, die sich weiter Verbreitung erfreut und noch bis heute grundlegend ist. Sie liest sich wie folgt:

<sup>1</sup> In der englischsprachigen Literatur existieren mehrere alternative Schreibweisen des Begriffs: *euro-scepticism*, *euro-skepticism*, *euro-scepticism* und *euro-skepticism*; wobei die erstgenannte eindeutig die verbreitetste ist.

<sup>2</sup> Die Autoren berufen sich dabei auf den entsprechenden Eintrag im *Oxford English Dictionary*.

<sup>3</sup> Die hier vorgestellten Konzeptualisierungen stellen lediglich eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit dar. So sei an dieser Stelle auf den hier nicht näher erläuterten Typologisierungsvorschlag von Christopher Flood (2002) hingewiesen. Flood differenziert zwischen sechs (positiven und negativen) Parteipositionen gegenüber der EU: Dazu zählen Maximalisten, Reformisten, Gradualisten, Minimalisten, Revisionisten und Ablehner.

„Euroscepticism expresses the idea of contingent or qualified opposition, as well as incorporating outright and unqualified opposition to the process of European integration. The justification for using the broad term Euroscepticism, apart from its popular usage, is that it exists, albeit in a variety of guises, in the face of an on-going de facto process of integration at the institutional and elite level. The context is one of European integration, and so the term Euroscepticism encompasses those who stand outside the status quo. Scepticism in the face of an institutional reality is here taken as equivalent to opposition in the face of uncertainty. It is also used because it is more inclusive. All opponents of the EU are, at least, sceptical, but not all sceptics are opponents.“ (Taggart 1998: 366)

Nicht jeder Europaskeptiker ist demnach ein „harter“ Europagegner. Taggarts Betrachtungsschwerpunkt liegt dabei auf nationalstaatlichen Parteiensystemen: Euroskeptizismus wird dementsprechend in erster Linie als Mittel zum Zweck der Stimmenmaximierung (*vote-seeking*) populistischer Parteien an den Rändern verstanden. Er dient somit gewissermaßen als „Prüfstein für den Dissens“ (*touchstone of dissent*) innerhalb des Parteiensystems und ist dementsprechend ein maßgeblicher Bestandteil der Oppositionspolitik.<sup>4</sup>

Insbesondere aus der nachfolgenden Zusammenarbeit Taggarts mit Aleks Szczerbiak entstand eine Vielzahl von herausragenden Veröffentlichungen zum Thema (siehe u.a. Szczerbiak & Taggart 2000; 2003; 2008a; 2008b sowie Taggart & Szczerbiak 2001; 2002; 2004a; 2004b). Die von beiden stets weiterentwickelte Differenzierung zwischen „hartem“ und „weichem“ Euroskeptizismus ist zweifelsfrei die heutzutage gängigste Konzeptualisierung des Phänomens:

„Hard Euroscepticism [...] might be defined as principled opposition to the project of European integration as embodied in the EU, in other words, based on the ceding or transfer of powers to supranational institution such as the EU. Soft Euroscepticism [...] might be re-defined as when there is not a principled objection to the European integration project of transferring powers to a supranational body such as the EU, but there is opposition to the EU's current or future planned trajectory based on the further extension of competencies that the EU is planning to make.“ (Szczerbiak & Taggart 2003: 12)

„Weicher“ Euroskeptizismus besitzt demzufolge einen qualifizierteren Gehalt: Diese Form der EU-Skepsis setzt bei ihren Vertretern eine tiefgehende persönliche Reflektion über das politische System der EU und ihre Vertragsgrundlagen (*polity*-Ebene) und über die Inhalte der EU-Politiken (*policy*-Ebene) voraus. Demgegenüber zeichnet sich „harter“ Euroskeptizismus insbesondere durch die grundsätzliche, gegebenenfalls unreflektierte Ablehnung der EU und aller ihrer *polity*- und *policy*-Komponenten aus.

Dieses einfache Konzept bietet zweifelsfrei einen guten ersten Zugang zur Thematik, stößt allerdings schnell an seine deskriptiven und interpretatorischen Grenzen. Ungeachtet bestehender konzeptioneller Unzulänglichkeiten machte die Vielzahl an theoretischen und

<sup>4</sup> An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass es neben der Definition Taggarts noch weitere gibt. So definiert Christopher Flood *euroscepticism* beispielsweise als „attitudes and opinions represented in discourses and behaviours (ranging from participation in organized political action to voting in elections or referenda and responding to public opinion polls) which express doubt as to the desirability and/or benefits and/or long-term viability of European or/and EU integration as an objective or in the general framework created so far or in some important aspects of that framework of institutions, processes and policies and/or as it is anticipated to occur in the future“ (Flood 2002: 3). Die Taggart'sche Definition ist jedoch eindeutig die verbreitetste.

empirischen Veröffentlichungen sowie deren unbestreitbare akademische Relevanz Taggart und Szczerbiak in der vergangenen Dekade zu den Referenzautoren der Euroskeptizismusforschung.

### 2.1.2 Typologisierungsvorschlag von Petr Kopecký und Cas Mudde

Eine alternative Konzeptualisierung wurde, gewissermaßen als kritische Replik auf Szczerbiak und Taggart, von Petr Kopecký und Cas Mudde (2002) entwickelt. Auch sie betrachten dabei in erster Linie die Ausprägungen des Euroskeptizismus auf der Ebene von Parteien und Parteiensystemen. Für die Autoren greift die dichotome Unterscheidung zwischen *hard* und *soft Euroscepticism* allerdings zu kurz. Sie schlagen vielmehr – in Anlehnung an David Easton (1965) – eine zweidimensionale Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung der Europäischen Integration vor. Die erste – eher ideologische – Dimension (Unterstützung der europäischen Idee) trennt demzufolge „Europhile“ von „Europhoben“; die zweite – strategischere – Dimension (Zustimmung zur praktischen Ausgestaltung der europäischen Integration) hingegen „EU-Pessimisten“ von „EU-Optimisten“ (Kopecký & Mudde 2000: 299-302). Überträgt man diese Dimensionen in eine Vier-Felder-Matrix, so ergeben sich daraus vier idealtypische Kategorien der Positionierung von Parteien gegenüber der Europäischen Union (vgl. Abbildung 1).

**Abbildung 1:** Typologie von Parteipositionen zu Europa

		Unterstützung für europäische Integration	
		Europhile	Europhobe
Unterstützung für EU	EU-Optimisten	Euroenthusiasten	Europragmatiker
	EU-Pessimisten	Euroskeptiker	Europa-Ablehner

**Quelle:** Eigene Darstellung nach Kopecký & Mudde (2002: 303); Übers. durch Autoren.

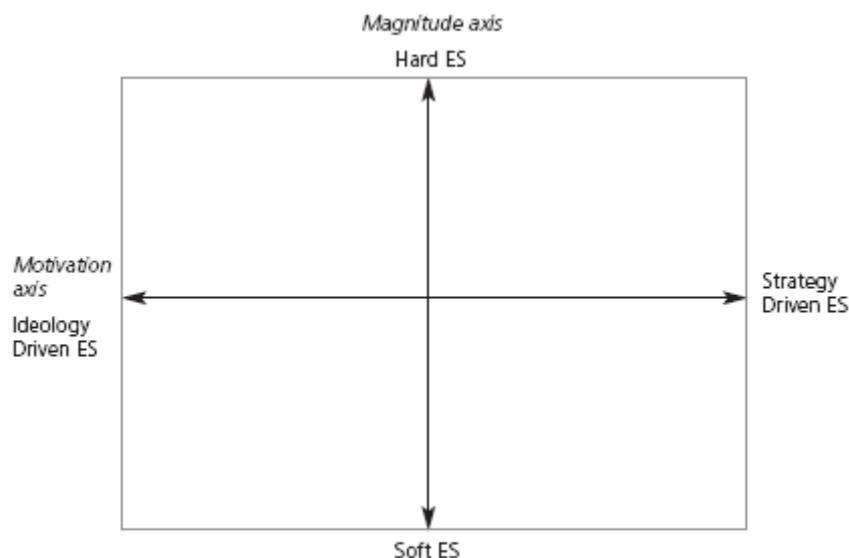
Den ersten Idealtyp stellt der „Euroenthusiast“ dar, in dessen Augen die EU die bestmögliche Institution zur Verwirklichung der europäischen Idee darstellt. „Euroskeptiker“ hingegen stehen der europäischen Integration zwar grundsätzlich positiv gegenüber, sind aber kritisch hinsichtlich der gegenwärtigen und zukünftigen Gestalt und Entwicklung der EU. Bei „Europragmatikern“ verhält es sich genau umgekehrt: Nicht der politisch-institutionellen Gestalt und Entwicklung der Union, die aus pragmatisch-opportunistischen Erwägungen unterstützt wird, gilt ihre Kritik, sondern vielmehr den Grundsätzen des europäischen Gedankens. Die

ablehnendste Haltung vertreten die Europa-Ablehner, die weder der einen noch anderen Dimension positiv gegenüberstehen (ebd.: 302-303).<sup>5</sup>

### 2.1.3 Der Raum europaskeptischer Parteihaltungen bei Jan Rovny

Einen weiteren vielversprechenden Ansatz bietet der Beitrag von Jan Rovny (2004), der eine gekonnte Kombination der bekannten *hard/soft*-Dimension (Ausmaß des Euroskeptizismus) mit einer Ideologie- versus Strategie-Dimension (Motivationsgrundlage des Euroskeptizismus) vornimmt und darüber hinaus durch seine Anschaulichkeit zu überzeugen weiß (vgl. Abbildung 2). „The key question is whether Euroscepticism (hard and soft) is ideological or strategic“ (ebd.: 34).

**Abbildung 2:** Theoretischer Raum des Europaskeptizismus (ES)



**Quelle:** Rovny (2004: 37).

„Harter“ Europaskeptizismus von Parteien kann sowohl Ausdruck starker ideologischer Überzeugungen sein, aber auch strategisch motiviert, wohingegen „weicher“ Euroskeptizismus wesentlich weniger stark ideologisch motiviert sein dürfte. Diese Unterscheidung nach der motivationalen Grundlage euroskeptischer Positionierungen von Parteien – Ideologie oder opportunistische Strategie – ist potenziell von großer Bedeutung für die Einschätzung der Dauerhaftigkeit europaskeptischer Strategien von Parteien und ihres Einflusses auf die Bürger.

<sup>5</sup> Stellungnahmen und deskriptive Darstellungen zur Konzeptualisierung von Kopecký und Mudde finden sich bei Neumayer (2008), Harmsen & Spiering (2004b) sowie Szczerbiak & Taggart (2003; 2008d).

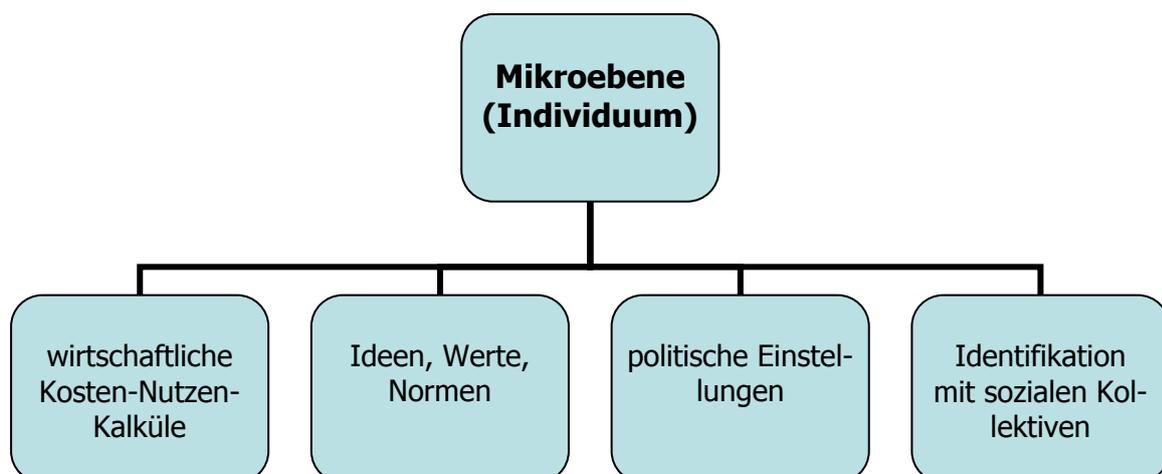
### 2.1.4 Zwischenfazit

Die vorangegangene Darstellung offenbart insbesondere, dass bislang keine universelle Euroskeptizismus-Konzeptualisierung existiert. Der definitorische Pluralismus spiegelt gewissermaßen die empirische Vielfältigkeit des Phänomens selbst wider. Das bisherige Forschungsinteresse lag vorrangig auf den Ausprägungen und Auswirkungen des Euroskeptizismus auf nationale Parteien und Parteiensysteme. Fakt ist jedoch, dass der Euroskeptizismus auf Parteebene keinesfalls deckungsgleich mit jenem auf Bevölkerungsebene sein muss. Denn im Gegensatz zur persönlichen Einstellung der Bürgerinnen und Bürger ist Euroskeptizismus auf Parteebene meist differenzierter motiviert: Er kann unter Umständen als Mittel zum Zweck im Spannungsverhältnis zwischen Strategie (Stimmenmaximierung) und Ideologie instrumentalisiert werden. Die sich daraus ergebende Frage ist: Welche Faktoren nehmen maßgeblich Einfluss auf die Attraktivität des Euroskeptizismus für unterschiedliche Parteien, und welche Faktoren können limitierend oder konditionierend auf dessen Gebrauch einwirken? Dieser Frage wird in Kapitel 7 nachgegangen.

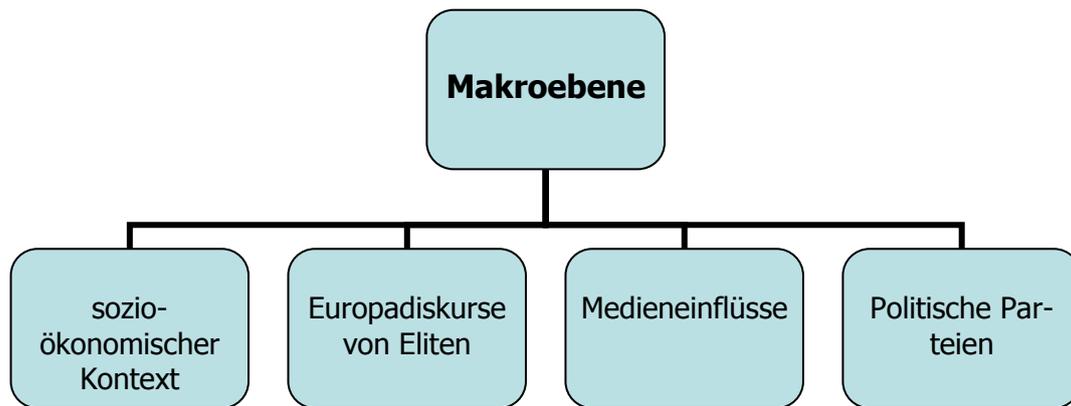
## 3. Erklärungsansätze zum Phänomen Europaskeptizismus

Die Ursachen für Europaskeptizismus in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten können auf unterschiedlichen Ebenen gesucht werden. Wir unterscheiden die Mikroebene des Individuums und eine Makroebene, die das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umfeld umfasst, welches die Einstellungen und Meinungsbildung von Bürgern zu Fragen europäischer Integration beeinflusst. In Abbildung 3 und 4 sind die relevanten Ebenen der Untersuchung dargestellt. Diese werden in den nachfolgenden Kapiteln im Einzelnen betrachtet.

**Abbildung 3:** Einflussfaktoren auf der Mikroebene



**Quelle:** Eigene Darstellung.

**Abbildung 4:** Einflussfaktoren auf der Makroebene

**Quelle:** Eigene Darstellung.

### 3.1 Theoretische Erklärungen von Bevölkerungseinstellungen

Bevölkerungseinstellungen zu Fragen europäischer Integration und speziell zur Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union sind im Kontext der politischen Kultur- und Einstellungsforschung untersucht worden. Die Forschung zu diesem Themenkomplex hat in der Politikwissenschaft eine lange Tradition. Es sei an dieser Stelle nur auf die grundlegenden Arbeiten von David Easton (1965; 1975) hingewiesen.<sup>6</sup>

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen bildet die empirische Beobachtung, dass sich die öffentliche Meinung gegenüber der EU in den vergangenen zwei Jahrzehnten grundlegend verändert hat. Der sogenannte permissive Konsens (*permissive consensus*) der ersten Jahrzehnte des europäischen Einigungsprozesses hat deutlich an Tragweite verloren. Dieses auf Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold (1970) zurückgehende Konzept beschreibt eine grundsätzliche Entkopplung von öffentlicher Meinung und europäischem Integrationsprozess. Die Bevölkerung gewährte den europäischen Eliten gewissermaßen freie Hand bei der politisch-institutionellen Gestaltung der Gemeinschaft.<sup>7</sup> „Insgesamt lässt sich der *permissive consensus* als ein status quo zwischen den Beteiligten darstellen, der dem jeweils anderen die Möglichkeit gegeben hat, sich mit den eigenen Sachen zu beschäftigen ohne sich gegenseitig zu tangieren“ (Blaseck 2007: 17). Abbildung 5 zeichnet auf der Grundlage der seit den frühen 1970er Jahren im Rahmen des Standard-Eurobarometers regelmäßig erhobenen Einstellungsdaten die Entwicklung der Unterstützung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes exemplarisch für die Bundesrepublik und den Durchschnitt aller EU-Mitgliedsländer zum je-

<sup>6</sup> David Eastons Konzeptionen sind in erster Linie heuristische Hilfen. Insgesamt gestaltet sich eine Operationalisierung als schwierig, begrifflich sind die Kategorien nämlich wenig trennscharf und wegen ihres allgemeinen Charakters auch qualitativ häufig unklar. Sie entziehen sich damit weitestgehend einer quantifizierenden Überprüfung.

<sup>7</sup> Der *permissive consensus* wurde v.a. durch den ökonomischen Fortschritt, den wachsenden Wohlstand innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sowie deren friedens- und sicherheitsstiftende Wirkung gefördert (vgl. Laumen & Maurer 2006: 5).

weiligen Zeitpunkt der Befragung nach. Daraus ist leicht erkennbar, warum in der Literatur der Anfang der 1990er Jahre als Zäsur betrachtet wird, die das Ende des permissiven Konsenses mit sich brachte.

Die zentrale Erkenntnis aus dem Ende jenes permissiven Konsenses (vgl. auch Laumen & Maurer 2006) ist die gestiegene Sensibilisierung der Öffentlichkeit für europapolitische Themen sowie die Aktivierung der individuellen und kollektiven Interessenartikulation durch Partizipation z.B. im Rahmen von Europa-Referenden oder politischer Proteste zu Europathemen, weniger dagegen in Europawahlen. Unter normativen Gesichtspunkten kann dies als ein wünschenswertes Phänomen betrachtet werden, da der aktive Bürger dem Leitbild einer lebendigen Demokratie entspricht. Interessant ist dabei vor allem die Frage nach den Ursachen der Aktivierung euroskeptischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Zum besseren Verständnis sowie zur Vereinfachung der nachfolgenden empirischen Betrachtung wird an dieser Stelle zwischen zwei divergierenden Motivationsmustern der individuellen Einstellung gegenüber der EU unterschieden: Es handelt sich dabei einerseits um instrumentell-utilitaristische Motive, gestützt auf wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalküle, sowie andererseits um Ideen, Werte, wertgestützte Normen und kollektive Identitäten als Motivgrundlage für europabezogene Einstellungen.

### 3.1.1 Ideen, Werte und Normen

Ein erstes Motivationsmuster stellen Ideen (z.B. Europa als „Friedensgemeinschaft“; „Wertegemeinschaft“, „Schicksalsgemeinschaft“; Idee nationaler Souveränität), Werte, wertgestützte Normen (Demokratie-, Grund- und Menschenrechtsnormen, Anti-Nationalismus usw.), politische Ideologien und Weltanschauungen sowie kollektive Identitäten (v.a. territoriale Identitäten: regionale, nationale und europäische) dar. Demzufolge sind individuelle Einstellungen abhängig von historischen und persönlichen Erfahrungen, ideellen Überzeugungen und Wertvorstellungen. Die hierauf gründenden Einstellungen sind nicht lediglich kognitiver und evaluativer Art, sondern häufig auch stark affektiv aufgeladen.

Diese Ideen, Normen und Werte können vielfältigster Art sein.<sup>8</sup> So bezieht sich die politische Dimension beispielsweise auf die althergebrachte politische Kapital-Arbeit-Konfliktlinie (*cleavage*<sup>9</sup>), die historisch den Links-Rechts-Gegensatz inhaltlich stark strukturierte. In heutigen Europadebatten manifestiert sich dieser Konflikt in Auseinandersetzungen um eine angeblich „neoliberale“ Wirtschaftspolitik, der von Europakritikern die Forderung nach europäischer Marktregulierung entgegengestellt wird, sowie in sozialpolitischen Fragen („soziales Europa“, soziale Flankierung des Binnenmarkts). Die nationale Dimension stellt die Frage nach der Abgrenzung der Zuständigkeiten von Nationalstaat und Europäischer Union und kreist um Fragen nationaler Souveränität versus gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit durch Souveränitätsübertragung bzw. das „Poolen“ von Souveränität. Eine wichtige

<sup>8</sup> Die nachfolgende Unterteilung ist keineswegs als umfassend anzusehen, sie bezieht sich vielmehr auf die für den weiteren Verlauf dieses Literaturberichts wichtigsten Aspekte.

<sup>9</sup> Der Begriff geht zurück auf die Arbeit von Martin Seymour Lipset und Stein Rokkan (1967b) und beschreibt langfristige Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften. Siehe dazu auch Abschnitt 7.3.

Komponente ist hierbei die Diskussion um die Finalität der EU, insbesondere das Ausmaß supranationaler und föderaler Elemente im Aufbau der Union.

Diese und weitere Dimensionen (etwa eine ökologische) einer nicht-utilitaristischen Bewertung europäischer Politik schließen sich keineswegs gegenseitig aus, sondern sollten vielmehr komplementär verstanden werden. Identitätsgestützte Einstellungen, seien sie nun nationaler oder europäischer Natur, und Wahrnehmungen einer „kulturellen Bedrohung“ (McLaren 2002) durch vergangene und zukünftige EU-Erweiterungsschritte sowie durch Binnenmigration und Einwanderung aus Drittstaaten haben im letzten Jahrzehnt erheblich an Relevanz für individuelle Einstellungen (wie auch für parteipolitische Themen- und Strategiewahl) gewonnen. Dies manifestiert sich insbesondere an der hitzig geführten Debatte um eine türkische Beitrittsperspektive. Aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung werden identitäre Aspekte des Europaskeptizismus (nationale/europäische Identifikationsmuster) nachfolgend gesondert behandelt.

### **3.1.2 Instrumentell-utilitaristische Motive**

Ein zweites Erklärungsmuster europabezogener Einstellungen und ihrer Motivgrundlage setzt bei individuellen Kosten-Nutzen-Überlegungen an. Dieser utilitaristische Ansatz geht davon aus, dass der wahrgenommene Nutzen und die wahrgenommenen Kosten der Marktintegration sowie der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes ausschlaggebend für die Einstellung der Bürger zum Integrationsprozess und zur EU sind. Diese beruhen demnach in erster Linie auf wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Bilanzen. Die subjektive Wahrnehmung als Gewinner oder Verlierer des Integrationsprozesses entscheidet demzufolge über die eigene Haltung. Dementsprechend wird die EU in erster Linie nach ökonomischen Gesichtspunkten beurteilt, wobei der individuelle Nutzen das primäre Bewertungsmerkmal ist (egozentrische Perspektive). Demzufolge beruht die Unterstützung oder Ablehnung des Integrationsprozesses auf der Zustimmung zu konkreten *EU-policy-outputs* und individuellen Chancen und Vorteilen, die sich aus Integrationsprozessen ergeben (z.B. wirtschaftliche Vorteile im Binnenmarkt, grenzüberschreitende berufliche Mobilität, Auslandsstudiumsangebote, Wegfall von Grenzkontrollen, usw.). Neben der rein individuellen Kosten-Nutzen-Wahrnehmung tritt eine Bewertung der Vor- und Nachteile der EU-Politik und Integration für das soziale Kollektiv, dem man sich zugehörig fühlt, in erster Linie der eigenen Nation (soziotropische Perspektive). Hier können Streitfragen wie die grenzüberschreitende Verlagerung von Unternehmen und Arbeitsplätzen – jenseits der individuellen Betroffenheit –, der Nutzen, den das Land aus bestimmten EU-Politiken bezieht (v.a. Agrar- und Strukturpolitik), oder die Kosten in Form von Nettotransfers des eigenen Landes an das EU-Budget virulent und für individuelle Einstellungen relevant werden.

Dieser theoretischen Argumentation folgend, wird es für den Betrachter möglich, anhand askriptiver und erworbener individueller Merkmale des Individuums, seiner Stellung in der sozialen Schichtungsstruktur und seiner Position am Arbeitsmarkt auf seine (wahrscheinlichen) Einstellungen gegenüber der europäischen Integration zu schließen. Jüngere Altersko-

horten, Menschen mit hohem Bildungsniveau, wertvollen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt und hohem Einkommen sind demzufolge grundsätzlich pro-europäischer eingestellt, da sie die Vorteile der Integration umfassend nutzen können. Die (potenziellen) ökonomischen „Verlierer“ von Marktintegrationsprozessen, denen es insbesondere an arbeitsmarktrelevanten Qualifikationsressourcen mangelt, um im verschärften europäischen und globalen Wettbewerb mithalten zu können, bilden gleichsam ein Reservoir von Euroskeptikern (vgl. Eichenberg & Dalton 1993; Gabel & Palmer 1995; Anderson & Reichert 1996; Gabel 1998a). Der Nachteil dieser Herangehensweise, die den europäischen Bürger als nutzenmaximierenden *homo oeconomicus* behandelt, liegt in seiner stark generalisierenden und vereinfachenden Darstellung. Sie ermöglicht jedoch nicht zuletzt wegen ihrer starken Komplexitätsreduktion verhältnismäßig klare Aussagen und Prognosen, die empirisch geprüft werden können.

### 3.1.3 Zwischenfazit: Zwei Wege zum Euroskeptizismus

Empirische Studien zeigen, dass beide theoretischen Angebote je einen Teil des Phänomens Euroskeptizismus erklären können. Keines vermag, für sich alleine genommen, die Vielfalt der Entwicklung individueller Einstellungen und die Dynamik öffentlicher Meinungsbildung adäquat zu erhellen. Die motivationalen Quellen individueller Einstellungen sind vielfältig. Die verfügbaren empirischen Studien legen den Schluss nahe, dass es im Kern zwei Quellen des Euroskeptizismus gibt: die Sorge um nationale Identität und nationale Unabhängigkeit einerseits, wirtschaftliche Ängste andererseits. Die zentrale Frage ist demnach die der Gewichtung unterschiedlicher Einflussfaktoren. Dies ist insofern von großer Bedeutung, als die individuelle Unterstützung der europäischen Integration einen unterschiedlichen Grad an Wandel und Beeinflussbarkeit aufweist, je nachdem, ob veränderliche wirtschaftliche Umstände (Gabel 1998a: 352) oder aber Ideen und Identitäten als ausschlaggebend betrachtet werden. Letztere sind potenziell zentrale Elemente im individuellen Überzeugungssystem und damit tief verankert und recht stabil. Auf der politischen Rechten und in Ländern mit starken Parteien der radikalen Rechten sind Identitätsfragen bedeutsamer, auf der politischen Linken und in EU-Staaten mit starken Parteien auf der radikalen Linken sind es eher wirtschaftliche Verlustängste und die Sorge um den Abbau des Sozialstaats infolge europäischer Marktintegration, die Euroskepsis fördern.

Abschließend sollte darauf hingewiesen werden, dass die dargestellte Makro- (Parteien/Parteiensysteme, Europadiskurse von Eliten, Medien) und Mikroebene (individuelle Einstellungen) in Abhängigkeit voneinander stehen und sich gegenseitig beeinflussen. Die entscheidende Frage ist deshalb, wie die Kausalität dieser Interdependenz in Bezug auf den Euroskeptizismus aussieht. Anders ausgedrückt: Wer beeinflusst wen? Beeinflussen oder lenken beispielsweise Parteien bewusst die öffentliche Meinung im Sinne eines *top-down*-Prozesses der Meinungsbildung oder reagieren sie auf veränderte Einstellungen und Trends in der öffentlichen Meinung im Sinne eines *bottom-up*-Prozesses? Wer sind also die Treiber, wer die Getriebenen?

## 4. EU-Unterstützung in der öffentlichen Meinung

Die Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten hat in den zurückliegenden Jahren einen erheblichen Wandel durchlaufen. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie genau sich dieser Wandel vollzogen hat und auf welche Einstellungsobjekte er sich vorrangig bezieht. Anders formuliert: Handelt es sich um Skepsis und Kritik gegenüber der Idee europäischer Integration, also um „harten“ Euroskeptizismus, oder um Skepsis und Kritik gegenüber der spezifischen aktuellen Gestalt der EU, ihrer Entwicklungsrichtung und bestimmten *policy-outputs* und Politikergebnissen, also eher um die „Soft-Variante“ des Euroskeptizismus?

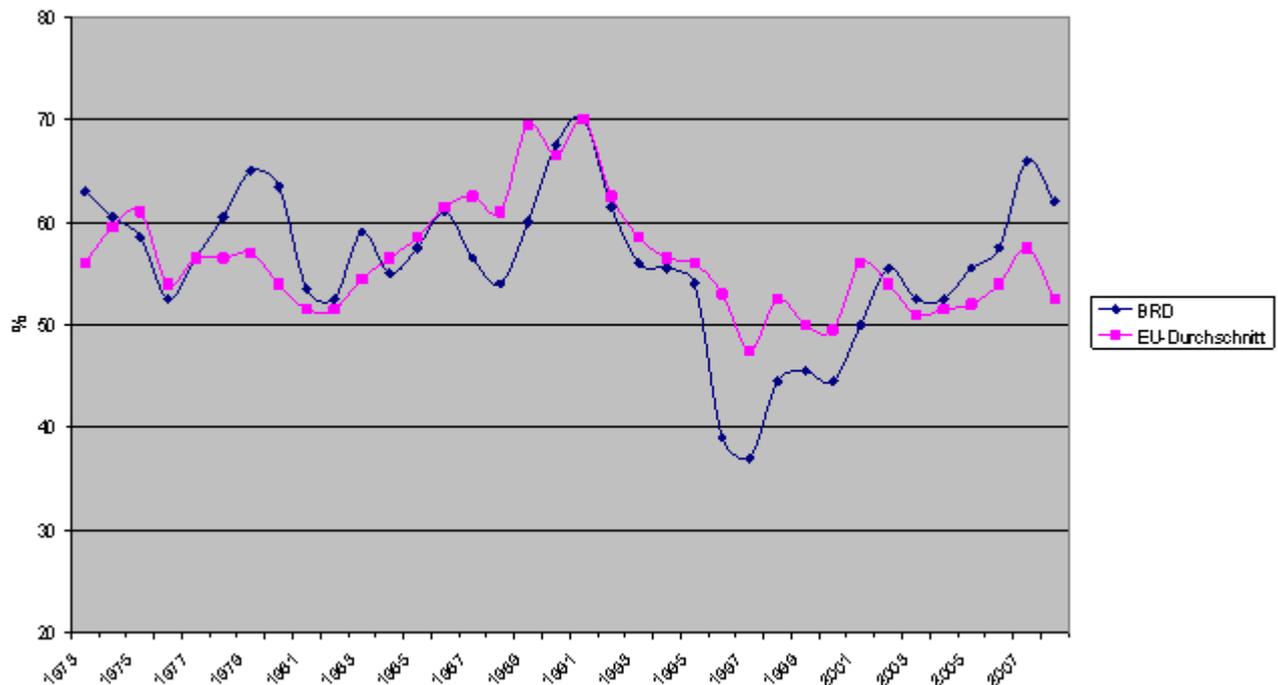
### 4.1 Die Erosion des permissiven Konsenses und ihre Folgen

In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung war die öffentliche Meinung in Bezug auf den Integrationsprozess weitestgehend nebensächlich, erst die Erosion des permissiven Konsenses – und die damit verbundenen *laissez-faire*-Mentalität – zwang die europäischen Eliten zum Nachdenken über Akzeptanz- und Legitimationsprobleme der EU. Anne Laumen und Andreas Maurer (2006) untersuchten die empirische Entwicklung<sup>10</sup> des permissiven Konsenses und kamen zu dem Schluss, dass die Werte von utilitaristischer und affektiver Zustimmung zu Beginn der 1990er Jahren, etwa zeitgleich mit der öffentlichen Diskussion über den Vertrag von Maastricht, rasant fielen. Unmittelbar danach, im Zeitraum von 1995 bis 2005, stabilisierten sich sowohl die affektive als auch die utilitaristische Zustimmung auf ihren niedrigeren Niveaus. Seitdem ist jedenfalls kein fortschreitender negativer Trend auszumachen; im Gegenteil: Die utilitaristische Zustimmung entwickelte sich sogar leicht positiv.

Diese Entwicklung ist in Abbildung 5 und 6 auf der Grundlage von Laumen und Maurer (2006) verwendeten Daten der halbjährlichen repräsentativen Standard-Eurobarometer-Umfragen der EU-Kommission dargestellt. Die für Abbildung 5 verwendete Frageformulierung spiegelt dabei eine allgemeine und eher affektive Unterstützung der EU wider, während die Frage nach den Vorteilen des eigenen Landes aus seiner EU-Mitgliedschaft eher eine utilitaristische Form der EU-Unterstützung misst.

---

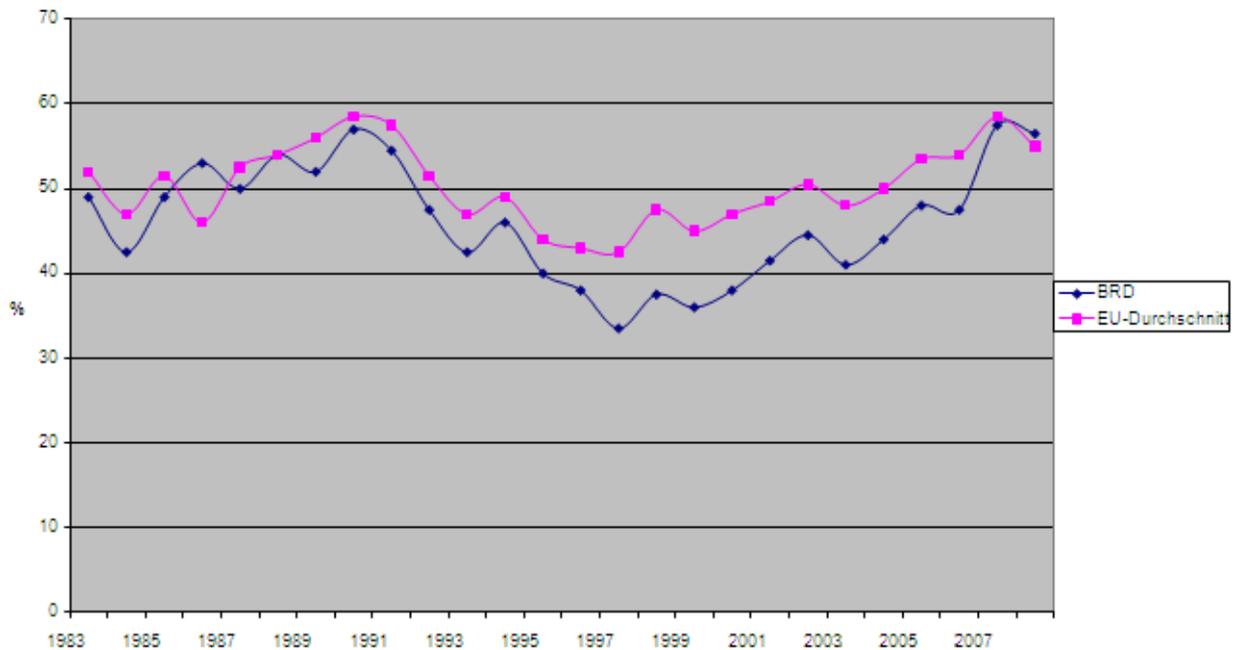
<sup>10</sup> Die Datengrundlage dieser Untersuchung bilden Standard-Eurobarometer-Umfragen aus dem Zeitraum von 1987 bis 2005.

**Abbildung 5:** Unterstützung der EG-/EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes (1973-2008)<sup>11</sup>

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 1 bis 70.

Laumen und Maurer kommen anhand ihrer empirischen Ergebnisse allerdings zu der Erkenntnis, dass der Vertrag von Maastricht nicht als zentraler Auslöser für diese Negativentwicklung ursächlich ist, da die Zustimmungswerte bereits zuvor zu sinken begonnen (ebd.: 14-15). Bei genauerer Betrachtung des gesamten Analysezeitraums (1987 bis 2005) kann ein Zustimmungsverlust nicht geleugnet werden: Das heutige Unterstützungsniveau ist deutlich niedriger als noch gegen Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre. Eine derartige Erosion des permissiven Konsenses war jedoch vorhersehbar. Bereits Lindberg und Scheingold (1970) haben darauf hingewiesen, dass die wohlwollende Zustimmung der Öffentlichkeit nur so lange gesichert sei, wie die Befragten keine subjektiven Nachteile aus dem Integrationsprozess für sich ausmachten. Gleiches gelte demnach auch für den Fall einer maßgeblichen Erweiterung des EU-Aufgabenbereichs oder ihrer institutionellen Befugnisse (ebd.: 274-277).

<sup>11</sup> Frageformulierung: „Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Gemeinschaft Ihrer Meinung nach... 1. Eine gute Sache 2. Eine schlechte Sache 3. Weder gut noch schlecht 4. Weiß nicht“; dargestellt sind Jahresmittelwerte der Antwort „gute Sache“ in Prozent.

**Abbildung 6:** Vorteile aus der EG-/EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes (1983-2008)<sup>12</sup>

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 19 bis 70.

Dass sich die Europäische Union immer mehr von der ursprünglichen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Union mit umfassenden Zuständigkeiten und einer zunehmenden außenpolitischen Aktivität gewandelt hat, ist offenkundig. Drei Erkenntnisse ergeben sich daraus: (1) Die EU als Akteur steht in wesentlich stärkerem Maße im Fokus einer kritischeren Öffentlichkeit als bis zu Beginn der 1990er Jahre; (2) die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union ist in stärkerem Maße von der Kombination einer diffusen, affektiven und einer spezifischen, utilitaristischen Zustimmung der Bevölkerung abhängig als zuvor; (3) es stellt sich die Frage, ob eine elitengesteuerte Integrationsentwicklung, die ihre Legitimation wesentlich über ihre *policy-outputs* und Problemlösungsfähigkeit erwirbt (*output-Legitimation*), ein zukunftsfähiges Modell darstellt; muss europäische Politik nicht darüber hinaus Beteiligungschancen für eine aktive Bürgerschaft anbieten, um die Zustimmung der Bürger zum europäischen Regieren sicherzustellen (*input-Legitimation*)?

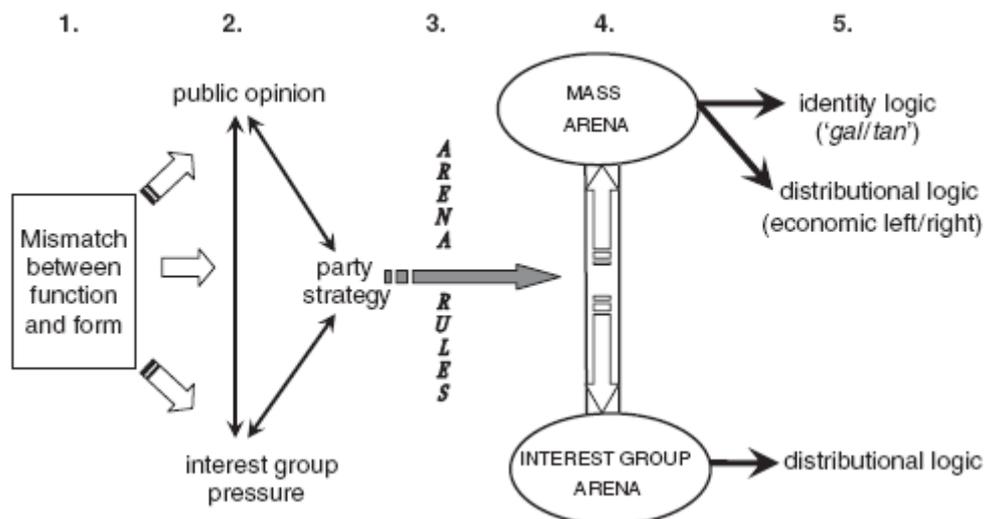
Betrachtet man lediglich den Rückgang der Unterstützung europäischer Integration bzw. der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU, wie er in den Abbildungen 5 und 6 zum Ausdruck kommt, so kann man auf die nach wie vor beobachtbare mehrheitliche Unterstützung verweisen, die Tiefe des Einbruchs relativieren und die Erholungstendenzen seit Mitte/Ende der 1990er Jahre hervorheben. Die politische Brisanz dieser Entwicklung würde damit jedoch unterschätzt. Sie ergibt sich aus der Kombination eines durchaus moderaten Verlusts an Unterstützung der EU in der öffentlichen Meinung mit einem dadurch ermöglichten und beförderten Prozess einer zunehmenden Politisierung von Europathemen. Die gewach-

<sup>12</sup> Frageformulierung: „Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der... 1. Vorteile, 2. Ist nicht der Fall, 3. Weiß nicht / Keine Angabe“; dargestellt sind Jahresmittelwerte der Antwort „Vorteile“ in Prozent.

sene Bedeutung von Europathemen als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung und des Parteienwettbewerbs seit Anfang der 1990er Jahre ist als das eigentliche Novum zu betrachten.

Liesbet Hooghe und Gary Marks (2009: 5) interpretieren diese Entwicklung in integrations-theoretischer Perspektive als den Wandel vom *permissive consensus* zu einem *constraining dissensus*. Die EU ist demzufolge zunehmend zu einem streitbaren Thema in den öffentlichen Diskursen ihrer Mitgliedstaaten geworden. Der öffentliche, politisierte Dissens zu EU-Themen begrenzt die Integrationsdynamik. Integrationsoffene europäische politische Eliten müssen regelmäßig über ihre Schultern schauen, um zu sehen, ob ihnen die Bevölkerungen noch folgen. Haben früher in erster Linie sektorale Wirtschaftsinteressen und ihre Verbände europäische Politik abseits der Scheinwerfer der Öffentlichkeit beeinflusst, so ist der Streit um europäische Politik in der jüngeren Vergangenheit zunehmend in öffentlichen Massenarenen der politischen Auseinandersetzung ausgetragen worden, mit einer zunehmenden Bedeutung der öffentlichen Meinung. Kreiste die Interessengruppenpolitik der Vergangenheit wesentlich um Verteilungsfragen und die Berücksichtigung partikularer Wirtschaftsinteressen, so treten unter der Bedingung der Politisierung europäischer Politik neben Verteilungsfragen auch solche in den Vordergrund, die in Kategorien sozialer kollektiver Identitäten ausgetragen werden (vgl. Abbildung 7). Letzteren kommt den Autoren zufolge eine deutlich gewachsene Bedeutung für die politische Auseinandersetzung und die Ausbreitung von Europaskepsis zu. Sie werden im nachfolgenden Abschnitt genauer betrachtet.

**Abbildung 7:** Ein Modell der innerstaatlichen Politisierung von Europathemen



**1 = reform impetus:** mismatch between jurisdictional architecture and functional pressures, which provokes tensions in prevailing interest constellation | **2 = issue creation:** response (or non-response) by public opinion and interest groups to reform impetus, as framed and cued by political parties | **3 = arena rules:** formal rules that constrain in which arena a decision about reform (or non-reform) will be taken | **4 = arena choice:** selection of decision arena, which is mediated by political parties | **5 = conflict structure:** extent to which an identity logic or distributional logic shape contestation about reform; bias to one or the other logic is affected by arena choice

**Quelle:** Eigene Darstellung nach Hooghe & Marks (2009: 9).

## 4.2 Nationale und europäische Identität(en)

Einerseits ist Europa ein Raum kultureller, religiöser und ethnischer Vielfalt, andererseits finden sich ebenso verbindende Elemente wie eine freiheitliche, demokratische, rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Orientierung. Die kollektive soziale Identität ist aufs Engste mit jener der Legitimation der Union verknüpft. Im Falle der EU, in ihrem Selbstverständnis eines supranationalen „Mehrwertverbundes“, ist Legitimation stark abhängig von ihrem *policy-output* und der institutionellen Performanz. „Allerdings genügt es nicht, demokratische Institutionen zu etablieren. Die europäischen Institutionen müssen auch in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger eine demokratische Botschaft vermitteln, indem die Repräsentanten europäischer Institutionen diese Botschaft durch ihr Handeln verkörpern und zum Ausdruck bringen“ (Kaina 2007: 96).<sup>13</sup> Eine europäische Identität kann einerseits als die notwendige Voraussetzung und andererseits als das Ergebnis einer derartigen Legitimität verstanden werden. Diese Frage ist in der akademischen Debatte stark umstritten.<sup>14</sup>

Nach unserem Verständnis stellt Legitimität im Fall der Europäischen Union die Konsequenz eines effektiv arbeitenden institutionellen Systems mit nachvollziehbarem *policy-output* und von den Bürgern wahrgenommener politischer Problemlösungsfähigkeit dar. Legitimität wiederum ist eine notwendige Voraussetzung zur Herausbildung einer europäischen Identität. Eine kollektive Identität der Europäer im multi-nationalen, multi-ethnischen und multi-kulturellen Kontext der EU kann nur schwerlich kulturell definiert werden, auch wenn die Wahrnehmung kultureller Gemeinsamkeiten und geteilter historischer Einflüsse eine unterstützende Funktion bei der Identitätsbildung haben mögen. Thomas Meyer (2004: 214) definiert eine europäische „politische Identität“ als Form des Zusammengehörigkeitsbewusstseins und der Kooperation von Personen. Im Kern wird europäische Identität immer eine politische sein, gegründet auf geteilte Grundwerte, Demokratienormen und gemeinsam verfolgte politische Projekte. Sozial konstruiert wird sie in Abgrenzung zur eigenen konfliktreichen Vergangenheit, die durch aggressiven Nationalismus, Krieg, Diktatur und Völkermord gekennzeichnet ist. In jüngerer Zeit haben euroskeptische politische Kräfte und Parteien verstärkt – und durchaus erfolgreich – versucht, nationale und europäische Identität in Abgrenzung vom islamischen Kulturkreis zu definieren. Die Türkei steht dann gleichsam stellvertretend für das „Andere“. Es kann aber bezweifelt werden, ob dieser Abgrenzungsdiskurs die Entstehung europäischer Identifikationen befördert, statt lediglich Ängste vor einer kulturellen Bedrohung der nationalen Identität zu bedienen. Entscheidend ist, wie Bürger ihre eigene Identität denken, in ethnischen oder politischen, in exklusiven oder inklusiven Formen (vgl. Díez Medrano 2003). Offenkundig ist eine politische und inklusive Identitätskonstruktion für die Herausbildung einer europäischen Identität förderlich, während eine ethnisch-exklusive Identitätskonstruktion als Grundlage von Euroskeptizismus betrachtet werden kann.

---

<sup>13</sup> Thomas Meyer (2004: 233) spricht in diesem Zusammenhang von der „Politisierung der Entscheidungsprozesse“.

<sup>14</sup> So vertritt Heiko Walkenhorst (2007: 35) beispielsweise die Meinung, dass eine europäische Identität kein unmögliches und undenkbares Konstrukt sei, sie jedoch keine Bedingung, sondern nur ein mögliches Resultat für den europäischen Integrationsprozess darstellt.

Die Identitätsbildung auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene war und ist ein langfristiger Prozess. Doch ist die Herausbildung multipler – also nationaler und europäischer – Identitäten europäischer Bürger überhaupt möglich? Das Vorhandensein einer Identifikation mit der eigenen Nation schließt keineswegs die Herausbildung einer zusätzlichen europäischen Identifikation von Individuen aus (Fuchs, Guinaudeau & Schubert 2009; Fuchs & Schlenker 2006; Meyer 2004; Duchesne & Frogner 1998; 2002). „Territoriale Identitäten im europäischen Mehrebenensystem sollten sich nicht wechselseitig ausschließen, vielmehr konzentrischen Kreisen ähneln: Man fühlt sich als Bayer, Deutscher und Europäer bzw. als Bre-tone, Franzose und Europäer zugleich. Vor allem sollten nationale nicht in Abgrenzung zu europäischen Identitäten konstruiert werden und umgekehrt“ (Schild 2002: 85).

Die Frage nach der gegenwärtigen Existenz und dem Ausmaß europäischer Identifikationsmuster ist auf der Grundlage empirischer Untersuchungen nicht eindeutig zu beantworten. Dennoch weist eine Vielzahl von Umfrageergebnissen darauf hin, dass eine Mehrheit von EU-Bürgern sich auch als Europäer versteht und zwischen nationaler und europäischer Identität keinen Widerspruch sieht. Fuchs und Schlenker (2006) kommen anhand der Auswertung von Eurobarometer-Daten aus dem Jahre 2004 (Standard-Eurobarometer 62) zu der Erkenntnis, dass sich 56 Prozent der EU-Bürger sowohl als Bürger ihres Landes und als Europäer wahrnehmen, demnach multiple territoriale Identitäten ausgebildet haben, während 41 Prozent der Befragten sich ausschließlich als Bürger ihres Landes sehen (vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1:** Europäische und nationale Identität

<b>Selbstbeschreibung als</b>	
nur national	41,1
national und europäisch	49,8
europäisch und national	5,9
nur europäisch	3,3
	<b>100,0</b>

**Quelle:** Fuchs & Schlenker (2006: 19) auf der Grundlage des Standard-Eurobarometers 62.

Nationale Identitäten haben, sofern sie nicht exklusiv sind, darüber hinaus einen positiven Effekt auf die Herausbildung einer europäischen Identität (Fuchs & Schlenker 2009: 103). Auf die Frage nach der Bindung zum eigenen Land und zur EU bietet sich ein differenziertes Bild. Insgesamt 92 Prozent der Befragten fühlen sich sehr oder ziemlich mit dem Nationalstaat verbunden, in Bezug auf die EU umfasst diese Personengruppe hingegen 68 Prozent. Einen sehr oder ziemlich ausgeprägten Nationalstolz nehmen 88 Prozent der Befragten für sich in Anspruch. Stolz, Europäer zu sein, empfinden hingegen 72 Prozent (vgl. Tabelle 2).

**Tabelle 2:** Verbundenheit und Nationalstolz

Verbundenheit mit eigenem Land und EU			Nationalstolz und Stolz auf Europa		
	<i>Nation</i>	<i>Europa</i>		<i>Nation</i>	<i>Europa</i>
sehr verbunden	56,1	20,0	sehr stolz	46,2	17,0
ziemlich verbunden	36,3	48,8	ziemlich stolz	42,1	55,3
nicht sehr verbunden	6,2	23,9	nicht sehr stolz	9,2	19,4
überhaupt nicht verbunden	1,5	7,4	überhaupt nicht stolz	2,5	8,2
	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

**Quelle:** Fuchs & Schlenker (2006: 21) auf der Grundlage des Standard-Eurobarometers 62.

Diese Ergebnisse lassen zwei Schlüsse zu: (1) Die Identifikation mit der Nation ist durchweg stärker als die mit der Europäischen Union; (2) dennoch ist die Existenz einer europäischen Identität neben der nationalen erkennbar. Diese europäische Identität ist allerdings keinesfalls exklusiv, sie steht vielmehr in komplementärer Beziehung zur nationalen. Die ungleich stärkere Verbundenheit mit der Nation als mit Europa bietet aber auch beim Vorliegen multipler Identifikationsmuster einen Nährboden für die Ausbreitung von Europaskeptizismus, nämlich vor allem dann, wenn die nationale gegen die europäische Identität ausgespielt werden kann. Dies dürfte situationsabhängig und von der politischen Kommunikation in den Medien sowie seitens politischer Eliten/Parteien beeinflusst sein.

Anders verhält es sich bei Individuen, die sich exklusiv national definieren, obigem Befund zufolge immerhin große Minderheiten. Ein starker statistischer Zusammenhang zwischen exklusiv nationalen Identifikationsmustern und einem geringen Ausmaß an EU-Unterstützung konnte wiederholt empirisch nachgewiesen werden (Hooghe & Marks 2005: 435; McLaren 2006: 245-248). Exklusiv nationale Identitäten von Bürgern sind demnach ein besonders fruchtbarer Nährboden für Europaskeptizismus. Den harten Kern der Europaskeptiker bilden Bürger, die EU-Politik kritisch betrachten und gleichzeitig exklusiv nationale Identitäten aufweisen, was Bernhard Wessels zufolge im Jahr 2004 auf etwa 14 Prozent der Unionsbürger zutraf (Wessels 2007: 301). Allerdings ist auch eine europäische Identität durchaus mit Euroskeptizismus vereinbar.

Im Zeitablauf haben sich europäische Identifikationsmuster der Unionsbürger seit Anfang der 1990er Jahre nicht weiter ausgebreitet, das Mischungsverhältnis zwischen nationalen und europäischen Identitäten blieb in etwa konstant, ein klarer Trend zur „Nationalisierung“ oder „Europäisierung“ kollektiver Identitäten ist nicht erkennbar (Westle 2007: 82; Hooghe & Marks 2009: 9-14). Angesichts einer rasanten Integrationsvertiefung – vor allem in Gestalt der Währungsunion – und einer Erweiterungsrunde historischen Ausmaßes im Jahr 2004 hat sich somit das Missverhältnis zwischen funktionaler und territorialer Entwicklung einerseits und politischer Gemeinschaftsbildung der EU andererseits weiter erheblich verschärft. In diesem Auseinanderdriften ist eine wesentliche Grundlage für die Ausbreitung von Euroskeptizismus zu sehen.

### 4.3 Allgemeine Unterstützungsindikatoren

Die oben dargestellten längerfristigen Trendverläufe in der Unterstützung europäischer Integration sollen nun auf der Grundlage aktueller Eurobarometer-Daten (Standard-Eurobarometer 70) durch eine genauere Analyse des aktuellen Zustandes der öffentlichen Meinung ergänzt werden. Die repräsentativen nationalen Umfragen wurden vom 6. Oktober bis 6. November 2008 durchgeführt.

#### *In welche Richtung entwickeln sich die Dinge in der EU?*<sup>15</sup>

Auf die Frage nach der persönlichen Einschätzung, in welche Richtung sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln, geben 35 Prozent der Befragten eine positive Erwartung an. 34 Prozent hingegen sehen eine Entwicklung in die falsche Richtung (ebd.: 29-31). Ob und inwieweit die unmittelbar nach dieser Erhebung ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise diese Entwicklung negativ oder positiv beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. In der Vergangenheit hat die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung noch stets zu einem Rückgang der Unterstützung der EU beigetragen.

#### *Das Bild der Europäischen Union*<sup>16</sup>

Das Bild der Bürger von der EU hat sich seit dem Jahr 2000 zunehmend verschlechtert. Insgesamt umfasst der Anteil derer, die ein positives Bild haben, momentan 45 Prozent. Dieser Wert schwankt seit dem Jahr 2000 erheblich: von einem Tiefststand von 42 Prozent (Frühjahr 2001) bis zu einem Höchststand von 52 Prozent im Frühjahr 2007. Seitdem sanken die Werte der positiven Wahrnehmung um immerhin sieben Prozent. Gleichzeitig erreichte der Anteil derer, die ein negatives Bild von der EU haben, einen neuen Höchststand, nämlich 36 Prozent. Dieser Wert stieg seit Frühjahr 2001 (31 Prozent) bis auf wenige Ausnahmen stetig an (ebd.: 49-52).

Die Eurobarometer-Daten bieten die Möglichkeit der Analyse von Einstellungen getrennt nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten. Eine derartige Darstellung in Bezug auf die Frage nach der Beurteilung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU zeigt Tabelle 3.

Die positive Bewertung der EU-Mitgliedschaft ist bei den jüngeren Alterskohorten ausgeprägter als in den Reihen älterer Bürger – ein immer wieder bestätigter Befund. Zudem zeigt sich, dass das Ausmaß der Unterstützung mit dem formalen Bildungsniveau steigt. Hinsichtlich der beruflichen Position sind es vor allem Selbständige und (leitende) Angestellte, die häufig in die Gruppe der Unterstützer fallen, während die Europaskepsis bei Arbeitern und Arbeitslosen geringer ausfällt. Interessant und wiederholt bestätigt ist auch der Zusammen-

<sup>15</sup> Frageformulierung: „Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der Europäischen Union derzeit ganz allgemein in die richtige oder in die falsche Richtung entwickeln?“ (Standard-Eurobarometer 70: 30).

<sup>16</sup> Frageformulierung: „Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?“ (ebd.: 50).

hang zwischen dem EU-bezogenen Wissen, das die Befragten sich selbst attestieren, und ihrer Unterstützung der EU.

Betrachtet man nicht allgemeine Einstellungen und Unterstützung der EU, sondern konkretes individuelles Verhalten im Kontext von Europa-Referenden, ergibt sich teilweise ein anderes Bild. In Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg und Spanien fiel die Ablehnung in den jüngsten Altersgruppen und unter Arbeitern am größten aus (Dumont et al. 2007: 126, 192-193). Vor diesem Hintergrund erfolgt im anschließenden Kapitel ein genauerer Blick auf die Verfassungsreferenden der vergangenen Jahre, wobei diejenigen mit negativem Ausgang im Blickpunkt stehen.

**Tabelle 3:** Demographische Merkmale (Bewertung der Mitgliedschaft)

	<b>Eine gute Sache</b>	<b>Weder gut noch schlecht</b>	<b>Eine schlechte Sache</b>	<b>Weiß nicht</b>
EU-27	53%	27%	15%	5%
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	57%	24%	16%	3%
Weiblich	49%	30%	15%	6%
<b>Alter</b>				
15-24	62%	26%	8%	4%
25-39	55%	28%	13%	4%
40-54	53%	27%	17%	3%
55+	47%	28%	19%	6%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	39%	30%	23%	8%
16-19	50%	31%	15%	4%
20+	66%	21%	11%	2%
Studiert noch	70%	20%	6%	4%
<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
Selbständig	57%	26%	14%	3%
Leitende(r) Angestellter	66%	21%	12%	1%
Ander(e) Angestellte	58%	27%	11%	4%
Sonstige Arbeiter	49%	30%	17%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	42%	30%	18%	10%
Arbeitslos	43%	33%	17%	7%
Pensionäre	46%	28%	20%	6%
Studenten	70%	20%	6%	4%
<b>EU-Wissen</b>				
Schlecht	33%	32%	19%	16%
Durchschnitt	51%	30%	16%	3%
Gut	62%	23%	13%	2%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage des Standard-Eurobarometers 70 (2008).

#### 4.4 Zwischenfazit

Der Blick auf die Bevölkerungseinstellungen offenbart zunächst ein insgesamt sehr vielschichtiges und teilweise widersprüchliches Bild. Die Einstellungen weisen in den vergangenen 20 Jahren deutliche Schwankungen auf: Viele Menschen orientieren sich bei ihrer Haltung inzwischen an den konkreten Politiken einer „sichtbarer“ gewordenen EU oder deren

Darstellung in der Öffentlichkeit. Der permissive Konsens der Anfangsjahre existiert nicht mehr. Die Entwicklung der Unterstützungsindikatoren des Eurobarometers spricht für eine Stabilisierung der spezifischen und diffusen Unterstützungswerte auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den ersten 30 Jahren der europäischen Einigung. Die Frage nach der Herausbildung einer europäischen Identität und ihrer möglichen Wechselwirkung mit einer nationalen erweist sich hingegen als wesentlich schwieriger zu beantworten. Die Mehrheit der EU-Bürger sieht sich inzwischen auch als Europäer. Der Anteil von Bürgern mit exklusiv nationaler Identität ist in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings kaum zurückgegangen.

## **5. Gescheiterte Vertragsreferenden**

Die euroskeptischen Höhepunkte der jüngsten Zeit waren zweifelsfrei die gescheiterten Referenden über den europäischen Verfassungsvertrag und den Vertrag von Lissabon. EU-Referenden sind Kristallisationspunkte der öffentlichen Meinung. In den nachfolgenden Abschnitten sind insbesondere die nationalen Kontexte, Eigenheiten sowie die Motive der Wähler in Frankreich, den Niederlanden und Irland im Zusammenhang mit den Referenden von Interesse.<sup>17</sup>

### **5.1 Das Verfassungsreferendum in Frankreich**

Am 29. Mai 2005 lehnten 55 Prozent der Franzosen den Verfassungsvertrag ab, die Wahlbeteiligung lag bei beachtlichen 69 Prozent und damit auf gleichem Niveau wie beim Maastricht-Referendum von 1992 (70 Prozent). Damit verweigerte die Bevölkerung eines der EWG-Gründungsmitglieder ihre Zustimmung zum zentralen Reformdokument der EU. Dabei galten die Franzosen bis dahin keineswegs als ausgeprägt euroskeptisch.

#### Entscheidungszeitpunkt

29 Prozent der französischen Wähler wussten von Anfang an, wie sie abstimmen würden, weitere 29 Prozent entscheiden sich erst zu Beginn der Kampagnen. 20 Prozent trafen ihre Entscheidung in der Woche vor dem Referendum, 14 Prozent der Franzosen entschieden sich in den letzten Wochen der Kampagnen und sieben Prozent fällten ihre Entscheidung erst am Abstimmungstag selbst (Flash Eurobarometer 171: 12).

#### Alterskohorten und Beschäftigungsgruppen

Das Eurobarometer unterscheidet zwischen vier Altersgruppen. Insgesamt stimmte nur die älteste Kohorte (55+) mehrheitlich für den Verfassungsvertrag (54 Prozent). Bei den übrigen Altersgruppen war die Ablehnung dagegen deutlich ausgeprägter: So stimmten die 18- bis 24-Jährigen mit 57 Prozent, die Kohorte von 25 bis 39 Jahren gleichfalls mit 57 Prozent und die 40- bis 54-Jährigen mit 63 Prozent mit Nein. Betrachtet man außerdem das Abstim-

---

<sup>17</sup> Als Analysegrundlage dienen die Ergebnisse der Flash-Eurobarometer 171, 172 und 245, die jeweils unmittelbar nach den entsprechenden Referenden durchgeführt wurden.

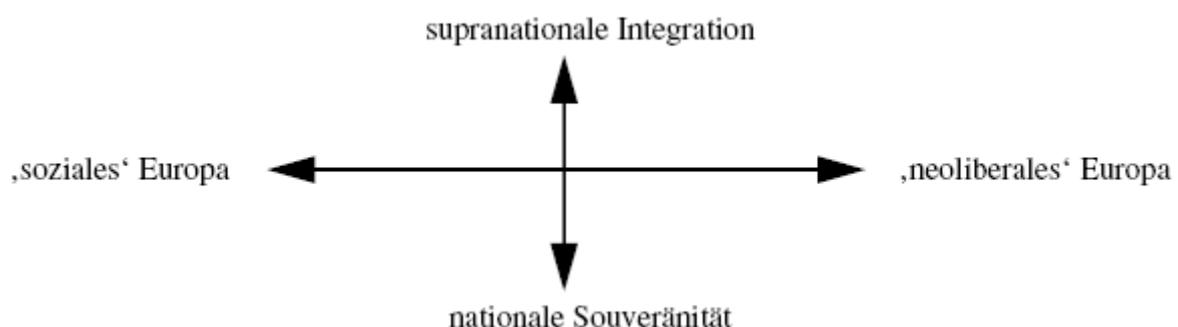
mungsverhalten nach Berufsgruppen, so zeigt sich, dass beispielsweise drei Viertel der Arbeiter (76 Prozent) gegen den Verfassungsvertrag stimmten. Bei den Selbständigen (52 Prozent) und Angestellten (55 Prozent) war die Ablehnung zwar ebenfalls ausgeprägt, allerdings in schwächerem Ausmaß. Erstaunlicherweise wiesen die Arbeitslosen das ausgeglichene Abstimmungsverhalten (50 Prozent für und gegen den Vertrag) auf (ebd.: 14).

### Motivationen

Die Mehrzahl der Ja-Wähler betonte die Notwendigkeit der Verfassung oder ihre persönliche Verbundenheit mit dem europäischen Integrationsprozess (ebd.: 16). Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Hauptmotivation der Verfassungsbefürworter ihre generelle positive Einstellung gegenüber der EU ausmachte. Die Gründe für die Nein-Wähler waren hingegen wesentlich breiter gefächert: 31 Prozent nannten die potenziellen negativen Effekte der Verfassung auf die Beschäftigungssituation Frankreichs. Für 26 Prozent stand die schwache ökonomische Situation ihres Landes im Vordergrund, darüber hinaus unterstellten 19 Prozent dem Text eine zu neoliberale Prägung. Letztendlich nutzen 18 Prozent der Nein-Wähler das Referendum, um ihren Unmut über den damaligen Staatspräsidenten Jacques Chirac zum Ausdruck zu bringen (ebd.: 31). Zu den maßgeblichen Einflussfaktoren der Nein-Wähler zählten demzufolge vor allem ökonomische und soziale Aspekte.

Im Kontext des öffentlichen Diskurses lassen sich zwei zentralen ideologische Konfliktlinien identifizieren (vgl. Abbildung 8): Eine erste trennte Befürworter von „nationaler Souveränität“ und „supranationaler Integration“; eine zweite brach zwischen Vertretern eines „neoliberalen“ und eines „sozialen“ Europas auf (Schild 2005: 192-193).

**Abbildung 8:** Ideologische Trennlinien der Referendumsdebatte



**Quelle:** Schild (2005: 192).

War im Maastricht-Referendum von 1992 noch der Konflikt um die Preisgabe nationaler Souveränität und die Bedrohung nationaler Identität zentral (und gingen die Nein-Stimmen damals vornehmlich auf das Konto der politischen Rechten), so war es 2005 vor allem die politische Linke, die aufgrund von wirtschaftlich-sozialen Verlustängsten mit Nein stimmte.

Erstaunlicherweise hielten unmittelbar nach dem Negativ-Referendum satte 88 Prozent<sup>18</sup> der Franzosen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache, auch eine große Mehrheit derjenigen, die mit Nein gestimmt haben (Flash Eurobarometer 171: 22). Im Scheitern des Verfassungsvertrages ist demnach keine politische Manifestation eines „harten“ Euroskeptizismus zu sehen. Aline Sierp (2008: 6) fasst diesen Sachverhalt folgendermaßen zusammen: „The rejection of the Constitution has not been a rejection of the European project in itself but should be understood as the expression of a general discontentment of the population with the direction European integration has taken in the last years“.

## 5.2 Das Verfassungsreferendum in den Niederlanden

Die Niederländer stimmten am 1. Juni 2008 mit 62 Prozent gegen den Verfassungsvertrag, die Wahlbeteiligung fiel mit 63 Prozent etwas geringer aus als in Frankreich wenige Tage zuvor. Dieses zweite gescheiterte Referendum bedeutete letztlich das Ende des europäischen Verfassungsvertrags und stellte die EU vor die schwierige Aufgabe, einen Ausweg aus der Ratifizierungskrise zu finden.

### Entscheidungszeitpunkt

67 Prozent der befragten Niederländer gaben an, dass die Referendumskampagnen zu spät begannen (Flash Eurobarometer 172: 7). Dieser späte Einstieg in die „heiße Phase“ führte letztendlich dazu, dass viele Menschen ihre Entscheidung erst unmittelbar vor dem Abstimmungstermin trafen. 26 Prozent der niederländischen Wähler wussten von Anfang an, wie sie abstimmen würden, weitere 21 Prozent entschieden sich erst zu Beginn der Kampagne. 14 Prozent trafen ihre Entscheidung in der Woche vor dem Referendum, 20 Prozent der Niederländer entschieden sich in den letzten Wochen der Kampagnen und elf Prozent fällten ihre Entscheidung erst am Abstimmungstag selbst (ebd.: 9).

### Alterskohorten und Beschäftigungsgruppen

In sämtlichen Altersgruppen lehnte eine deutliche Mehrheit den Verfassungsvertrag ab, wobei die Zustimmung mit dem Alter anstieg, jedoch niemals über 50 Prozent. Besonders hervor sticht dabei die jüngste Alterskohorte (18 bis 24 Jahre): Hier stimmten nahezu drei Viertel der Wähler (74 Prozent) mit Nein. Die Kohorten der 25- bis 39-Jährigen (66 Prozent) und die der 40- bis 54-Jährigen (67 Prozent) liegen insgesamt auf ähnlichem Niveau. Bei den älteren Mensch (55+) zeigt sich hingegen ein fast ausgeglichenes Bild: Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent verweigerte hier ihre Zustimmung. Der Blick auf das Abstimmungsverhalten der verschiedenen Berufsgruppen weist ein durchweg stark ablehnendes Bild auf. Demnach stimmten jeweils 60 Prozent der Angestellten und Arbeitslosen mit Nein. Beachtliche 78 Prozent der Arbeiter verweigerten ihre Zustimmung, und sogar die Selbständigen lehnten den Vertrag mehrheitlich mit 57 Prozent ab (ebd.: 11).

---

<sup>18</sup> Dieser Wert umfasst alle Befragten: Bei den Ja-Wählern sprachen sich insgesamt 99 Prozent für die Mitgliedschaft Frankreichs in der EU aus, bei den Nein-Wählern immerhin 83 Prozent (Flash Eurobarometer 171: 22).

### Motivationen

Zu den Motivationen der Ja-Wähler in den Niederlanden zählte in erster Linie die Überzeugung der Notwendigkeit des Verfassungstextes zur weiteren Vertiefung der europäischen Integration (24 Prozent). 13 Prozent betonten vor allem die Förderung der europäischen Identität, weitere 13 Prozent nannten eine Stärkung der Rolle der Niederlande in der EU und der Welt (ebd.: 13). Bei den Nein-Wählern standen andere Motivationen im Vordergrund: In erster Linie ist hier ein Informationsmangel zu nennen, den 32 Prozent angaben. An zweiter Stelle gaben 19 Prozent der Nein-Wähler einen befürchteten Verlust der nationalen Souveränität an; 14 Prozent nutzten das Referendum hingegen als Möglichkeit, um die nationale Regierung abzustrafen. Interessant ist, dass 13 Prozent der Nein-Wähler als Grund die hohen Kosten Europas für die niederländischen Steuerzahler erwähnten; demnach sei die EU einfach zu teuer (ebd.: 15). Dies ist eine Streitfrage, die bereits seit längerem in den Niederlanden diskutiert wird (siehe dazu u.a. de Wilde 2009).

Identitäts- und Souveränitätsfragen besitzen demnach in den Niederlanden eine ungleich höhere Bedeutung als in Frankreich, nicht zuletzt seit der schweren Erschütterung nationaler Identität infolge der Morde an Pim Fortuyn (2002) und Theo van Gogh (2004). Auch das in den Referendumskampagnen beider Staaten prominente Thema der EU-Osterweiterung wurde in den Niederlanden stärker als Identitätsfrage diskutiert, indem nach der Rolle und dem Platz der Niederlande in der EU-25 gefragt wurde, während in Frankreich klar die wirtschaftlich-sozialen Folgen der Osterweiterung und Ängste vor Lohn- und Steuerdumping sowie der Verlagerung von Arbeitsplätzen im Zentrum standen.

Das niederländische Referendum kann durchaus als Ausdruck des Protests gegen die nationalen politischen Eliten angesehen werden (Harmsen 2008a: 324). Doch die EU-Themen spielten die maßgeblichere Rolle. Kees Aarts und Henk van der Kolk (2006) identifizieren in ihrer Analyse drei zentrale Einflussfaktoren des negativen Wahlausgangs: Demzufolge sind die Einführung des Euro, die umfangreiche Osterweiterung sowie ein Bruch in der Rückkopplung zwischen Elite und Bevölkerung entscheidend gewesen. Zusammengefasst bedeutet dies, dass viele Niederländer die zu erwartenden Kosten des Verfassungsvertrages höher als dessen Nutzen einschätzten.

Zwar stimmte eine deutliche Mehrheit der Niederländer gegen den Verfassungstext und somit indirekt auch gegen die EU, doch gefragt nach ihrer grundsätzlichen Einstellung gaben immerhin beachtliche 82 Prozent an, dass die Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache sei (Flash Eurobarometer 172: 20).<sup>19</sup> Diese zwiespältige Einstellung ist vergleichbar mit jener der Franzosen. Interessant ist hingegen insbesondere die Erkenntnis, dass die europäischen Institutionen bei 61 Prozent der Niederländer kein gutes Image besitzen (ebd.: 22).

---

<sup>19</sup> Auch dieser Wert umfasst alle Befragten: 99 Prozent der Ja-Wähler und 78 Prozent der Nein-Wähler halten die Mitgliedschaft der Niederlande in der EU für eine gute Sache (Flash Eurobarometer 172: 20).

### 5.3 Das irische Referendum über den Vertrag von Lissabon

Am 12. Juni 2008 stimmte eine Mehrheit von 53 Prozent der Iren in einer Volksabstimmung gegen den Vertrag von Lissabon. Die Wahlbeteiligung lag bei 53 Prozent. Wiederum geriet der Reformprozess der EU auf unbestimmte Zeit ins Stocken. Anders als in Frankreich ließ sich eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon in Irland aufgrund der irischen Verfassung nicht „umgehen“ (siehe dazu Maurer & Roth 2008).

#### Entscheidungszeitpunkt

Betrachtet man auch hier den Zeitpunkt der persönlichen Entscheidung, so zeigt sich, dass sieben von zehn Wählern diese erst in den letzten Wochen vor der Abstimmung (55 Prozent) oder am Tag des Referendums selbst (15 Prozent) trafen. Für zehn Prozent der Wähler stand ihre Entscheidung bereits zum Zeitpunkt der Ankündigung der Volksabstimmung fest; 19 Prozent entschieden sich zu Beginn der Kampagnen (Flash Eurobarometer 245: 14).

#### Alterskohorten und Beschäftigungsgruppen

Hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens von Alterskohorten zeigt sich, dass die Ablehnung durchweg mit dem Alter abnahm: Stimmten noch 65 Prozent der jüngsten Alterskohorte (18 bis 24 Jahre) mit Nein, waren es bei den 25- bis 39-Jährigen 50 Prozent und bei den 40- bis 54-Jährigen immerhin „nur“ noch 52 Prozent. Erst die älteste Kohorte (55+) stimmte hingegen mit 58 Prozent mehrheitlich zu. Mit Blick auf die verschiedenen Berufsgruppen zeigt sich ein differenziertes Bild: 60 Prozent der Selbständigen stimmten mit Ja; bei den Angestellten waren es 51 Prozent, die den Vertrag ablehnten. Nur bei 44 Prozent der Arbeitslosen traf der Vertrag auf Zustimmung, doch vor allem die irischen Arbeiter verweigerten ihre Zustimmung: Knapp drei Viertel (74 Prozent) stimmten mit Nein (ebd.: 17).

#### Motivationen

Die Mehrheit der Ja-Wähler tat dies aufgrund der Überzeugung, dass es im Interesse Irlands sei (32 Prozent); 19 Prozent stimmten für den Vertrag, weil ihr Land bisher durch die Mitgliedschaft profitiert habe. Der meistgenannte Grund aufseiten der Nein-Wähler bezog sich auf den Informationsmangel (22 Prozent), gefolgt vom Wunsch der Verteidigung der nationalen Identität (zwölf Prozent). Darüber hinaus finden sich Gründe wie ein grundsätzlicher Mangel an Vertrauen in Politiker (sechs Prozent), der Wunsch der Beibehaltung der irischen Neutralität in Sicherheits- und Verteidigungsfragen (sechs Prozent), der Wunsch des Erhalts des irischen EU-Kommissars (sechs Prozent) sowie der Erhalt des irischen Steuersystems (sechs Prozent). Fünf Prozent stimmten gegen den Vertrag von Lissabon, um bewusst ein Zeichen gegen ein „vereintes Europa“ zu setzen (ebd.: 18-19).

In Irland ist insbesondere das Auftreten der nationalistischen *Sinn Féin* als prominentestes Sprachrohr der Vertragsgegner von Interesse: Die Partei stellte die EU in erster Linie als Bedrohung der nationalen Souveränität dar (McGinley 2008: 8). Markus Gastinger et al. (2008: 3) weisen insbesondere auf die schlechte Kampagne der Regierungsparteien hin. Im Hinblick

auf ein mögliches zweites Referendum bemerken sie aber, dass mehr Informationen die Bürger Irlands nicht automatisch von einem Nein zu einem Ja veranlassen würden. Eine intensivere Informationspolitik könnte von den Vertragsgegnern vielmehr derartig genutzt werden, um mit durchaus falschen, aber immer eingängigeren Gegeninformationen das Nein-Lager zu vergrößern. Es geht also nicht in erster Linie um die sachliche Richtigkeit, sondern um die Verfügbbarkeit des vermittelten Informationsgehaltes.

Umso erstaunlicher ist jedoch auch in Irland die Einschätzung der Menschen in Bezug auf die Frage, ob ihr Land bisher von der EU-Mitgliedschaft profitierte. Immerhin bejahten unmittelbar nach dem Referendum beachtliche 89 Prozent der Iren diese Frage.<sup>20</sup> Bezogen auf den zukünftigen Nutzen antworteten hingegen „nur“ 71 Prozent mit Ja (RedC 2008: 12).<sup>21</sup> Das heißt, auch in Irland besteht ein widersprüchliches Verhältnis von grundsätzlicher Zustimmung zur EU und dem konkreten Abstimmungsverhalten im Referendum.

#### **5.4 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Ein maßgebliches Motiv der Nein-Wähler, welches sich durch alle Negativreferenden zieht, ist der Mangel an Informationen über den Abstimmungsgegenstand selbst. Als eine direkte Folge dieses Kenntnisdefizits wird die individuelle Entscheidung der unentschlossenen Wähler weit hinausgeschoben. Bei den drei betrachteten Referenden traf ein maßgeblicher Teil der Wähler seine Entscheidung erst kurz vor dem Abstimmungstermin selbst. Das heißt zwar nicht, dass alle Spätentschiedenen auch mit Nein stimmten, dennoch wurde ihre Entscheidung maßgeblich durch die jeweiligen Kampagnen geprägt. Vor diesem Hintergrund wiegt die Tatsache, dass die Mehrzahl der Befragten angab, nicht von den Ja-Kampagnen überzeugt worden zu sein, umso schwerer. Für viele unentschiedene Wähler lieferten hingegen die Nein-Kampagnen überzeugendere Argumente.

Zudem wurde deutlich, dass Negativvoten immer auch stark durch nationale Interessen- und Problemlagen geprägt sind. Mit Blick auf das Abstimmungsverhalten der verschiedenen Alterskohorten stimmt vor allem das negative Votum der jungen Alterskohorten nachdenklich. Die Kombination grundsätzlicher, ja überdurchschnittlicher Unterstützung der Europäischen Union und einer kritischen Einschätzung ihrer Politik und Entwicklung ist unter Jungwählern offenbar weit verbreitet. Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, ob kritische, euroskeptische Haltungen sich im Verlauf des Lebenszyklus nicht zu verstärken und in eine „harte“ Form des Euroskeptizismus umzuschlagen drohen. Euroskeptische Einstellungen ziehen sich jedoch durch alle Altersgruppen. Hinsichtlich der Berufsgruppen sind es vornehmlich Arbeiter und Arbeitslose, die verstärkt mit Nein stimmten. Ob dies auf der Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung oder einer kulturellen Bedrohung nationaler Identität beruht, kann auf Grundlage der verfügbaren Studien und Daten nicht klar beantwortet werden.

---

<sup>20</sup> Auch dieser Wert umfasst alle Befragten: 99 Prozent der Ja-Wähler und 83 Prozent der Nein-Wähler halten die bisherige EU-Mitgliedschaft Irlands für eine gute Sache (RedC 2008:12).

<sup>21</sup> Bei dieser Frage stimmten 81 Prozent der Ja-Wähler und 59 Prozent der Nein-Wähler für die Erwartung eines zukünftigen Nutzens aus der irischen EU-Mitgliedschaft (ebd.: 12).

In der Gesamtbetrachtung wäre es jedoch falsch, die gescheiterten Referenden als Ausdruck eines „harten“ Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene anzusehen. Dies wird zweifelsfrei durch die hohen Zustimmungswerte in Bezug auf die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes und dem daraus entstandenen Nutzen widerlegt. Sofern überhaupt eine Einordnung innerhalb des *hard/soft*-Schemas vorgenommen werden kann, dann höchstwahrscheinlich im Bereich des „weichen“ Euroskeptizismus. Die bemerkenswerte Diskrepanz zwischen dem konkreten Abstimmungsverhalten und der grundsätzlichen EU-Einstellung der Nein-Wähler deutet auf eine „positiv skeptische Haltung“ dieser Menschen hin. Die Negativreferenden dürfen dementsprechend nicht als Absage an das europäische Integrationsprojekt, sondern als Ausdruck des Unmuts über dessen gegenwärtige und zukünftig geplante Ausrichtung verstanden werden. „Das französische und das niederländische ‚Nein‘ haben die europäische Verfassungskrise nicht so sehr verursacht als vielmehr ans Licht gebracht“ (Pijpers 2007: 457). Dieser Unmut ist allerdings nicht ausschließlich einer bestimmten Alterskohorte, Berufsgruppe oder Bildungsschicht zuzuschreiben: Im Fall der betrachteten Negativreferenden sind euroskeptische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die Verfassungs- und Vertragsreferenden verdeutlichen zudem, dass europakritische Haltungen auch dann politikwirksam werden und die Integrationsdynamik verlangsamen, wenn ihre Träger sich als Europäer fühlen und die EU grundsätzlich unterstützen. Kategorische Absagen an den Prozess der europäischen Integration waren in keinem der drei behandelten Fälle aus dem Abstimmungsverhalten und seiner Motive herauszulesen.

## 6. Medienberichterstattung

Massenmedien bilden eine zentrale intermediäre Instanz zwischen politischen Systemen und ihren Bürgern. Die „vierte Gewalt“ erfüllt dabei mehrere Funktionen. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Herstellung von Öffentlichkeit (Primärfunktion), daneben nehmen Massenmedien eine Informations- und eine kritische Kontrollfunktion im Politikprozess (Sekundärfunktionen) wahr, unter anderem, indem sie politischen und gesellschaftlichen Akteuren – Oppositionsparteien, Interessengruppen, Bürgern – eine Plattform für deren Kritik bieten. Sowohl die Informations- als auch die Kontrollfunktion dienen wiederum als Grundlage für die Tertiärfunktionen der Massenmedien: dazu zählen die politische Sozialisation, die zur Integration der politischen Gemeinschaft beiträgt, die politische Bildung sowie die Meinungs- und Willensbildung (vgl. Strohmeier 2004: 69-75). Medien haben eine duale Rolle im Vermittlungsprozess, da sie zugleich als wertneutraler Anbieter von Informationen sowie als aktiver Akteur im politischen Diskurs agieren (Koopmans & Pfetsch 2003: 9).

Die dargestellten Funktionen und Aufgaben der Massenmedien beziehen sich in erster Linie auf den traditionellen nationalstaatlichen Rahmen. Sie sind im europäischen Mehrebenensystem ungleich schwerer zu erfüllen: So gibt es kein einheitliches europäisches Volk, sondern nur europäische Völker, die sich durch Sprache, Kultur und Identität voneinander unterscheiden. Darüber hinaus gibt es in den EU-Mitgliedstaaten zum Teil erhebliche Unterschiede in den Ausgestaltungen von Mediensystemen und dem Selbstverständnis ihrer Ak-

teure. Vor diesem Hintergrund gestaltet sich bereits die Bewältigung der Primärfunktion als äußerst schwierig. Ist die Etablierung einer sogenannten europäischen Öffentlichkeit überhaupt möglich? Ist sie ein wirksames „Gegengift“ gegen die Ausbreitung von Europaskeptizismus?

### 6.1 Die EU als „sperriges Objekt“ der Medienberichterstattung

Die Entscheidung, ob und wie Redaktionen über Eurothemen berichten, erfolgt anhand sogenannter Nachrichtenfaktoren. Dazu zählen:

- *Status* der beteiligten Akteure: Je bekannter und einflussreicher eine Person oder eine Institution ist, umso größer ist auch das öffentliche Interesse an ihr.
- *Valenz* bzw. das Ausmaß an Konflikt und Kontroverse: Je ausgeprägter die Meinungsverschiedenheiten um einen Sachverhalt sind, desto größer ist auch sein Nachrichtenwert.
- *Relevanz* und *Nähe*: Die Tragweite des Ereignisses und die Betroffenheit des Zuschauers bzw. Lesers bilden weitere zentrale Kriterien für den medialen Wert eines Ereignisses.
- *Identifikation*: Das Ausmaß der persönlichen Verbundenheit und die Personalisierbarkeit von Ereignissen sind wichtige Voraussetzungen, die zur Emotionalisierung bei den Adressaten beitragen.
- *Konsonanz*: Die Übereinstimmung von Nachrichten mit existierenden Vorstellungen und Erwartungen der Rezipienten erhöht ebenfalls deren Nachrichtenwert.
- *Dynamik*: Je diffuser und unvorhersehbarer ein Vorgang erscheint, umso größer ist das mediale Interesse daran. Das Ausmaß an Überraschung und Ungewissheit ist ein sehr wichtiges Selektionskriterium für Massenmedien (vgl. Schulz 1997: 70-72).

Medienberichterstattung über die Europäische Union sieht sich in Anbetracht dieser Selektionskriterien der Medien mit einer Reihe von Grundproblemen konfrontiert:

- Die EU besitzt keine „Regierung“ mit dazugehörigem Regierungschef als Steuerungszentrum, weswegen eine Personalisierung der Berichterstattung auf europäischer Ebene schwerfällt. Der Status eines Kommissionspräsidenten wird von Medien als geringer eingestuft als etwa derjenige eines nationalen Regierungschefs, der von EU-Kommissaren geringer als der von nationalen Ministern.
- Das Fehlen eines strukturierten Gegeneinanders von Regierung und Opposition auf EU-Ebene und der konsensdemokratische Charakter der Union reduzieren die Möglichkeit, Konflikte und Kontroversen auf EU-Ebene anders darzustellen als in Gestalt eines konflikthaften Aufeinandertreffens „nationaler“ Interessen und ihrer Vertreter, insbesondere im Rahmen von Europäischen Räten („Gipfeltreffen“).
-

- EU-Politikvorgänge sind häufig sehr technischer und bürokratischer Natur und dementsprechend so komplex und sperrig, dass die Relevanz und der Bezug zur Lebenswelt der Medienkonsumenten nicht immer leicht herstellbar sind.
- Die EU-Ebene der Politik konkurriert mit der lokalen, regionalen und vor allem nationalen Politikebene um die begrenzte Aufmerksamkeit und politische Informationssuche von Bürgern. Politik im „fernen Brüssel“ hat somit höhere mediale Aufmerksamkeitsschwellen zu überwinden als „nähere“ Ereignisse.
- Europäische Politikprozesse sind nicht selten sehr langwierig, so dass Medien nicht immer konkrete Ergebnisse präsentieren können. Diese Inkongruenz von medialer und politischer Logik (Aktualität vs. Langfristigkeit) schafft somit zusätzlichen Raum für kritische Meinungen über die EU. Wird nur über den Vorgang berichtet, kann dies zu Desinteresse beim Rezipienten führen.

Daher steigt der Umfang der Europaberichterstattung nicht in dem Maße wie die EU an Bedeutung gewonnen hat. EU-Themen gelten in Journalistenkreisen nicht selten als „Quotenkiller“. Neben den Nachrichtenfaktoren bestimmt vorzugsweise die inhärente Logik des Mediensystems seine Fähigkeit zur Darstellung komplexer und abstrakter politischer Inhalte. Hierzu muss zwischen zwei divergierenden Mustern der Medienkultur unterschieden werden. Die „kommerzielle Logik“ findet sich vor allem dort, wo Massenmedien stark von Werbeeinnahmen abhängig sind. Die starke Konkurrenz der Anbieter um Zuschauer oder Leser führt dazu, dass verstärktes Gewicht auf den Unterhaltungswert der dargestellten Inhalte gelegt wird. Die „politische Logik“ der Medienberichterstattung erlaubt den Medienschaffenden durch entsprechende staatliche Subventionen eine werbemarktunabhängigere und somit ausgewogenere Berichterstattung (Adam & Berkel 2003: 17-25; 2006: 52-56).

## **6.2 Die Rolle von Massenmedien bei der Ausbreitung von Europaskepsis: Einflussfaktoren**

Zunächst kann ein geringes Ausmaß von Berichterstattung zu europäischen Themen zu einem distanzierten Verhältnis von Bürgern zur EU-Ebene führen. Europaindifferenz ist neben dezidiert europaskeptischen Einstellungen eine zentrale Herausforderung im Verhältnis zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Darüber hinaus lenken Print-, Fernseh- und Onlinemedien durch die Art ihrer Berichterstattung die Wahrnehmung ihrer Adressaten. Durch die von ihnen benutzten Interpretationsrahmen (*frames*) prägen sie das öffentliche Meinungsbild nachhaltig: Die Meldung wird mit einem interpretativen Rahmen verknüpft, der bestimmte Merkmale des Ereignisses bewusst hervorhebt und bewertet. „Frames are not merely different ways of telling a news story. Frames may cause changes in public opinion by inviting certain definitions and interpretations of political issues“ (de Vresse & Boomgaarden 2003: 362). Ein positiver oder negativer Unterton gegenüber EU-Themen wirkt nachgewiesenermaßen auf die Einstellung der Bürger zu den Inhalten und Akteuren (Norris 2000).

Zu den wichtigsten medialen Interpretationsrahmen gehört die *Konfliktdimension*: Danach stehen vor allem die Auseinandersetzungen zwischen Kontrahenten über Politikinhalt im Mittelpunkt, nicht selten ergreift die Berichterstattung Partei für eine der Seiten. Ein zweites wichtiges Interpretationsschema stellen *politische, ökonomische und sozio-kulturelle Konsequenzen* europäischer Entscheidungen dar. Diese Logik interpretiert Sachverhalte oder politische Entscheidungen nach ihren zu erwartenden Wirkungen auf die unterschiedlichen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dieser Interpretationsrahmen ist eng mit Gewinn- und Verlustdimensionen sowie Risiko- und Chancendimensionen verknüpft (vgl. Schuck & de Vreese 2006: 7-11). Ein weiteres Interpretationsschema, das sich besonders gut auf die Europäische Union anwenden lässt, ist die *Bürokratie-Dimension*. Demzufolge steht nicht unmittelbar der politische Inhalt einer Meldung, sondern vielmehr die Kompliziertheit des EU-Institutionensystems und seiner Entscheidungsprozesse selbst im Fokus der Berichterstattung.

*Framing* ist stets eine ambivalente Methode der Aufbereitung und Vermittlung von Inhalten, da immer die Möglichkeit einer subjektiv wertenden Darstellung, der positiven oder negativen Interpretation besteht (de Vreese & Boomgaarden 2003: 363). Dennoch darf keinesfalls die Annahme entstehen, dass ein negatives *framing* zwangsläufig zu unreflektierten negativen Ansichten in Bezug auf den Betrachtungsgegenstand bei den Rezipienten führt. Entscheidend ist hierbei auch das individuelle Hintergrundwissen zum entsprechenden Thema, welches eine subjektive Reflektion ermöglicht. Die Wirkung der Medienberichterstattung auf die Bevölkerung hängt daher von zwei Faktoren ab: Erstens von der Verbreitung strategischer Interpretationsrahmen (*frames*) und zweitens von den individuellen Merkmalen der Adressaten wie beispielsweise das Ausmaß politisch-medialer Erfahrung sowie Vorwissen über den jeweiligen Gegenstand (de Vreese 2007: 280).

Massenmedien (Printpresse und Fernsehen) tragen zur Verbreitung von Euroskeptizismus unter der Bevölkerung bei. So bieten sie beispielsweise in Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion eine Plattform für kritische Stimmen und Meinungen zur europäischen Politik. In diesem Fall treten sie lediglich passiv als Vermittler in Erscheinung. Im Zuge einer zunehmenden Politisierung von Europathemen, die von Parteien, Verbänden, Protestbewegungen und Intellektuellen aufgegriffen werden, bietet sich den Medien die Möglichkeit, Aufmerksamkeit für politische Europakontroversen zu gewinnen, indem sie als Plattform für Kontroversen dienen. Die breite publizistische Debatte über die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts der Türkei in der Qualitätspresse mag als Beleg dafür dienen. Andererseits wirken Medien aber auch direkt auf die Verbreitung europakritischer Ansichten ein, indem sie z.B. aktive Negativberichterstattung von EU-Themen betreiben. Dieses Muster dürfte häufiger bei privaten Medien vorzufinden sein, die stark von der kommerziellen Logik beeinflusst sind. Auf der anderen Seite ist es jedoch auch möglich, unbeabsichtigt negative Wahrnehmungen durch neutrale Berichterstattung hervorzurufen.

Medienwirkung hängt außerdem zu einem erheblichen Anteil vom Grundton des gesamten nationalen Mediensystems ab. Je stärker die Konsonanz des *framing* der Berichterstattung, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Bürger diese übernehmen (de Vreese & Boomgaarden 2006: 429-432). Für den wachsenden Euroskeptizismus bedeutet

dies, dass von einer negativen Einflussnahme der Medien besonders dann gesprochen werden kann, wenn es sich um ein Phänomen des Großteils des Mediensystems handelt. Eine Boulevardzeitung, die beispielsweise im Gegensatz zu ihren Konkurrenten gezielt negativ über die EU berichtet, erzielt damit folglich eine umso höhere Wirkung, je ähnlicher der Grundton der Berichterstattung in „seriöseren“ Medien ausfällt.

### 6.3 Mediale Wirklichkeit: Wie berichten Medien über die EU?

Die Forschung zur Medienberichterstattung über die Europäische Union ist vergleichsweise jung. Erst seit Mitte der 1990er Jahre mehrten sich empirische Studien, die sich der Thematik annahmen. Somit stiegen die mediale Berichterstattung wie politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit äquivalent mit dem wachsenden politischen Einfluss der EU. „Initially, the media did not consider European politics as particularly salient. [...] Still, EU affairs are included only rarely in national news, due to their highly technical nature and seeming detachedness from the national political process“ (Bijsmans & Altides 2007: 324).

Das quantitative Ausmaß an EU-Berichterstattung schwankt im Zeitverlauf, wie die empirische Untersuchung von Jochen Peter und Claes H. de Vreese (2004) belegt: In den Routine-Zeiträumen (Perioden ohne Schlüsselereignisse wie Europawahlen, EU-Referenden oder Ratsgipfeln) wird die EU signifikant seltener in den TV-Nachrichtenformaten thematisiert als beispielsweise in den Gipfel-Zeiträumen (ebd.: 5). Der Anteil EU-bezogener Nachrichteninhalte ist in den Tagen vor und nach den Ratsgipfeln nicht nur höher, sondern auch umfangreicher und prominenter platziert (ebd.: 15-16). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Christoph O. Meyer (2005), was die bestenfalls zyklische Wichtigkeit von EU-Themen in der Berichterstattung nahelegt. „The EU, then, is somewhat like the moon: though of major influence on the ebb and flow of Europe, it is only cyclically fully visible. [...] In other words, it is an *invisible importance* that characterizes the coverage of the EU. *If* the EU is covered, it is covered prominently – however, the EU is rarely covered“ (Peter & de Vreese 2004: 16).

Inzwischen existiert eine Vielzahl an quantitativen und qualitativen Studien hinsichtlich der Medienberichterstattung über die EU. Einen sehr guten Überblick bietet die Meta-Studie von Marcel Machill, Markus Beiler und Corinna Fischer (2006), die Ergebnisse von insgesamt 17 Medieninhaltsstudien zusammenträgt.<sup>22</sup> Zum besseren Verständnis und aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die empirischen Ergebnisse verschiedenster Studien nachfolgend getrennt nach den zwei wichtigsten Medienarten aufbereitet.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Der Großteil dieser Studien wurde vor der EU-Osterweiterung erhoben, dementsprechend existieren bislang nur wenige Untersuchungen zur Medienberichterstattung in den neuen Mitgliedstaaten Osteuropas.

<sup>23</sup> Dass die Medien Radio und Internet keinen eigenen Abschnitt erhalten, begründet sich mit dem Mangel an themenbezogenen Studien. Die Analyse von Radionachrichteninhalten und Onlinenachrichtenportalen wurde offenkundig bisher weitestgehend vernachlässigt. Eine ältere Studie zur Nutzung des Internets in Bezug auf Politikinhalt bieten Koopmans & Zimmermann (2003).

### 6.3.1 Printmedien

Die umfangreiche Studie von Hans-Jörg Trenz, Maximilian Conrad und Guri Rosén (2007a; 2007b) befasst sich mit der Wirkung von Zeitungsberichterstattung auf die Leserschaft am Beispiel der europäischen Debatte im Vorfeld der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden. Die Vermutung, dass Journalisten bewusst als politische Unternehmer (*policy entrepreneurs*) auftreten, wurde dabei nicht bestätigt (Trenz, Conrad & Rosén 2007b: 67-68). Auch agieren Medien keineswegs einfach als „Verstärker“ politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um europäische Themen. Bisweilen nehmen sie, wie in Deutschland zu beobachten, angesichts eines breiten Europakonsenses ihrerseits eine kritischere Rolle ein als in Staaten mit ausgeprägten und polarisierten Europadebatten (Trenz, Conrad & Rosén 2007a: 13).

Die Presse begegnete den nationalstaatlichen Diskursen im Vorfeld der Verfassungsvertragsreferenden durchaus mit kritischer Distanz. Die betrachteten Printmedien verstärkten also keineswegs die öffentliche Meinung vor den Volksabstimmungen in negativer oder positiver Weise. Erst als im Nachhinein die eigentliche Tragweite der gescheiterten Ratifizierungsreferenden für den europäischen Integrationsprozess bewusst wurden, schlugen die Printmedien deutlich kritischere Töne an, um die offenkundige Kluft zwischen der EU und ihren Bürgern zu beschreiben (ebd.: 14). Als zentrale Erkenntnis lässt sich also festhalten, dass den französischen und niederländischen Printmedien keine bewusste Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens durch negative Berichterstattung im Vorfeld der Referenden unterstellt werden kann.

Die Studie von Ruud Koopmans und Barbara Pfetsch (2003: 27-29) beschäftigt sich mit dem deutschen Printmediensystem. Die vergleichende Analyse zur Verwendung von *frames* bei staatlichen Akteuren, öffentlichen Interessengruppen und Printmedien im Hinblick auf EU-Themen liefert teilweise erstaunliche Ergebnisse. Die Autoren unterscheiden zwischen identitären (u.a. Prinzipien, Normen und Werte) und instrumentellen (u.a. politische und ökonomische Vor- und Nachteile) *frames*. Einen Überblick mitsamt den empirischen Ergebnissen bietet Tabelle 4.

Bemerkenswert ist insbesondere der hohe Anteil identitärer *frames* bei den deutschen Printmedien. Insgesamt ist die Ausprägung des medialen *framing* der deutschen Printmedien dem der politischen Elite sehr ähnlich. Lediglich in wenigen Punkten existieren markante Unterschiede: Vor allem die Aspekte der Wertegemeinschaft und Demokratie erfahren bei den Zeitungen eine deutlich stärkere Gewichtung als bei der politischen Elite. Insgesamt sind rund zwei Drittel der Interpretationskontexte von Medien (64 Prozent) und politischen Akteuren (70 Prozent) identitärer Art. Lediglich ein Drittel bezieht sich hingegen jeweils auf instrumentelle *frames*. Bei den gesellschaftlichen Akteuren verhält es sich genau umgekehrt: Bei ihnen stehen mit 64 Prozent hauptsächlich Kosten-Nutzen-Aspekte im Vordergrund.

**Tabelle 4:** Frames mit Bezugnahme auf europäische Integration und EU-Institutionen

	<b>State and party actors</b>	<b>Civil society actors</b>	<b>Media</b>	<b>All German actors</b>
<b>Principles, norms, values</b>	<b>16.5%</b>	<b>7.7%</b>	<b>31.4%</b>	<b>21.8%</b>
Community of values	3.8%	2.6%	9.8%	6.4%
Modernization	2.3%	-	2.9%	2.3%
Racism / xenophobia / nazism	1.5%	2.6%	2.0%	1.9%
Social justice and equality	1.3%	-	2.9%	1.8%
International understanding	-	-	2.9%	1.4%
Peace	1.3%	-	2.0%	1.4%
Unity	1.3%	2.6%	1.0%	1.4%
Other	5.0%	-	7.9%	5.2%
<b>Constitutional / institutional principles</b>	<b>32.9%</b>	<b>7.7%</b>	<b>18.6%</b>	<b>21.8%</b>
Democracy	6.3%	-	9.8%	6.8%
Equality among member states	8.9%	-	4.9%	5.5%
Subsidiarity, federalism, centralization, separation of power	7.6%	2.6%	-	3.2%
Human rights	3.8%	-	1.0%	1.8%
Rule of law	1.3%	2.6%	1.0%	1.4%
Other	5.0%	2.6%	0.9%	3.1%
<b>Governance</b>	<b>20.2%</b>	<b>20.5%</b>	<b>13.7%</b>	<b>17.3%</b>
Acceptance / legitimacy / credibility in the eyes of the citizenry	7.6%	7.7%	2.9%	5.5%
Transparency	3.8%	7.7%	3.9%	4.5%
Efficiency	6.3%	2.6%	3.9%	4.5%
Bureaucracy	1.3%	2.6%	2.0%	1.8%
Other	1.2%	-	1.0%	1.0%
<b>All identity frames</b>	<b>69.6%</b>	<b>35.9%</b>	<b>63.7%</b>	<b>60.9%</b>
<b>General instrumental frames</b>	<b>3.8%</b>	<b>5.1%</b>	<b>2.0%</b>	<b>3.3%</b>
National interest	2.5%	2.6%	1.0%	1.8%
Other	1.3%	2.6%	1.0%	1.5%
<b>Political (dis)advantages</b>	<b>8.9%</b>	<b>5.1%</b>	<b>5.9%</b>	<b>6.8%</b>
Security	5.1%	2.6%	-	2.3%
Influence in international relations	-	2.6%	2.9%	1.8%
Coping with transnational social problems	1.3%	-	2.0%	1.4%
Other	2.5%	-	1.0%	1.3%
<b>Economic (dis)advantages</b>	<b>16.7%</b>	<b>53.8%</b>	<b>28.4%</b>	<b>29.1%</b>
Economic stability	3.8%	10.3%	6.9%	6.4%
Inflation and prices	2.5%	12.8%	5.9%	5.9%
Economic growth	3.8%	10.3%	2.9%	4.5%
Strength in global competition	2.5%	12.8%	2.0%	4.1%
National economy and exports	-	7.7%	2.9%	2.8%
Consumer protection	1.3%	-	3.9%	2.3%
Other	2.8%	-	3.9%	3.1%
<b>All instrumental frames</b>	<b>30.4%</b>	<b>64.1%</b>	<b>32.3%</b>	<b>39.1%</b>
<b>Total</b>	<b>100.0%</b>	<b>100.0%</b>	<b>100.0%</b>	<b>100.0%</b>
<b>N</b>	<b>79</b>	<b>39</b>	<b>102</b>	<b>220</b>

Quelle: Eigene Darstellung nach Koopmans &amp; Pfetsch (2003: 28).

Berechtigterweise sollte an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die deutschen Printmedien nicht repräsentativ für ihre Äquivalente in den übrigen Mitgliedstaaten herangezogen werden können. Es existieren teils erhebliche Unterschiede. Exemplarisch sei auf die britische Printpresse verwiesen, die zu der euroskeptischsten überhaupt zählt. In Großbritannien wäre es für die meisten Beobachter kaum denkbar, dass sich Referenden zur Euro-Einführung oder zu Vertragsreformen gegen eine Medienkampagne der Boulevardpresse (*tabloids*) im Besitz des Europaskeptikers Rupert Murdoch gewinnen ließen. Auch in Österreich hat eine Boulevardzeitung, die sehr verbreitete Neue Kronenzeitung, in den letzten Jahren erheblichen Einfluss auf die europapolitische Debatte gewonnen. Sie beeinflusste vor allem die Positionierung der österreichischen Sozialdemokraten, der SPÖ, in sehr direkter Weise im Sinne ihrer programmatischen und diskursiven Anpassung an europaskeptische Strömungen im Lande.

### 6.3.2 Fernsehen

Kein Medium ist besser für die Aufgabe der massenhaften Verbreitung von Information für hunderte Millionen Menschen geeignet als das Fernsehen (Gripsrud 2007: 485). Die empirische Studie von Jochen Peter und Claes H. de Vreese (2004) liefert Belege für die Unterschiede in der Logik von TV-Berichterstattung in Bezug auf EU-Themen: Öffentlich-rechtliche Anstalten berichteten zwar nicht signifikant häufiger über EU-Inhalte als private, dafür sind diese Themen aber prominenter platziert. Insgesamt messen demnach öffentlich-rechtliche Anbieter solchen Themen einen höheren Stellenwert (Salienz) zu, der sich vornehmlich in längeren Sendezeiten und attraktiveren Sendeplätzen ausdrückt (ebd.: 16). Insofern bestätigen diese Ergebnisse die eingangs formulierte Vermutung, dass private Fernsehsender wesentlich stärker der kommerziellen Logik folgen und verstärkt auf den Unterhaltungswert setzen, wohingegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten offensichtlich ein ausgewogeneres Angebot bieten.

Claes H. de Vreese (2004) belegt zudem, dass *news frames* gleichbedeutend mit der Kernbotschaft eines Fernsehbeitrags sind: Diese haben direkte Auswirkungen auf die individuelle Rezeption und Verarbeitung eines Beitrags durch den Zuschauer. Grundsätzlich gilt jedoch: Verschiedene Menschen werden dieselbe Meldung mitsamt *news frames* verschieden aufnehmen, da ihr individuelles Wissen und ihre Erfahrung die Interpretation maßgeblich beeinflussen (ebd.: 46). Dennoch wirken TV-*frames* nachweislich auf die Wahrnehmung der Adressaten ein. So führt die Darstellung von Meldungen im Konflikt-*frame* auch zu einer Einordnung in eine Konfliktdimension bei den Rezipienten, gleiches gilt auch für den ökonomische-Konsequenzen-*frame* (ebd.: 44). Die letztendliche Wirkung medialer Berichterstattung hängt dabei auch von der Konsonanz bzw. Dissonanz der Berichterstattung verschiedener Sender ab: Vermittelt die nationale Medienlandschaft ein weitestgehend kongruentes Bild, ist die An- und Übernahme dieses Interpretationsschemas bei den Zuschauern wahrscheinlicher (Peter 2007: 135). Der Effekt des *framing* ist gleichwohl anhängig vom politischen Vorwissen der Adressaten (Schuck & de Vreese 2006: 21).

In einer Ländervergleichsstudie finden Jochen Peter, Holli A. Semetko und Claes H. de Vreese (2003) heraus, dass Fernsehnachrichten EU-Themen weitestgehend neutral darstellen. Am neutralsten ist die Berichterstattung dabei erstaunlicherweise in Dänemark (ca. 90 Prozent an der Gesamtheit der EU-Berichterstattung) und Großbritannien (ca. 80 Prozent). In Deutschland, Frankreich und den Niederlanden liegt der Anteil neutraler EU-Berichterstattung bei ca. 70 Prozent. Explizit negative Berichterstattung ist mit rund 20 Prozent in Frankreich und den Niederlanden am ausgeprägtesten. Den höchsten Anteil an ausdrücklich positiver Berichterstattung findet sich mit 10 Prozent allerdings in Deutschland (ebd.: 319). Dieses Bild bestätigt sich auch in der Fernsehberichterstattung der sechs großen Sender in Frankreich über die Referendumskampagne zum Verfassungsvertrag. Befürworter wie Gegner kamen umfangreich zu Wort, wobei alle Sender den Verfassungsbefürwortern etwas breiteren Raum einräumten als den Gegnern, so das Ergebnis einer offiziellen Auswertung durch den *Conseil supérieur de l'audiovisuel* (Sauger, Brouard & Grossman 2007: 64).

Hervorzuheben ist zudem die Erkenntnis, dass das Fernsehen die Europapolitik hauptsächlich mit nationalstaatlichen und eben nicht mit supranationalen Akteuren zu personalisieren versucht. „In terms of its officials, the EU is faceless. Given the power of an institution such as the European Commission, it is amazing how absent its officials were in the television coverage of EU affairs. The coverage conveys the impression that EU politics is decided upon by anybody, but definitely not by EU officials“ (Peter & de Vreese 2004: 17). Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Christoph Meyer (1999), indem er das Kommunikationsdefizit der EU, insbesondere jenes der Kommission, in direkten Zusammenhang zu ihrem Legitimitätsdefizit bringt (siehe dazu u.a. auch Machill, Beiler & Fischer 2006: 80; Trenz 2002).

### 6.3.3 Zwischenfazit

Insgesamt existieren im Hinblick auf die EU-Berichterstattung nur geringfügige Unterschiede zwischen den beiden vorgestellten Medientypen.<sup>24</sup> Dennoch lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mediensystemen der Mitgliedstaaten erkennen. Die deutschen, spanischen und finnischen Medien berichten beispielsweise deutlich häufiger über EU-Themen als die französischen, britischen, italienischen, belgischen und niederländischen (Machill, Beiler & Fischer 2006: 70-71). Die unterstellte Bedeutung (Salienz) der EU-Themen entscheidet über ihre Platzierung in den Nachrichtensendungen oder Zeitungen. Das quantitative Ausmaß an EU-Themen unterliegt dabei zyklischen Schwankungen. So erfährt die Europäische Union in Zeiten von Gipfeltreffen, Europawahlen und Referenden ein besonders hohes Maß an Aufmerksamkeit. Insgesamt ist der Anteil, den EU-Themen am Gesamtangebot einnehmen, jedoch überschaubar (Schuck & de Vreese 2006). Für die naheliegende Vermutung, dass Medienberichterstattung über die Europäische Union häufig negative Untertöne (*frames*) beinhaltet, liefern die vorliegenden empirischen Studien keine Bestätigung.

---

<sup>24</sup> An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass die Mehrzahl der hier vorgestellten Ergebnisse auf Studien aus dem Zeitraum vor der Verfassungsdebatte stammt. Die Frage, ob sich im Zuge des gesellschaftlichen Diskurses und der gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden die mediale Berichterstattung geändert hat, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden.

EU-Berichterstattung ist zumeist neutraler oder ausgewogener Art. Verschiedene Studien liefern jedoch unterschiedliche Ergebnisse hinsichtlich der Frage, ob Medien, sofern sie es denn tun, eher positiv oder negativ wertende Stellungnahmen und Kommentare abgeben. Eine grundsätzlich negative Berichterstattung konnte jedoch nicht festgestellt werden: „It would therefore be incorrect to conclude that the media in Europe are ‘stigmatizing’ EU actors or treating them structurally different from any other type of domestic or international political actor“ (de Vreese, Lauf & Peter 2007: 128).

Dessen ungeachtet können Massenmedien zur Verbreitung von Euroskeptizismus beitragen, indem sie Euroskeptikern eine Plattform zur Artikulation ihrer Ansichten bieten. Dazu sind sie durch ihre indirekte Kontrollfunktion verpflichtet. Oppositionsparteien, Interessengruppen und Verbände haben demzufolge die Möglichkeit, ihre Kritik an der Politik der nationalstaatlichen Regierungen und der Europäischen Union via Massenmedien zu verbreiten. Eine bewusste Ausblendung dieser Stimmen würde die Objektivität der Berichterstattung verletzen und käme letztendlich einer Selbstzensur der Massenmedien gleich.

Mediale Kommunikationsdefizite zwischen den EU-Organen und den Bürgern sind offenkundig (Meyer 1999). Schwerer als defizitäre Kommunikationsstrategien der EU-Akteure dürften aber der nationale Charakter der Mediensysteme und die oben beschriebenen strukturellen Probleme wiegen, mit denen sich Massenmedien im Umgang mit EU-Themen konfrontiert sehen: Geringe Personalisierungsmöglichkeiten, wenig strukturierte politische Kontroversen, sperrige und technische Politikinhalte. Massenmedien vermitteln EU-Politik deshalb meist über nationale politische Akteure und deren Handeln auf der europäischen Bühne. Es ist somit naheliegend, dass die Europäische Union für die Bevölkerung wenig greifbar erscheint und ihre Akteure – bis auf wenige Ausnahmen – weitestgehend anonym bleiben. Bemühungen der Kommission, im Rahmen ihres Weißbuchs über eine europäische Kommunikationsstrategie (Europäische Kommission 2006) auf dieses Kommunikationsdefizit zu reagieren, werden diesen Zustand kaum grundlegend verändern.

## **7. Parteien und Parteiensysteme der EU-Mitgliedstaaten**

Nachdem im zweiten Kapitel bereits grundlegende Ausprägungen euroskeptischer Haltungen (*hard* und *soft*) von Parteien vorgestellt wurden, folgt in diesem Kapitel eine umfassendere Betrachtung des Phänomens. Welcher Typ von Euroskeptizismus findet sich am häufigsten in den Parteiensystemen der EU-Mitgliedstaaten? Aus welchen Gründen vertreten Parteien euroskeptische Haltungen? Wie äußert sich Euroskeptizismus in diesen Parteien, wie wirkt er auf die Parteiensysteme, und welche Veränderungen des politischen Diskurses bringt er mit sich?

### **7.1 Euroskeptizismus in Parteien**

Parteien sind wichtige Akteure in der Artikulation und Aggregation von Europaskepsis. Grundsätzlich sind die Positionierungen von Parteien zum europäischen Integrationsprozess

im Zeitverlauf veränderbar. So haben insbesondere sozialdemokratische und grüne Parteien ihre zunächst reservierte Haltung gegenüber der Europäischen Union mit der Zeit revidiert.<sup>25</sup> Andreas Aust (2003) spricht in diesem Zusammenhang von einer Europäisierung der Sozialdemokratie. Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch die verstärkte Regierungsbeteiligung beider Parteifamilien vorangetrieben: Vormalig euroskeptische Parteien (*soft Euroscepticism*) werden demnach durch Regierungsverantwortung grundsätzlich europafreundlicher. Entscheidend ist dabei die realpolitische Eigenverantwortung im Rahmen des Integrationsprozesses. Parteien verfolgen vier Ziele: Das *vote-seeking* (Stimmenmaximierung), das *office-seeking* (Streben nach politischen Ämtern), das *policy-seeking* (Umsetzung der eigenen Politikvorstellungen) und das *cohesion-seeking* (Erhalt der internen Kohäsion). Auf Dauer ist das starre Festhalten an euroskeptischen Positionen für Parteien, die nach Regierungsverantwortung (*office-seeking*) streben, eher hinderlich.<sup>26</sup> Dementsprechend ist Euroskeptizismus in seiner „harten“ Ausprägung hauptsächlich ein Instrument der Oppositionspolitik (Sitter 2002: 24; Hooghe, Marks & Wilson 2002: 970).

Gary Marks und Carole J. Wilson (1999: 115) belegen, dass die Unterschiede in den Positionierungen von Parteien zur europäischen Integration zwischen den europäischen Parteifamilien insgesamt geringer sind als die Unterschiede innerhalb der einzelnen nationalstaatlichen Parteiensysteme. Mit anderen Worten: Die Zugehörigkeit zur Parteifamilie sagt auf den ersten Blick mehr über die Haltung einer Partei gegenüber dem Integrationsprozess aus als der nationale Kontext des Parteiensystems im Hinblick auf Europaskepsis. Aleks Szczerbiak und Paul Taggart (2003: 19) widersprechen diesem Befund allerdings. Ihrer Meinung nach stellt Ideologie zwar eine wichtige Komponente hinsichtlich der Positionierung einer Partei dar, sie ist jedoch nicht die einzige. Strategische Überlegungen mit Blick auf die Interessen der potenziellen Wählerschaft seien ebenso wichtig. Euroskeptizismus ist ein bemerkenswertes Phänomen, da es ideologische Gegner in Fragen der EU-Kritik zu vereinen weiß (Szczerbiak & Taggart 2000: 5).

Ein wichtiges erstes Bestimmungsmerkmal ist sicherlich die Einordnung einer Partei in ein Links-Rechts-Schema. Euroskeptizismus, der von Parteien des linken Spektrums propagiert wird, kritisiert vor allem Aspekte wie den liberalen Kapitalismus, umfassende Deregulierungsmaßnahmen und Globalisierungseffekte. Im Gegenzug wird eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte, der Wohlfahrtsstaatlichkeit und des Umweltschutzes gefordert. Euroskeptische Parteien des rechten Spektrums zeigen demgegenüber deutliche Unterschiede: Für sie stellt der voranschreitende Verlust nationalstaatlicher Souveränität und der Selbstbestimmung die größte Bedrohung dar, weshalb sie grundsätzlich für eine Stärkung des Intergouvernementalismus in der EU plädieren (Flood 2002: 9-10; de Vries & Edwards 2009: 9). Morgan Glyn (2005) unterscheidet am Beispiel Großbritanniens zwischen *social democratic Euroscepticism* und *conservative Euroscepticism*.

---

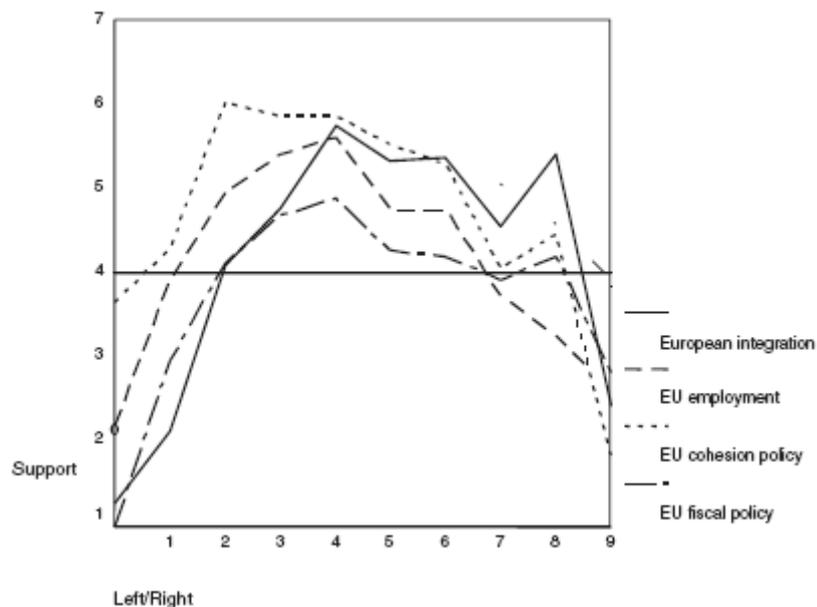
<sup>25</sup> Ein besonderes Beispiel stellt sicherlich der grundsätzliche Wandel der *Scottish National Party* dar, die sich aufgrund realpolitischer Kalküle von einer euroskeptischen zu einer der EU-freundlichsten Parteien Schottlands gewandelt hat (Dardanelli 2003).

<sup>26</sup> Eine Ausnahme stellt dabei sicherlich das *cohesion-seeking* dar, da es sich dabei um eine parteiinterne Dimension handelt.

Paul Taggart (1997; 1998) differenziert zwischen vier möglichen Erscheinungsformen von Euroskeptizismus in Parteien. Dazu zählen erstens sogenannte *single issue eurosceptical parties*: Diese Kategorie umfasst Parteien, deren einziger Daseinszweck die Opposition zur Europäischen Union darstellt. Sie existieren demzufolge nur, um Wähler über die Instrumentalisierung von EU-Themen zu mobilisieren (*vote-seeking*). Den zweiten Parteityp bezeichnet Taggart als *protest based parties with Euroscepticism*: Dieser Typ beschreibt Parteien, die grundsätzlich auf Protest hinsichtlich des nationalen politischen Systems ausgelegt sind und ihre Protestdimension um die EU-Ebene erweitern. Protestparteien gehören somit nicht zum etablierten Kreis von gegenwärtigen oder ehemaligen Regierungsparteien. Die dritte Kategorie umfasst sogenannte *established parties with eurosceptical position*: Dies trifft zu, wenn eine etablierte Partei (ehemalige oder gegenwärtige Regierungspartei) mehrheitlich eine euroskeptische Haltung einnimmt. Den letzte Typ stellen *eurosceptical factions* dar: Diese Kategorie beschreibt den Fall, dass innerhalb einer Partei, die grundsätzlich pro-integrationistisch ausgerichtet ist, signifikante Gruppen euroskeptische Interessen vertreten (vgl. Taggart 1998: 368-369).

Liesbet Hooghe, Gary Marks und Carole J. Wilson (2002) belegen durch ihre Untersuchungen, dass extreme Parteien zur Rechten und Linken eines Parteiensystems euroskeptischer sind als Parteien aus der Mitte (Sozialdemokraten, Christdemokraten, Konservative und Liberale) (ebd.: 968). Die Übertragung ihrer Ergebnisse in ein Achsensystem ergibt eine inverse U-Kurve (vgl. Abbildung 9).

**Abbildung 9:** Positionierungen hinsichtlich ausgewählter EU-Politikbereiche (Links-Rechts-Dimension)



**Quelle:** Hooghe, Marks & Wilson (2002: 970).

Extreme rechte Parteien mobilisieren ihre Wählerschaft insbesondere über die Dimension der nationalen Identität, wohingegen linksextreme Parteien vor allem mit der Sorge um die ökonomische Entwicklung des eigenen Landes um Wähler werben (de Vries & Edwards 2009).

Mit Blick auf die Verbreitung euroskeptischer Parteien in den neuen Mitgliedstaaten betonen James Hughes, Gwendolyn Sasse und Claire Gordon (2002), dass *hard Euroscepticism* nur in sehr geringem Ausmaß in den Ländern Mittel- und Osteuropas vorzufinden sei. Zudem gestalten sich die Übergänge zwischen *hard* und *soft Euroscepticism* dabei fließend, weshalb beide Ausprägungen als Kontinuum und nicht als trennscharfe Kategorien verstanden werden müssen (ebd.: 335). Die Befunde für die ehemaligen EU-15-Staaten unterscheiden sich davon nicht sonderlich. „Harter“ Euroskeptizismus ist deutlich seltener als die „weiche“ Variante. Außerdem handelt es sich bei der Vielzahl von gemäßigten euroskeptischen Parteien um Oppositionsparteien, die zudem verhältnismäßig klein sind, geringe Stimmenanteile haben und die extremen Ränder der Parteiensysteme abdecken.

## 7.2 Euroskeptizismus in Parteiensystemen

Die Anzahl von euroskeptischen Parteien in den nationalen Parteiensystemen bietet ein erstes Indiz für die Verbreitung euroskeptischer Einstellungen in einem Land. In einem zweiten Schritt liefert ein Blick auf die Stimmenanteile dieser Parteien bei nationalen und europäischen Wahlen erste Rückschlüsse auf die Verankerung des Phänomens in der Bevölkerung. Doch auch Parteiensysteme und die Struktur der Interaktion zwischen den Parteien nehmen maßgeblichen Einfluss auf Parteipositionierungen. Nick Sitter (2002: 11) weist zu Recht darauf hin, dass Euroskeptizismus ein vielfältiges Angebot an politischen Meinungsdivergenzen und ideologischen Grundsätzen abzudecken weiß. Die jeweilige Ausprägung bei Parteien hängt somit stark von der Struktur des Parteiensystems und dem Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition ab.

„In short, the central point is that the various bases for Euro-scepticism are translated into party competition in the context of the party system, i.e. the patterned interaction between parties. Euro-scepticism is not a single coherent stance on the EU as a polity, but rather a term that covers a multitude of ideological and interest-driven stances. The scope for party-based Euro-scepticism is shaped by a combination of longer term party strategy and shorter term tactical pressures - and these variables are the product of the politics of opposition.“ (Sitter 2001a: 21)

So kann sich die Unzufriedenheit über EU-Politikprozesse bei Oppositionsparteien beispielsweise in absoluter Ablehnung (*hard Euroscepticism*) manifestieren, wohingegen Regierungsparteien in ähnlichen Fällen eher zu einem internen Dissens tendieren. Parteiinterne Gruppierungen unterschiedlicher Meinungen stehen sich dann gegenüber. Insofern lässt sich ein deutlicher Unterschied zwischen dem Zentrum und der Peripherie eines Parteiensystems unterscheiden. Die Randbereiche, die hauptsächlich von kleineren Parteien besetzt werden, bieten grundsätzlich mehr Anreize eine europakritische Haltung zu vertreten (Taggart 1997;

1998). Im Zentrum eines Parteiensystems finden sich hingegen die europafreundlicheren Volksparteien mit häufigen Regierungsbeteiligungen.

Im Rahmen ihrer umfangreichen Forschungsarbeit zum parteibezogenen Euroskeptizismus unterscheiden Paul Taggart und Aleks Szczerbiak (2008b) insgesamt zwischen drei verschiedenen Arten von politischen Diskursen über die Europäische Union in Parteiensystemen (vgl. Tabelle 5). Den ersten Typ bilden Parteiensysteme des begrenzten Streits (*systems of limited contestation*). Diese Systeme zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass die großen Parteien (Kriterien: Regierungsfähigkeit bzw. Regierungsbeteiligung) dem europäischen Integrationsprozess mit tiefgreifender Zustimmung und Überzeugung gegenüberstehen. Demzufolge stellt die europäische Integration kein relevantes Thema im Parteienwettbewerb zwischen diesen Parteien dar. Dieser von den Parteien geteilte Konsens impliziert jedoch keineswegs die Abwesenheit von Euroskeptizismus innerhalb des Parteiensystems, er wird vielmehr vornehmlich von kleineren Parteien propagiert (ebd.: 349). Zu Ländern mit Parteiensystemen begrenzten Streits zählen unter anderem Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Italien (ebd.: 350). Den zweiten Typ stellen Parteiensysteme des offenen Streits (*systems of open contestation*) dar. Das wichtigste Merkmal bildet hierbei die euroskeptische Positionierung (egal, ob *hard* oder *soft*) einer Regierungspartei. Dementsprechend dient Euroskeptizismus in derartigen Systemen als wichtiger Bestandteil im Parteienwettbewerb und ist kein ausschließliches Phänomen der Oppositionspolitik (ebd.: 349). Zu Ländern mit Parteiensystemen des offenen Streits gehören unter anderem Großbritannien, Dänemark, die Tschechische Republik, Österreich und Schweden (ebd.: 350). Den dritten und letzten Typ stellen Parteiensysteme des beschränkten Streits (*systems of constrained contestation*) dar. In derartigen Systemen spielen europäische Themen zwar eine Rolle, und Euroskeptizismus ist ebenfalls präsent, doch haben diese Themen nur einen marginalen Einfluss auf den Parteienwettbewerb (ebd.: 349). Polen kann diesem dritten Typ von Parteiensystem zugeordnet werden (ebd.: 350). Sicherlich sind die beiden erstgenannten Typen die empirisch am häufigsten vorfindbaren und die für die politikwissenschaftliche Forschung relevantesten.

**Tabelle 5:** Typen von Parteiensystemen

Typ	Beispiele
Parteiensysteme begrenzten Streits	<i>Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Finnland, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Irland, Slowenien</i>
Parteiensysteme offenen Streits	<i>Großbritannien, Griechenland, Malta, Tschechische Republik, Dänemark, Schweden, Österreich, Norwegen</i>
Parteiensysteme beschränkten Streits	<i>Polen, Estland, Slowakei, Ungarn, Lettland, Litauen</i>

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage von Taggart & Szczerbiak (2008b: 350).

Die Existenz und das Ausmaß von Euroskeptizismus im politischen Diskurs zwischen Parteien haben somit direkte Auswirkungen auf wichtige Strukturmerkmale des Parteiensystems. So können EU-Streitfragen beispielsweise zu einer verstärkten Polarisierung des Systems führen, was bedeutet, dass die ideologischen Distanzen zwischen den Parteien zunehmen und die Kompromissfähigkeit im Gegenzug abnimmt. Außerdem verschlechtert eine derartige Entwicklung die Chancen auf eine erfolgreiche Regierungsbildung erheblich, da sich die Parteien zunehmend voneinander abschotten, was wiederum zu einer stärkeren Segmentierung des Parteiensystems führt. In einem weiteren Schritt kann ebenfalls die Fragmentierung verstärkt werden: Neue Protestparteien (*single issue parties*) können entstehen. Die Zahl der Parteien innerhalb des Systems stiege also an.

### 7.3 Europäische Integration als „neue“ politische Konfliktlinie

Politische Konfliktlinien (*cleavages*) beeinflussten gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Entstehung von Parteien und Parteiensystemen in den Staaten Europas entscheidend. Die politikwissenschaftliche *cleavage*-Forschung geht auf die grundlegende Arbeit von Martin Seymour Lipset und Stein Rokkan (1967b) zurück. Zu den ursprünglichen Konfliktlinien zählen die Spannungsverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital, Kirche und Staat, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie. Diese politischen Konfliktlinien spiegeln Wert- und Interessenkonflikte organisierter sozialer Gruppen wider und sind dauerhafter Art. Auch heute noch beeinflussen sie den politischen Diskurs zwischen Parteien, wenngleich auch mit unterschiedlich starker Wirkung. Grundsätzlich ist die Entstehung neuer politischer Konfliktlinien durchaus möglich: So verkörpert beispielsweise das Aufkommen der Grünen in den 1980er Jahren eine neue Konfliktdimension zwischen traditionellen und postmaterialistischen Werten. Für uns ist daher die Frage von Interesse, ob die europäische Integration eine neue Konfliktlinie im ursprünglichen Sinne darstellt. Anders formuliert: Verdichteten sich europaskeptische und pro-europäische Einstellungen in Parteiensystemen und auf Bevölkerungsebene zu einem neuen *cleavage* im politischen Raum?

Die gängige Definition umfasst drei Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit man von einem *cleavage* sprechen kann. Erstens ist die Existenz eines sozio-strukturell verankerten Konflikts notwendig, der von klar identifizier- und abgrenzbaren sozialen Gruppen getragen wird. In einem zweiten Schritt müssen diese Gruppen dem Konflikt eine sinnhafte Deutung zuschreiben, die ideologisch oder in ihren Werten relativ homogen ist. Drittens muss der Konflikt durch Parteien, Verbände oder Interessengruppen organisiert und institutionalisiert sein (vgl. Schild 2000: 85-86).

Die Forschungsergebnisse von Gary Marks und Carole J. Wilson (2000) deuten darauf hin, dass Parteien stark von ihren historischen Erfahrungen geprägt sind. Dementsprechend ist eine Einordnung der EU-Thematik in das bereits bestehende Parteiprofil zu erwarten. Somit dient die traditionelle Links-Rechts-Konfliktlinie als bewährter Anhaltspunkt zur Verortung einer Parteiposition in Bezug auf den europäischen Integrationsprozess, wie Gary Marks,

Carole J. Wilson und Leonard Ray (2002) aufzeigen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Liesbet Hooghe (2007):

„A party's orientation to European issues can be predicted fairly accurately if one knows where that party stands on an economic Left/Right dimension and a non-economic or new politics dimension. But how these dimensions relate to a party's view's on European integration may change – though slowly – in response to changes in the EU, and how these intersect with the domestic structure of conflict.“ (ebd.: 7)

Insgesamt erlaubt es die gegenwärtige Ausprägung des Europadiskurses nicht, von einer neuen politischen Konfliktlinie (*cleavage*) zu sprechen.

„In short, there is little empirical evidence that the European question represents a cohesive cleavage [...]. This is not to say that it does not affect national party competition, e.g. in the form of a more diffuse 'issue' (which may more easily be taken up by existing parties and accommodated into political competition without changing the party system as such).“ (Sitter 2002: 9)

Es zeigt sich also vielmehr, dass die Thematik in die Kontexte bestehender traditioneller Konfliktlinien eingeordnet wird.

#### **7.4 Wechselwirkungen zwischen Parteien und Bürgern**

Dass Parteien Einfluss auf die Einstellung der Menschen zum europäischen Integrationsprozess ausüben, ist unbestritten: „The key question is whether public opinion determines the shape of party competition, or whether party competition determines public opinion“ (Taggart & Szczerbiak 2004b: 80). Die Wechselwirkungen zwischen politischen Eliten und Bevölkerung sind zentral für das Verständnis der Dynamik von Europaskeptizismus. Diese Interaktion erfolgt in zwei Richtungen: Einerseits nehmen Parteien durch ihre Programme oder ihre Führungsakteure Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung (*top-down*), andererseits reagieren Parteien auf wahrgenommene Wählerpräferenzen und passen ihre Programme und Diskurse an (*bottom-up*) (Steenbergen, Edwards & de Vries 2007: 14). Wie verschiedene empirische Analysen bestätigten, sind beide Wirkungsprozesse interdependent (Ray 2003b: 979).

In einem vielbeachteten Beitrag weist Leonard Ray (2003b) darauf hin, dass das Ausmaß der Wirkung von Parteipositionen auf die Meinungsbildung der Bevölkerung (*top-down*) von verschiedensten Faktoren abhängt. Grundsätzlich ist die Wirkung von Parteipositionen auf deren potenzielle Wähler stärker, wenn diese nur ein begrenztes Wissen über das entsprechende Thema besitzen. Insofern dürfte die Wirkung von Parteipositionen im Hinblick auf EU-Themen relativ stark ausgeprägt sein, da europäische Politik für viele Wähler einen verhältnismäßig geringen Stellenwert einnimmt (*issue importance hypothesis*). Aus diesem Grund werden beispielsweise die Europawahlen häufig auch als Nebenwahlen (*second order elections*) bezeichnet. Ein weiterer Faktor stellt das Ausmaß der parteiinternen Geschlossenheit dar (siehe dazu auch Gabel & Scheve 2007): Je breiter der Konsens innerhalb einer Par-

tei ist, umso größer ist die Wirkung ihrer Position nach außen auf ihre Wähler (*party unity hypothesis*). Maßgeblichen Einfluss haben aber auch die Positionierungen der übrigen Parteien auf die Politisierung eines Themas: Je homogener die Parteipositionen in einem Parteiensystem sind, umso geringer ist das Ausmaß der Politisierung und somit auch die Wirkung von Parteipositionen auf die Wähler (*elite consensus hypothesis*). Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Faktor ist die Glaubwürdigkeit, die eine Partei und ihre Elite in der Bevölkerung genießen: Je ausgeprägter diese ist, umso größer ist auch die zu erwartende Wirkung auf die Wähler (*affective credibility hypothesis*) (vgl. Ray 2003b: 980-982). Einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die Masse-Elite-Verbindung hat allerdings auch das Wahlsystem. So orientieren sich Parteien bei ihrer Positionierung in Verhältniswahlsystemen eher am Median ihrer eigenen Wählerschaft, wohingegen Parteien in Mehrheitswahlsystemen eher den Ansichten des Median-Wählers entsprechen wollen. Dementsprechend sollte die Rückkopplung zwischen Masse und Elite in Verhältniswahlsystemen grundsätzlich ausgeprägter sein (Steenbergen, Edwards & de Vries 2007: 18-19).

Die *bottom-up*-Dimension setzt voraus, dass Eurothemen für die persönliche Wahrnehmung der Wähler zunehmend an Bedeutung (Salienz) gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs führt letztendlich dazu, dass auch Parteien auf die Themen aufmerksam werden. Im Hinblick auf das Ziel der Stimmenmaximierung (*vote-seeking*) kann eine Partei die öffentliche Meinung, genauer gesagt die Meinung ihrer potenziellen Wähler, nicht gänzlich ignorieren. Insofern ist eine gegenseitige Einflussnahme sowohl von Partei- als auch von Wählerseite zu erwarten.

Entscheidend ist jedoch die Frage, ob sich diese Masse-Elite-Verbindung, sowohl in der *top-down*- als auch in der *bottom-up*-Ausprägung, mit Blick auf EU-Themen in jüngster Zeit verstärkt oder abgeschwächt hat. Hierzu gibt es durchaus divergierende Meinungen. Einerseits wird die Ansicht vertreten, dass sich die gegenseitige Rückkopplung im Hinblick auf EU-Fragen grundsätzlich abgeschwächt habe. Wie Forschungsergebnisse zeigen, sind nationale politische Eliten häufig integrationsfreudiger als ihre Bevölkerung eingestellt (Marks & Wilson 1999: 114). Zudem sind sie nur bedingt in der Lage, ihren Bürgern die Vorteile der EU adäquat zu vermitteln (Hughes, Sasse & Gordon 2002: 338). Steenbergen, Edwards & de Vries (2007: 30) finden hingegen keine ausgeprägten empirischen Hinweise auf einen etwaigen Schwund von Beeinflussung zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung, wenn es um EU-Angelegenheiten geht.

## 7.5 Zwischenfazit

Die vorangegangene Betrachtung hat gezeigt, dass die Haltung einer Partei zum europäischen Integrationsprozess entscheidend von nationalstaatlich verankerten Konfliktlinien beeinflusst wird. Diese unterscheiden sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat, weshalb eine generalisierende Antwort auf die Frage nach der Motivation für euroskeptische Parteihaltungen nicht gegeben werden kann. Neben dieser ideologischen Dimension nehmen vor allem strategische Überlegungen zu ihrer Positionierung auf Wählermärkten maßgeblichen Einfluss auf

die Haltung einer Partei zum europäischen Integrationsprozess. Parteien befinden sich demzufolge in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen ideologischen und strategischen Überlegungen. Die strategischen Anreize für europaskeptische Positionierungen werden allerdings zu den Rändern hin deutlich stärker. Insofern ist die Peripherie des Parteiensystems potenziell euroskeptischer, wohingegen die Parteien im Zentrum weitaus gemäßigter auftreten. Wichtig ist außerdem die Feststellung, dass weder dem linken noch dem rechten Rand ein stärkerer Hang zu euroskeptischen Positionen unterstellt werden kann: Parteien beider extremen Ränder sind sich hinsichtlich des Ausmaßes und der Qualität (*hard* und *soft*) sehr ähnlich; lediglich die inhaltliche Stoßrichtung ihrer Argumente ist grundverschieden. Euroskeptizismus bietet folglich diesen ansonsten unvereinbaren politischen Gegnern eine gemeinsame Basis, gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner des politischen Konsenses.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Parteien vornehmlich aus zwei Gründen euroskeptische Haltungen einnehmen: Entweder aus programmatischer Überzeugung oder aus externen Bedingungen, die sich durch den innerstaatlichen Parteienwettbewerb und die öffentliche Meinung ergeben. Im letzteren Fall wird Euroskeptizismus somit zu einem bloßen Instrument der Stimmenmaximierung von Parteien. Ungeachtet ihrer strategischen oder ideologischen Motivation wirken Parteipositionen auf die Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung ein. Parteien liefern ihrer potenziellen Wählerschaft somit Orientierungshilfen (*cues*). Allerdings findet simultan ebenfalls ein entgegengesetzter Prozess von „unten nach oben“ statt. Die Positionen von Parteien und Wählern stehen somit in einem interdependenten Verhältnis zueinander.

## 8. Europaskeptizismus in einzelnen EU-Mitgliedstaaten

Der Ländervergleich im Rahmen dieses Literaturberichts kann lediglich einen kleinen Ausschnitt anbieten, da eine Darstellung aller 27 Mitgliedstaaten zu umfangreich geriete. Dementsprechend mussten Schwerpunkte gesetzt und eine Auswahl getroffen werden.<sup>27</sup> Eine umfassende Diagnose mit dem Fokus auf wachsende Europaskepsis in den ausgewählten Ländern ist im begrenzten Rahmen dieses Beitrags allerdings nicht möglich.<sup>28</sup> Ziel ist es daher, das Ausmaß an euroskeptischen Entwicklungen in einem Land auf Bevölkerungs- und Parteebene<sup>29</sup> darzustellen und darüber hinaus die wichtigsten Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Analyseebenen in gebotener Kürze zu beleuchten. Die nachfolgende Analyse sollte daher lediglich als Grundstein für eine vertiefte ländervergleichende Analyse angesehen werden. Bevor sich jedoch der Blick auf den Vergleich richtet, erscheint ein knappes Resümee der bisherigen Ergebnisse angebracht.

---

<sup>27</sup> Zu den Kriterien zählten u.a. die Bevölkerungsgröße, die Dauer der Mitgliedschaft und der Status innerhalb der Europäischen Union.

<sup>28</sup> So können beispielsweise keine Protestbewegungen sowie nationale oder transnationale NGOs in die Analyse miteinbezogen werden.

<sup>29</sup> Infolge des begrenzten Umfangs und der Interessenschwerpunkte dieses Beitrags stehen v.a. die euroskeptischen Parteien des jeweiligen Landes im Mittelpunkt der Darstellung.

## 8.1 Erklärungsfaktoren europapolitischer Meinungsbildung

Nach unserem Verständnis lassen sich insgesamt vier interdependente Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) identifizieren, die einen Beitrag zur Erklärung der Dynamik europaskeptischer Meinungsbildung (abhängige Variable) liefern, sich allerdings in ihrer tatsächlichen Wirkung von Land zu Land teils erheblich voneinander unterscheiden.

### 8.1.1 Ökonomische Faktoren

Die Europäische Gemeinschaft verstand sich lange Zeit ausschließlich als Wirtschaftsunion. Dementsprechend liegt es für politische und gesellschaftliche Akteure nahe, sie nach ökonomischen Gesichtspunkten zu bewerten (siehe u.a.: Eichenberg & Dalton 1993; Gabel & Palmer 1995; Anderson & Reichert 1996; Gabel 1998a). Im Kern dienen dabei häufig instrumentelle Kosten-Nutzen- und materielle Gewinn-Verlust-Überlegungen als Bewertungsgrundlage. Die Europäische Union wird demzufolge hauptsächlich über ihren *policy-output* beurteilt (Hix 2007). Diese Bewertungsmaßstäbe sind weit verbreitet und finden sich auf allen Betrachtungsebenen, von der Bevölkerungsebene über die des Mediensystems bis hin zur Ebene des politischen Systems und seiner Eliten. Dabei ist es wichtig, zwischen zwei Bezugssebenen der Bewertung zu unterscheiden: Ein Individuum bezieht die ökonomische Kosten-Nutzen-Betroffenheit entweder auf sich selbst und sein persönliches Umfeld (egozentrisch) oder aber auf den nationalstaatlichen Rahmen (soziotropisch). Für die nachfolgende Betrachtung stellt die soziotropische Dimension den vorrangigen Bezugsrahmen dar.

### 8.1.2 Sozio-kulturelle Faktoren

Dieses Erklärungsmodell zielt auf die individuelle Wahrnehmung einer tatsächlichen oder unterstellten kulturellen Bedrohung (McLaren 2002) oder einer Infragestellung des nationalen *way of life*. Unterstellt wird der Verlust nationalstaatlicher Eigenarten durch eine vertiefte europäische Integration. So wird in skandinavischen Mitgliedstaaten etwa in einer möglichen Angleichung der europäischen Sozialmodelle eine Gefahr für ihre vergleichsweise hohen nationalen Standards gesehen. Ähnliche Befürchtungen stellen sich auch durch die Öffnung der europäischen Märkte ein. Die Frage nach den geographischen und kulturellen Grenzen der EU ist eng mit dieser Dynamik verknüpft. Eine vergleichbare Bedrohungswahrnehmung kann daher auch in Bezug auf eine mögliche Erweiterung um die Türkei angewandt werden. Eine weitere Dimension stellt die Frage nach der Finalität der Europäischen Union dar. Viele nationalstaatliche Akteure sehen in der kontinuierlichen Kompetenzabgabe nach Brüssel einen schleichenden Schwund ihrer nationalen Souveränität und Identität. Letztere ist für die Mehrzahl der Europäer nach wie vor die maßgebliche Bezugsgröße in der Selbstwahrnehmung.

### 8.1.3 Politische Faktoren

Bei den politischen Einflussfaktoren stehen die Parteien und das Parteiensystem eines Landes im Mittelpunkt. Parteien vermitteln Bürgern Orientierungshilfen bei der Willens- und Meinungsbildung. Umgekehrt orientieren sich Parteien zum Zwecke der Stimmenmaximierung nach den Präferenzen und Interessen ihrer potenziellen Wählerschaft. Für unseren Forschungszweck betrachten wir allerdings hauptsächlich die *top-down*-Perspektive. Von politischen Erklärungsfaktoren ist dann auszugehen, wenn eine Partei sich durch ihre Rhetorik oder ihr Handeln bewusst euroskeptisch positioniert. Da Parteien und Bevölkerung in einem interdependenten Verhältnis zueinander stehen, ist davon auszugehen, dass die Parteidiskurse und der Parteienwettbewerb um Eurothemen indirekt auf die Struktur des Parteiensystems und direkt auf die Meinungsbildung der Bürger einwirken.

### 8.1.4 Mediale Faktoren

Massenmedien nehmen ebenfalls Einfluss auf die Verbreitung und Ausgestaltung von Europaskepsis. Dieser Einfluss kann sowohl direkt als auch indirekt erfolgen. Da Medien als intermediäre Instanzen agieren, richtet sich ihre Vermittlung sowohl an die politische Elite als auch an die gesellschaftlichen Akteure. Medien und Politik stehen somit in einem interdependenten Verhältnis zueinander. Von medialen Faktoren ist auszugehen, wenn nationale Massenmedien durch das *framing* ihrer Berichterstattung bewusst europakritische Sichtweisen vermitteln. Wir erwarten, dass der nachfolgende Ländervergleich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mediensystemen hinsichtlich ihrer Rolle bei der Verbreitung europakritischer Meinungen aufzeigen wird.

## 8.2 Ländervergleiche

Zu den zehn ausgewählten Ländern zählen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Dänemark, Polen, die Tschechische Republik, Österreich, Schweden und Italien. Damit werden sowohl alte wie neue, west-, nord- und mittel-osteuropäische Mitgliedstaaten berücksichtigt. Bei der Recherche fielen vor allem die teils erheblichen Lücken in der Abdeckung der Euroskeptizismus-Forschung in einzelnen Mitgliedstaaten auf.<sup>30</sup>

### 8.2.1 Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland stand über viele Jahrzehnte wie kein anderer Mitgliedstaat für die Idee und die Grundsätze des europäischen Integrationsprozesses. Die Zustimmung vonseiten der Bürger und der politischen Elite war stets besonders ausgeprägt. Doch in den

---

<sup>30</sup> Eine verhältnismäßig gute Abdeckung bieten Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Bei den übrigen Ländern existieren zahlreiche Beiträge ausschließlich in der jeweiligen Landessprache und nur vereinzelt englischsprachige Untersuchungen.

letzten Jahren scheint sich das Bild in Deutschland gewandelt zu haben. Im Vergleich zu den 1970er und 1980er Jahren ist die Unterstützung des Integrationsprozesses insgesamt gesunken (Busch & Knelangen 2004: 95).<sup>31</sup> Die Daten der letzten acht Standard-Eurobarometer<sup>32</sup> (vgl. Tabelle 6) zeigen, dass der Anteil der Deutschen, die die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache halten, im Zeitverlauf erheblich schwankt (53 bis 67 Prozent), aber dennoch durchgehend die Mehrheit der Bevölkerung umfasst. Neben einem geringen Anteil von Menschen, die darin eine schlechte Sache sehen, fällt insbesondere der verhältnismäßig hohe Prozentsatz der Unentschlossenen auf: Rund ein Viertel der Deutschen erachtet die EU-Mitgliedschaft als weder gut noch schlecht.

**Tabelle 6:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Deutschland (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	58%	53%	57%	58%	65%	67%	60%	64%
Eine schlechte Sache	14%	14%	12%	14%	11%	8%	8%	11%
Weder gut noch schlecht	26%	31%	28%	26%	22%	23%	28%	22%
Weiß nicht	2%	2%	3%	3%	2%	2%	4%	3%
<b>Hat Deutschland durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	50%	46%	46%	49%	57%	58%	55%	58%
Ist nicht der Fall	43%	46%	45%	41%	36%	32%	33%	33%
Weiß nicht	7%	8%	9%	10%	7%	10%	12%	9%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Der Anteil der Deutschen, die in der EU-Mitgliedschaft Vorteile sehen, schwankt im Zeitverlauf ebenfalls erheblich (46 bis 58 Prozent), bis auf die Umfrage im Herbst 2005 (Standard-Eurobarometer 64) ist er jedoch stets größer als der Prozentsatz derer, die keine Vorteile in der Mitgliedschaft sehen. Bemerkenswert ist insbesondere der verhältnismäßig geringe Anteil der Unentschlossenen (sieben bis zwölf Prozent).

Insgesamt birgt das politische System Deutschlands ein latentes Potenzial für die politische Mobilisierung von Europaskepsis, welches allerdings von den Parteien bisher ungenutzt blieb. Die Folgen seiner Ausschöpfung sind nur schwer vorhersehbar, weswegen Charles Lees (2002) Euroskeptizismus in der Bundesrepublik Deutschland als „dunkle Materie“ (*dark matter*) bezeichnet. Das deutsche Parteiensystem gehört nach Taggart und Szczerbiaks (2008b) Kategorisierung zum Typ des begrenzten Streits um die europäische Integration. Es zeigt vor allem im extremen rechten Spektrum eine Konzentration „harter“ europaskeptischer Parteien, dazu zählen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) und die Republikaner (REP) (Lees 2002: 11). Der reale Einfluss dieser Parteien im Rahmen der Politikgestaltung auf Bundes- und Landesebene ist allerdings faktisch nicht existent. Keine der Parteien hatte bisher die Möglichkeit, die politische Agenda auf

<sup>31</sup> Für eine detaillierte Beschreibung der öffentlichen Einstellungen in Deutschland und Großbritannien in diesem Zeitraum siehe Alexander Gordon Shields (2001).

<sup>32</sup> Der Betrachtungszeitraum reicht von Frühling 2005 (Standard-EB 63) bis Herbst 2008 (Standard-EB 70).

bundesstaatlicher Regierungsebene mitzugestalten (ebd.: 15). Mit Blick auf Parteien, die nachhaltige und nach innen einheitliche „weiche“ europaskeptische Haltung vertreten, ist an erster Stelle die PDS zu nennen (ebd.: 16). Die medienwirksame Umbenennung in DIE LINKE hat an dieser Positionierung nichts geändert. DIE LINKE lehnt beispielsweise den Vertrag von Lissabon als Grundlage der weiteren europäischen Zusammenarbeit ab. Daneben tritt zudem die bayerische Christlich Soziale Union (CSU) als beharrlicher Vertreter eines „weichen“ Euroskeptizismus in Erscheinung (ebd.: 18). Euroskeptische Positionen finden sich ansonsten hauptsächlich in kleineren Gruppen innerhalb von Parteien, wie beispielsweise im linken Spektrum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), im rechten Flügel der Christlich Demokratischen Union (CDU) sowie in Gruppierungen innerhalb der Freiheitlichen Demokratischen Partei (FDP) (Lees 2008a: 36). Europaskeptische Positionierungen stellen für die gemäßigten Parteien des deutschen Parteiensystems keinen Anreiz dar. In kaum einem anderen Land ist der Elitekonsens zur europäischen Union so breit und stabil wie in der Bundesrepublik (Niedermayer 2003b: 142). Demnach lässt sich die Entwicklung euroskeptischer Tendenzen in Deutschland auch kaum adäquat mit der Positionierung relevanter Parteien erklären. Die Parteien, die eindeutig „harte“ europakritische Positionen beziehen, spielen im politischen System Deutschlands keine Rolle, da die Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien sowohl bei Landtags-, Bundestags- als auch bei Europawahlen verschwindend gering sind und ihnen die Massenmedien kaum Plattformen zur Verbreitung ihres Gedankengutes bieten. Bei der Europawahl 2009 kamen die Republikaner als stimmenstärkste der drei Parteien beispielsweise nicht einmal über 1,3 Prozent. Die Lehren aus der nationalsozialistischen Herrschaftserfahrung haben bislang als Barriere gegen politische Erfolge einer Parteifamilie, der Rechtsextremisten, gedient, die in anderen Ländern zu zentralen Vektoren der Ausbreitung der Europaskepsis wurden. Mit Positionen eines „harten“ Euroskeptizismus stellen sich Parteien und andere politische Akteure gleichsam außerhalb des politisch-kulturellen Konsenses der Republik (ebd.: 142-143). „To conclude, ultimately the failure of party-based Euroscepticism in Germany can be attributed to institutional constraints, the low salience of European issues in public opinion, and the fact that the political centre defines the parameters of the European debate – and, with it, the maintenance of the pro-European consensus“ (Lees 2008a: 37).

Dennoch darf die Existenz europakritischer Meinungen im deutschen Parteiensystem, aber auch in der Gesellschaft, nicht außer Acht gelassen werden. Daher ist es wichtig, den Blick auf die Motivationen zu richten. Ein erster wichtiger Beweggrund für die zunehmende Skepsis auf Bevölkerungsebene liegt sicherlich in der Einführung des Euro (Busch & Knelangen 2004: 91). Mit der D-Mark wurde ein Symbol der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben. Die Wirkung dieses Eingriffs auf die kollektive Identität der Deutschen darf nicht unterschätzt werden. Hinzu kommen die wahrgenommenen Preissteigerungen infolge der Währungsumstellung, die das negative Bild des Euro („Teuro“) entscheidend verstärkten. Ein zweites wichtiges Ereignis stellt die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 dar (ebd.: 87). Viele Menschen in Deutschland erachteten diesen Schritt als verfrüht und empfanden die zehn neuen Mitgliedstaaten verstärkt als kulturelle sowie ökonomische Bedrohung des nationalen Besitzstandes. Vor allem eine zu erwartende

de Zunahme der Migration und deren Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt standen dabei im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses. Obwohl nicht direkt mit beiden genannten Motiven verknüpft, müssen auch die finanziellen Belastungen der Wiedervereinigung und die polarisierenden Auswirkungen der Globalisierung (Gewinner und Verlierer) in Betracht gezogen werden. Darüber hinaus wirkte auch die Tatsache, dass die Bundesrepublik über lange Jahre der größte Netto-Zahler der EU war und in absoluten Größen nach wie vor ist, negativ auf die öffentliche Wahrnehmung ein (Institut für Europäische Politik 2006b: 69-71).

Die genannten Erklärungsansätze begünstigen trotz ihrer Vielschichtigkeit hauptsächlich ökonomische und sozio-kulturelle Dynamiken der Erklärung des Phänomens Euroskeptizismus. Insgesamt genießt die europäische Integration bei den meisten Deutschen nur eine geringe Priorität und Aufmerksamkeit. Allerdings hat sich die Zahl derer, die das Tempo des Integrationsprozesses als zu schnell empfinden, seit den 1980er stetig erhöht und beläuft sich aktuell auf rund 32 Prozent. Nur zwölf Prozent sind hingegen der Ansicht, dass sich der Prozess zukünftig weiterhin beschleunigen sollte (Institut für Europäische Politik 2008b: 138). Der Binnenmarkt, der Euro und die Osterweiterung wurden vonseiten der EU stets als Projekte dargestellt, die wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze mit sich bringen. Nur wenn diese Erwartungen langfristig eintreten und sich nicht als leere Versprechungen herausstellen, genießt der europäische Integrationsprozess auch in Zukunft weiterhin eine starke Zustimmung in der deutschen Bevölkerung (Busch & Knelangen 2004: 97).

### **8.2.2 Frankreich**

Die Unterstützung des Integrationsprozesses hat in Frankreich seit den 1990er Jahren deutlich abgenommen (Blaseck 2007: 71). Mit Blick auf die aktuellen Zustimmungswerte der französischen Bevölkerung zur Europäischen Union zeigt sich das folgende Bild (vgl. Tabelle 7). Grundsätzlich ist der Anteil der Franzosen, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, im Betrachtungszeitraum – bis auf den Ausreißer im Herbst 2007 (60 Prozent) – relativ stabil zwischen 46 und 52 Prozent. Bemerkenswert ist der verhältnismäßig geringe Anteil von Franzosen, die sie für eine schlechte Sache halten (15 bis 21 Prozent). Ins Gewicht fallen daneben aber insbesondere die Unentschlossenen, die knapp ein Drittel der Bevölkerung darstellen. Auch bei der Frage nach den Vorteilen der Mitgliedschaft überwiegt durchgehend der Anteil der Befürworter (49 bis 57 Prozent). Die Gruppe derer, die keine Vorteile sehen, ist zwar kleiner, aber dennoch nicht zu vernachlässigen (32 bis 40 Prozent). Aktuelle Eurobarometer-Daten (Standard-Eurobarometer 70: 32-38) deuten auf eine Spaltung der französischen Bevölkerungseinstellungen in Bezug auf die EU hin: 49 Prozent erachten die Mitgliedschaft Frankreichs als eine gute Sache und 51 Prozent sind der Ansicht, dass ihr Land davon profitiere. Dem stehen jeweils annähernd gleich große Bevölkerungsanteile mit gegenteiliger bzw. neutraler Einschätzung beider Fragen gegenüber.

**Tabelle 7:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Frankreich (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Frankreichs in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	51%	46%	49%	50%	52%	60%	48%	49%
Eine schlechte Sache	16%	15%	17%	19%	21%	12%	17%	21%
Weder gut noch schlecht	30%	36%	32%	30%	26%	27%	33%	27%
Weiß nicht	2%	3%	2%	1%	1%	1%	2%	3%
<b>Hat Frankreich durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	53%	51%	50%	50%	54%	57%	49%	51%
Ist nicht der Fall	34%	38%	40%	39%	37%	32%	36%	38%
Weiß nicht	13%	11%	10%	11%	9%	11%	15%	11%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Das französische Parteiensystem bietet aufgrund des hohen Grades an Pluralisierung eine besondere Arena für parteibezogene Europaskepsis.<sup>33</sup> Das französische Parteiensystem gehört nach Taggart und Szczerbiak (2008b) Kategorisierung zum Typ des begrenzten Streits um die europäische Integration. Grundsätzlich zeigt sich, dass die beiden größten Parteien des rechten und linken Lagers (PS und UMP) innerhalb ihrer Lager einen freundlichen respektive neutralen Europa-Kurs verfolgen (Grunberg 2008: 41). Die Sozialistische Partei (PS) und die *Union pour un mouvement populaire* (UMP) tun sich schwer bei der Formulierung europakritischer Positionen, da sie in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich an der Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses beteiligt waren. Allerdings hatte dies den Preis zeitweiser tiefer parteiinterner Spaltungen: in den 1990er Jahren vor allem in den Reihen der Neogaullisten, nach 2000 überwiegend in der *Parti socialiste*. Daher wurde das Thema von beiden großen Parteien innerparteilich weitestgehend ausgeblendet, um die innere Kohäsion zu wahren und der Gefahr einer Spaltung vorzubeugen (ebd.: 56). Euroskeptizismus in seiner „harten“ und „weichen“ Ausprägung findet sich dementsprechend hauptsächlich an den extremen Rändern des französischen Parteiensystems. Somit gilt also auch für Frankreich die Erkenntnis, dass es sich beim Euroskeptizismus um ein Instrument der Oppositionspolitik handelt.

Im extremen linken Spektrum sind es vor allem die Trotzlisten und die Kommunistische Partei (PCF), die Europa mitsamt seiner kapitalistischen Aspekte und vermeintlich „neoliberalen“ Ausrichtung ablehnend gegenüberstehen. Zur extremen Rechten sind insbesondere der *Front National* (FN) und die Nationale Republikanische Bewegung (MNR) von Philippe de Villiers zu nennen. Beide Parteien agieren auf Grundlage einer nationalistischen Weltanschauung, die sich gegen Supranationalität richtet und die „Verwässerung“ der französischen Nation verhindern will (ebd.: 42-43). Der *Front National* erreichte bei der Europawahl 2009 rund sechs Prozent der Stimmen und wurde fünftstärkste Partei. In der Gesamtbetrachtung ist der Euroskeptizismus der französischen Parteien allerdings eher „weich“ als „hart“ (Milner

<sup>33</sup> Eine ausführliche Darstellung des rechten Parteienspektrums in Frankreich findet sich bei Hainsworth, O'Brien & Mitchell (2004); das entsprechende Pendant zum linken Parteienspektrum bei Milner (2004).

2004: 77). Insgesamt ist die Bedeutung parteipolitischer Faktoren für die Dynamik des Euroskeptizismus in Frankreich als hoch einzuschätzen: Besonders auffällig ist die Tatsache, dass sich aus dem Lager der Maastricht-Gegner gleich drei neue euroskeptische Parteien gründeten (bzw. von den etablierten Parteien abspalteten), die vornehmlich eine zunehmende Souveränitätsabgabe verhindern wollten (ebd.: 56). Außerdem sollte auf einen interessanten Unterschied zwischen nationalen und europäischen Wahlen hingewiesen werden: Euroskeptische Themen treten im Gegensatz zu Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vor allem bei Europawahlen stärker in den Vordergrund (Hainsworth, O'Brien & Mitchell 2004: 56).

Französischer Euroskeptizismus ist darüber hinaus stark von sozio-kulturellen Rahmenbedingungen beeinflusst. So verweist Robert Harmsen (2008b: 2-3) beispielsweise auf den *misfit* zwischen dem zentralistischen System der französischen Republik und seinem föderalen Gegenstück auf EU-Ebene. Eine viele Franzosen vereinende Idee ist diejenige eines französischen Exzeptionalismus, also der Glaube an die Einzigartigkeit des politischen Systems, der Gesellschaft sowie der ihr zugrunde liegenden Werte. Der Erhalt dieser Einzigartigkeit genießt hohe Priorität. Die Finalitätsfrage der Europäischen Union stellt dementsprechend einen wichtigen Bestandteil des öffentlichen Diskurses in Frankreich dar. Das Selbstbild der *grande nation* erschwert die Unterordnung im Rahmen einer EU mit föderalen Zügen. Die Wahrung der französischen Kultur und Identität sowie des Wirtschafts- und Sozialmodells ist entscheidend, worauf auch Bertrand Benoit (1997) hinweist, indem er den französischen Euroskeptizismus mit dem Attribut sozial-national (*social nationalist*) beschreibt.

Europa ist nach wie vor ein populäres Thema in der französischen Gesellschaft. Das negative Verfassungsreferendum darf keineswegs als Absage an den Integrationsprozess verstanden werden, sondern vielmehr als Ausdruck des Wunsches einer Umorientierung europäischer Politik (Institut für Europäische Politik 2006b: 69). Der Blick auf die Bevölkerungseinstellungen zeigt, dass der Kreis der Europabefürworter insgesamt sozial homogener geworden ist. Währenddessen wird das skeptische Lager immer stärker von der Mitte der Gesellschaft getragen. Es setzt sich nicht mehr nur aus den unteren Bildungsschichten zusammen, sondern inzwischen auch aus Teilen der Mittelschicht (Blaseck 2007: 82-83). Die Kampagnen und der öffentliche Diskurs um das Verfassungsreferendum haben gezeigt, dass europakritische Meinungen und Einstellungen in Frankreich leicht zu mobilisieren sind.

### 8.2.3 Großbritannien

Das Vereinigte Königreich kann als das Mutterland des Euroskeptizismus bezeichnet werden. Sowohl vor als auch nach dem Beitritt im Jahr 1973 vermochte das Thema der europäischen Einigung wie kein zweites den öffentlichen Diskurs in Großbritannien zu bestimmen. Europakritik ist tief im politischen System, in den Parteien und der Gesellschaft verwurzelt.<sup>34</sup> Dementsprechend dürften die aktuellen Zahlen der letzten acht Standard-Eurobarometer nicht verwundern (vgl. Tabelle 8). Der Anteil der Briten, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute

---

<sup>34</sup> Für eine detaillierte Beschreibung der Einstellungen in Deutschland und Großbritannien in den 1970er bis 1990er Jahren siehe Alexander Gordon Shields (2001).

Sache halten, ist vergleichsweise gering und schwankt zwischen 32 und 42 Prozent. Demgegenüber erachten rund 25 bis 32 Prozent den Sachverhalt als explizit schlecht. Erstaunlich groß ist allerdings der nahezu ähnlich große Teil (26 bis 32 Prozent) derer, die die Mitgliedschaft als weder gut noch schlecht beurteilen.

**Tabelle 8:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Großbritannien (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	36%	34%	42%	34%	39%	34%	30%	32%
Eine schlechte Sache	27%	28%	25%	31%	30%	28%	32%	30%
Weder gut noch schlecht	28%	32%	28%	28%	26%	31%	30%	31%
Weiß nicht	9%	6%	5%	7%	5%	7%	8%	7%
<b>Hat Großbritannien durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	40%	37%	42%	39%	43%	37%	36%	39%
Ist nicht der Fall	42%	47%	44%	47%	44%	47%	50%	46%
Weiß nicht	18%	17%	14%	13%	13%	16%	14%	15%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Die Frage nach den Vorteilen bietet ein ernüchterndes Bild: Rund 36 bis 43 Prozent der Briten sind der Meinung, dass Großbritannien sehr wohl Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EU habe. Der Anteil derer, die keine Vorteile erkennen, ist jedoch mit 42 bis 50 Prozent durchweg höher. Dabei handelt es sich um ein bereits seit langem bestehendes Phänomen, auf das bereits Anthony Forster (2002: 142) in seiner umfangreichen Bestandsanalyse des britischen Euroskeptizismus hingewiesen hat.

Auch wenn der Begriff „Euroskeptizismus“ relativ jung ist, so ist das Phänomen, welches er bezeichnet, schon sehr viel länger ein fester Bestandteil britischer Politik (Spiering 2004: 127). Großbritanniens Parteiensystem zeichnet sich durch ein geringes Maß an Pluralität aus, darüber hinaus stellt es nach der Kategorisierung von Taggart und Szczerbiak (2008b) ein System des offenen Parteienstreits dar. Das britische Parteiensystem sowie die Mehrheitswahl haben zudem eine zentrifugale Wirkung auf Parteipositionen (Usherwood 2002: 219). Nicht zuletzt deshalb ist die innere Kohäsion ein zentrales Anliegen britischer Parteien. Unter anderem deswegen kam es in den vergangenen zwei Dekaden zu erheblichen Veränderungen in der Positionierung der britischen Parteien im Hinblick auf die Europäische Union (Evans & Butt 2007: 186-187).

Die *Labour Party* durchlief beispielsweise einen bemerkenswerten Wandel von einer sehr euroskeptischen zu einer mittlerweile vergleichsweise pro-europäischen Partei (Heffernan 2001; Baker et al. 2008: 96). Zentraler Wendepunkt stellte dabei der Wandel hin zu *New Labour* in den 1990er Jahren unter Führung Tony Blairs dar.<sup>35</sup> Demgegenüber verkörpert die *Conservative Party* gegenwärtig die britische Skepsis gegenüber der EU. Diese kritische Haltung hat sich jedoch mit der Zeit verstärkt: Erst als sich der Fokus der europäischen Integra-

<sup>35</sup> Einen Überblick zur Europapolitik der *Labour Party* von 1997 bis 2007 bietet der Beitrag von Bulmer (2008).

tion vom Binnenmarktprojekt zur politischen Gemeinschaft verschob, wandelte sich auch die Haltung der regierenden konservativen Partei und schlug in offene Ablehnung um (ebd.: 111). Als zentrales Ereignis gilt dabei die Rede der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher in Brügge im Jahr 1988, deren Tragweite nicht unterschätzt werden darf.

Die Wandlungsprozesse der beiden großen Parteien lassen sich nach Geoffrey Evans und Sarah Butt (2007) mit dem *voter-driven-model* erklären, wonach Parteien sich den Präferenzen ihrer potenziellen Wählerschaft zum Zwecke der Stimmenmaximierung anpassen. Die *Liberal Democrats* waren in Bezug auf ihre Positionierung allerdings weitaus stabiler und verfolgen bis heute grundsätzlich keinen ausgeprägten europakritischen Kurs. Sie gelten damit seit langem als die europafreundlichste Partei des Vereinigten Königreichs. Bemerkenswert sind aber insbesondere die innerparteilichen Entwicklungen der schottischen (*Scottish National Party*) und walisischen (*Plaid Cymru*) Regionalparteien, die sich im Zeitverlauf von starken Europagegnern zu Befürwortern wandelten (Haesley 2001; Dardanelli 2003). Von den übrigen kleinen, mehrheitlich euroskeptischen Parteien, ist lediglich die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) erwähnenswert, die zu den „harten“ europaskeptischen Parteien zu zählen ist, bei der Europawahl 2009 auf spektakuläre 17 Prozent kam und damit zweitstärkste Partei wurde. Britischer Euroskeptizismus auf Parteebene ist „hart“, da er sich vor allem durch die Ablehnung der Mitgliedschaft und der gemeinsamen Währungsunion auszeichnet (Spiering 2004: 130). Die Idee eines föderalen Europas, das von einer supranationalen technokratischen Elite, losgelöst von den nationalstaatlichen Angelegenheiten regiert wird, ist für alle britischen Parteien inakzeptabel (Heffernan 2001: 184).

Öffentlicher Euroskeptizismus in Großbritannien manifestiert sich vornehmlich im Zeitungswesen. Vor allem die Printmedien erreichen mit ihren Schlagzeilen nicht nur die britischen Leser, sondern erregen auch internationale Aufmerksamkeit. Zu den auflagenstärksten Zeitungen mit euroskeptischen Einschlag zählen *Daily Mail*, die von Rupert Murdoch kontrollierten *Sun* und *Times*, die *Express* und *Star* sowie der *Daily Telegraph* (Spiering 2004: 132-133). Ihre Auflage deckt 75 Prozent der täglichen Zeitungsverkäufe ab, und ihre Besitzer erlegen ihren Journalisten eine rigide euroskeptische Berichterstattung auf (Grant 2008: 3). Zu den Motiven dieser Presse gehört in erster Linie ein ausgeprägter Nationalismus, der sich hauptsächlich in der Gruppe der sogenannten „Murdoch-Presse“ vorfindet (siehe u.a. Peter J. Anderson 2004). Dabei waren die britischen Medien nicht immer gegen die EU: Im Zeitraum um den Beitritt Großbritanniens waren sie sogar mehrheitlich für die Mitgliedschaft. Erst in den Jahren danach wurden sie zunehmend skeptischer, teilweise sogar in stärkerem Maße als die Regierungen John Majors und Tony Blairs (Forster 2002: 134). Entscheidend ist insbesondere die Tatsache, dass die auflagenstarken Zeitungen wie *Sun* und *Daily Mail* durch ihre Berichterstattung die politische Agenda mitbestimmen und somit direkten Einfluss auf die politische Debatte in Großbritannien nehmen (Institut für Europäische Politik 2008b: 159). Die gesellschaftliche und politische Ablehnung gegenüber Europa richtet sich vor allem gegen die politische Dimension des Einigungsprozesses (Institut für Europäische Politik 2006b: 92). Die EU wird als Bedrohung der nationalen Souveränität wahrgenommen. Ähnlich wie in Frankreich steht die Auffassung eines britischen Exzeptionalismus im Mittelpunkt. Die Briten sind von der Einzigartigkeit bzw. Andersartigkeit (*differentness* bei Spiering 2004: 137;

*otherness* bei Usherwood 2002: 211; *national exceptionalism* bei Harmsen 2006) ihres politischen Systems und ihrer Kultur überzeugt und bestehen auf den Erhalt.

Robert Harmsen (2006: 3; 6-8) verweist zudem auf die Inkompatibilität (im Sinne des *goodness-of-fit*-Ansatzes) zwischen den britischen und europäischen Konzeptionen von politischer und wirtschaftlicher Ordnung. „British Euroscepticism bears the imprint of Britain’s distinctive historical geopolitical experiences. Britain’s island heritage and geographical seclusion, its progress from isolation to victory during the Second World War, and, initially in the post-war period, its imperial legacy and relationship with the Commonwealth, have all served as essential themes behind British Euroscepticism“ (Baker et al. 2008: 109). Die Fundamentalopposition der Briten gegenüber dem Euro als gemeinsamer Währung ist ebenfalls Ausdruck der Wahrung des britischen Pfunds als Sinnbild des Vereinigten Königreichs. Britischer Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene ist überwiegend passiver Art, eine Mobilisierung dieser latent vorhandenen Einstellungen im großen Ausmaß ist bislang jedoch ausgeblieben (Spiering 2004: 134). Dennoch hat Großbritannien eine lange Tradition anti-europäischer Vereine, die bis in die frühen 1960er zurückreicht (Usherwood 2002: 223; 2004: 12).

### 8.2.4 Niederlande

Die Einstellung der Niederländer zur Europäischen Union hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Die zunehmende Kritik erreichte ihren Höhepunkt in der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrages. Obwohl das gescheiterte Referendum ein deutliches Zeichen gegen den voranschreitenden Integrationsprozess darstellte, darf die Entscheidung nicht mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Europäischen Union gleichgesetzt werden. Insgesamt sind die Niederländer nämlich nach wie vor überdurchschnittlich zufrieden mit der Mitgliedschaft ihres Landes (vgl. Tabelle 9): Rund 72 bis 80 Prozent der Niederländer sind der Überzeugung, es handele sich dabei um eine gute Sache, der Anteil derer, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten, ist vergleichsweise gering (sechs bis zwölf Prozent).

**Tabelle 9:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in den Niederlanden (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft der Niederlande in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	77%	70%	74%	72%	77%	79%	75%	80%
Eine schlechte Sache	8%	12%	9%	12%	8%	6%	9%	7%
Weder gut noch schlecht	14%	17%	16%	15%	14%	14%	15%	12%
Weiß nicht	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
<b>Haben die Niederlande durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	67%	61%	63%	62%	69%	74%	70%	76%
Ist nicht der Fall	28%	32%	29%	29%	25%	21%	23%	19%
Weiß nicht	4%	7%	8%	8%	6%	5%	7%	5%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Die Ansicht, dass die Niederlande Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft haben, wurde im Betrachtungszeitraum von 61 bis 76 Prozent der Niederländer geteilt. Im Gegenzug sank der Anteil derer, die Nachteile in der Mitgliedschaft sehen, von knapp 30 auf 19 Prozent.

Die EU-Unterstützung der niederländischen Politik war über lange Jahre hauptsächlich pragmatischer Art. Das niederländische Parteiensystem hat sich jedoch in den vergangenen 20 Jahren gewandelt, Robert Harmsen (2008a) spricht von einem „kritischen Wendepunkt“ (*critical turn*). Nach der Kategorisierung Taggart und Szczerbiaks (2008b) gehört es zum Typus von Parteiensystemen mit offenem Streit um die europäische Integration. Nationale Interessen in Bezug auf den stetig wachsenden niederländischen Netto-Beitrag zum EU-Budget traten verstärkt in den Fokus der Diskussion, es kam folglich zu einem Politisierungsprozess von Budget-Fragen (de Wilde 2009). Die Niederlande wurden nach und nach zum größten Netto-Zahler der Gemeinschaft relativ zum Pro-Kopf-Einkommen. Die Antwort der Parteien folgte in den 1990er Jahren, indem die zunehmend europakritische Ausrichtung der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) erstmals Euroskepsis in den Parteiendiskurs einbrachte. Der damalige Parteivorsitzende der VVD und spätere EU-Kommissar Frits Bolkestein forderte vehement eine Reduzierung der niederländischen Zahlungen an die EU und lehnte ein föderales Europa ab. Er gilt somit als der erste wichtige Euroskeptiker in der niederländischen Politik. Einen ähnlichen Prozess der „Nationalisierung“ in Bezug auf EU-Fragen durchliefen auch die Sozialdemokraten (PvdA) und die Christdemokraten (CDA) (Pijpers 2007: 458). Der von diesen Parteien vertretene Euroskeptizismus ist eindeutig „weicher“ Art. Vertreter einer „harten“ Europaskepsis finden sich vor allem an den Rändern des niederländischen Parteiensystems. Die Sozialistische Partei (SP) beispielsweise protestiert seit langem gegen zusätzliche Machttransfers nach Brüssel. Ihre Hauptkritikpunkte an der EU beziehen sich auf die zu neoliberale Ausrichtung sowie deren vermeintliches Demokratiedefizit (Harmsen 2004: 121). Zusätzliche Dynamik erhielt der „harte“ Europaskeptizismus durch die rechtspopulistische Protestpartei Liste Pim Fortuyn (LPF) im Vorfeld der Parlamentswahl im Jahr 2002. Trotz eines beachtlichen Wahlerfolgs hat sich die Partei inzwischen aufgelöst. Ihre Nachfolgerin ist die Partei für die Freiheit (PVV) unter Führung von Geert Wilders. Sie konnte bei den Europawahlen am 4. Juni 2009 spektakuläre 17 Prozent erreichen und wurde hinter den stimmenstärksten Christdemokraten zweitstärkste Partei. Mit einem ganz auf das Thema einer angeblichen „Islamisierung“ der Niederlande setzenden Parteidiskurs und einer entsprechenden Europawahlkampagne macht sich die Partei offenkundig kulturelle Bedrohungswahrnehmungen in einer verunsicherten Einwanderungsgesellschaft zunutze und verstärkt diese ihrerseits. Zusammenfassend bleibt anzumerken, dass das gesamte Parteiensystem der Niederlande in den letzten Jahren EU-kritischer geworden ist und es sich dabei wohl um einen nachhaltigen Wandel handelt (ebd.: 124). Die Wahlerfolge „harter“ euroskeptischer Parteien sind ein markanter Ausdruck dieser Entwicklung. Insofern spielen politische Faktoren eine bedeutende Rolle bei der Erklärung des wachsenden Euroskeptizismus in den Niederlanden.

Ein ähnlicher Wandel hat sich zeitgleich auch auf Bevölkerungsebene vollzogen. Insgesamt sind das Interesse an europäischen Themen sowie das Wissen über die EU in den Niederlanden nicht besonders ausgeprägt (Institut für Europäische Politik 2008b: 146). Ein

Großteil der Niederländer ist daher grundsätzlich skeptisch und widersetzt sich einer zunehmenden Machtfülle der Europäischen Union (Pijpers 2007: 452). Insbesondere da die gegenwärtige vertikale Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten intransparent erscheint, führt dies zu Unsicherheit und Irritationen bei den Bürgern. Im Gegensatz zum Meinungsbild in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten bleibt das Vertrauen in die repräsentativen europäischen Einrichtungen deutlich hinter dem zurück, das dem niederländischen Staat entgegengebracht wird (ebd.: 454). Dennoch stehen diese Einstellungen nicht in grundsätzlichem Widerspruch zu den hohen Zustimmungswerten: Die Kritik, die auch im Referendum deutlich wurde, richtet sich nicht vornehmlich gegen die momentane institutionelle Gestalt der EU, sondern vielmehr gegen deren Entwicklungsrichtung. Auch bei den niederländischen Bürgern bestimmen ökonomische Kosten-Nutzen-Überlegungen maßgeblich das Bild der EU. Aus soziotropischer Perspektive erscheint die EU vielen Niederländern als ein Verlustgeschäft: Die Kosten sind zu hoch und der Nutzen zu gering. Der Euro dient in diesem Zusammenhang als gutes Beispiel: Die Niederländer verbinden mit dessen Einführung in erster Linie Preiserhöhungen.

Das Thema Erweiterung genießt ebenfalls einen hohen und umstrittenen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion (Institut für Europäische Politik 2006b: 77). Für viele Menschen stellt die rapide Vergrößerung der Gemeinschaft eine latente gesellschaftliche und kulturelle Bedrohung dar. Insofern sind sowohl ökonomische als auch sozio-kulturelle Faktoren maßgeblich für die wachsende Europakritik auf Bevölkerungsebene mitverantwortlich. Das gescheiterte Verfassungsreferendum verdeutlicht zudem eine Kluft zwischen Bevölkerung und politischer Elite in Bezug auf EU-Fragen. Während das Parlament (*Twede Kamer*) mehrheitlich für den Vertrag stimmte, lehnte die Bevölkerung ihn deutlich ab. Insgesamt war der Integrationsenthusiasmus bei den niederländischen Eliten schon immer größer als bei der Bevölkerung (Aarts & van der Kolk 2006: 243-244). Diese gestörte Beziehung zwischen Politik/politischen Eliten und Bürgern in Bezug auf die EU (Pijpers 2007: 452) ist ein Nährboden für die Ausbreitung und Verfestigung des Euroskeptizismus in den Niederlanden.

### **8.2.5 Dänemark**

Die Dänen haben eine ambivalente Einstellung zur Europäischen Union. Die direkte Demokratie hat in Dänemark eine lange Tradition. So ist es nicht verwunderlich, dass dort bisher die meisten EU-Referenden durchgeführt wurden. Von insgesamt sechs Referenden gewannen die EU-Kritiker zwei, dazu zählten das erste Maastricht-Referendum (1992) und das Referendum über den Beitritt zur Währungsunion (2000) (vgl. u.a. Aylott 2002: 447). Trotzdem zeigt der Blick auf die aktuellen Eurobarometer-Daten, dass der Großteil der Dänen die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache hält (56 bis 69 Prozent) (vgl. Tabelle 10). Interessant ist insbesondere der relativ geringe Anteil derer, die diese negativ beurteilen (zehn bis 17 Prozent).

**Tabelle 10:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Dänemark (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Dänemarks in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	59%	56%	65%	61%	66%	69%	65%	64%
Eine schlechte Sache	17%	16%	11%	14%	15%	10%	12%	16%
Weder gut noch schlecht	22%	26%	23%	24%	18%	19%	22%	19%
Weiß nicht	2%	2%	1%	2%	1%	2%	1%	1%
<b>Hat Dänemark durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	70%	69%	75%	74%	57%	78%	77%	76%
Ist nicht der Fall	20%	22%	15%	17%	36%	14%	16%	18%
Weiß nicht	10%	9%	10%	9%	7%	8%	7%	6%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Von der Vorteilhaftigkeit der EU-Mitgliedschaft sind ebenfalls viele Dänen überzeugt (57 bis 78 Prozent). Der Anteil derer mit gegenteiliger Meinung rangiert zwischen 14 und 36 Prozent. Trotz der hohen Volatilität dieser Werte zeigen sie dennoch, dass die Mehrzahl der Dänen pro-europäisch eingestellt ist.

Nach der Kategorisierung Taggart und Szczerbiaks (2008b) fällt das dänische Parteiensystem in die Kategorie von Parteiensystemen mit offenem Streit. In Dänemark existieren in Bezug auf die EU-Themenbereiche allerdings praktisch zwei separate Parteiensysteme, je nachdem ob man nationale oder Europawahlen betrachtet. Der Großteil der dänischen Parteien und der Massenmedien ist pro-europäisch, lediglich vereinzelt finden sich europakritische Nuancen (Lauring Knudsen 2008: 153).<sup>36</sup> Euroskeptische Parteien waren in Dänemark niemals an der Regierung (Raunio 2007: 196). Insofern handelt es sich bei parteibezogenem Euroskeptizismus in Dänemark um ein Phänomen der Oppositionspolitik (Sitter 2001b: 36). Dementsprechend finden sich im dänischen Parteiensystem vorwiegend pro-europäische (Konservative Volkspartei, Liberale Allianz und Sozialdemokraten) und nur vereinzelt „weiche“ euroskeptische (Christdemokraten, Dänische Volkspartei und Sozialistische Volkspartei) Parteien. Vor allem die Sozialistische Volkspartei hat ihre ursprüngliche starke Euroskepsis nach und nach „aufgeweicht“ (Raunio 2007: 199). Nur die Einheitsliste Rot-Grün stellt das Beispiel einer „harten“ europakritischen Partei dar (Lauring Knudsen 2008: 158). Daneben gibt es zwei weitere wichtige euroskeptische Parteien, die sich ausschließlich über ihre EU-Kritik definieren, aber nur bei Europawahlen und nicht bei nationalen Parlamentswahlen antreten. Die Volksbewegung gegen die EU wurde im Vorfeld des Beitritts-Referendums im Jahre 1972 gegründet und war die erste Anti-EU-Partei Dänemarks. Sie erreichte bei den Europawahlen 2009 sieben Prozent. Im Umfeld des ersten Maastricht-Referendums im Jahr 1992 entstand die Junibewegung, sie ist eher dem „weichen“ Euroskeptizismus zuzuordnen (ebd.: 158) und kam bei den EP-Wahlen 2009 auf zwei Prozent der Wählerstimmen. Mit

<sup>36</sup> Im Vorfeld des ersten Maastricht-Referendums haben die öffentlich-rechtlichen Sender auch Vertreter der Volksbewegung gegen die EU und der Junibewegung zu Diskussionsrunden eingeladen, obwohl diese nicht im Parlament vertreten waren. Dementsprechend wurde der Vorwurf laut, dass die dänischen Massenmedien den Euroskeptikern eine Plattform böten (Lauring Knudsen 2008: 164).

Ausnahme dieser beiden Parteien nimmt die Europaskepsis keine exponierte Stellung im Parteienwettbewerb ein. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die Referenden zu EU-Fragen institutionelle Artikulationsmöglichkeiten für EU-Kritik oder -Skepsis boten (Raunio 2007: 201). Parteipolitische Faktoren und politische Rahmenbedingungen sind somit nicht alleine in der Lage, das Phänomen des dänischen Euroskeptizismus adäquat zu erklären.

Europakritik in Dänemark basiert nicht auf einer grundlegenden Ablehnung der Europäischen Union. Die Dänen sind mit der EU zufrieden, solange sich die Mitgliedschaft für ihr Land lohnt und sie persönliche Vorteile von dieser Mitgliedschaft haben (Lauring Knudsen 2008: 165). In den vergangenen Jahren hat Dänemark vor allem ökonomisch von der Mitgliedschaft profitiert (Institut für Europäische Politik 2006b: 66). Der öffentliche Diskurs in Dänemark wird daher vornehmlich von ökonomischen und sozio-kulturellen Faktoren bestimmt, wie eine Analyse der Für- und Gegenargumente der einzelnen EU-Referenden zeigt. Aufseiten der EU-Befürworter finden sich durchgehend Bezüge zu den zu erwartenden ökonomischen Vorteilen. Die Argumente der Kritiker beziehen sich hingegen vielfach auf den Verlust der dänischen Souveränität, der nationalen Identität sowie der kulturellen Traditionen (Buch & Hansen 2002: 14-15).

Die dänische Ambivalenz drückt sich ebenfalls in den Wahlbeteiligungen aus. So erscheint es verwunderlich, dass diese bei EU-Referenden mit im Schnitt 80 Prozent sehr viel höher ist als die bei Europawahlen (ca. 50 Prozent, zuletzt knapp 60 Prozent im Jahr 2009) (ebd.: 3-5). Ein Grund für das zutiefst ambivalente Verhalten der Dänen liegt höchstwahrscheinlich im geringen Ausmaß der Identifikation mit der Idee Europas (nicht der EU) und damit einhergehend mit einer schwachen emotionalen Bindung. Dieser geringe Identifikationsgrad hat negative Auswirkungen auf die Salienz von EU-Themen bei Parteien und Medien. Der wichtigste Bezugsrahmen für die Dänen ist mit deutlichem Abstand das eigene Land (ebd.: 22). Insgesamt ist die Haltung der Dänen gegenüber der EU also als sehr rational-utilitaristisch einzuschätzen.

### 8.2.6 Polen

In Polen fanden sich schon lange Zeit vor dem Beitritt des Landes im Jahr 2004 überdurchschnittlich viele EU-Befürworter. Vor diesem Hintergrund ist auch die eindrucksvolle Zustimmung im Rahmen des Beitritts-Referendums im Jahr 2003 zu sehen (rund 77 Prozent der Polen stimmten mit Ja).<sup>37</sup> Die positiven Assoziationen mit der Aussicht auf Mitgliedschaft stellten einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens dar: Keine der relevanten Parteien stellte den Beitritt als wichtiges Ziel der polnischen Außenpolitik in Frage (Szczerbiak 2004: 251). Heute liegt der Anteil der Polen, die die Mitgliedschaft des eigenen Landes für eine gute Sache halten, zwischen 53 und 71 Prozent (vgl. Tabelle 11). Damit sind die Polen auch fünf Jahre nach dem Beitritt noch immer eines der EU-freundlichsten Völker in der Uni-

---

<sup>37</sup> Der Beitrag von Aleks Szczerbiak (2002) bietet eine umfangreiche Darstellung des polnischen EU-Diskurses im Vorfeld des Beitritts-Referendums.

on. Verschwindend gering ist demzufolge auch der Anteil derer, die die EU-Mitgliedschaft als eine schlechte Sache erachten (sechs bis acht Prozent).

**Tabelle 11:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Polen (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Polens in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	53%	54%	56%	62%	67%	71%	65%	65%
Eine schlechte Sache	8%	8%	7%	6%	6%	6%	6%	7%
Weder gut noch schlecht	36%	34%	35%	31%	24%	21%	25%	25%
Weiß nicht	4%	5%	2%	2%	3%	2%	4%	3%
<b>Hat Polen durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	62%	63%	64%	73%	78%	83%	77%	73%
Ist nicht der Fall	25%	24%	23%	16%	15%	9%	11%	15%
Weiß nicht	14%	13%	13%	11%	7%	8%	12%	12%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Die Beurteilung der Frage nach den Vorteilen der Mitgliedschaft fällt ebenfalls sehr positiv aus: So ist die deutliche Mehrheit der Polen (62 bis 83 Prozent) der Ansicht, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiere. Neun bis 25 Prozent der Polen sind hingegen gegenteiliger Meinung.

Die zentrale Veränderung in Polen fand also nicht auf Bevölkerungsebene, sondern innerhalb des Parteiensystems statt. Nach der Kategorisierung von Taggart und Szczerbiak (2008b) gehört das polnische Parteiensystem zum Typ des beschränkten Streits. Entgegen der ausgeprägten pro-europäischen Einstellungen auf Bevölkerungsebene stellt die Kritik an der EU inzwischen einen maßgeblichen Bestandteil des polnischen Parteienwettbewerbs dar (Szczerbiak 2008: 221). In Polen ist Europaskepsis vor allem ein Phänomen des rechten Parteienspektrums: Die rechtspopulistische Partei Selbstverteidigung der Republik Polen (*Samoobrona*) ist nach Szczerbiak (2004: 259) dem „harten“ Euroskeptizismus zuzurechnen. Ebenso die nationalkonservative Liga Polnischer Familien (LPR). Bei der Europawahl 2009 erhielten beide Parteien allerdings nur knapp mehr als ein Prozent der Stimmen. Beide Parteien sprachen sich stets gegen einen Beitritt Polens zur Europäischen Union aus; insbesondere die LPR fürchtete einen Souveränitätsverlust (Normann 2008: 81). Inzwischen haben sowohl *Samoobrona* als auch die LPR ihre radikale Rhetorik gegen die EU aufgegeben, sind aber nach wie vor sehr kritisch (Institut für Europäische Politik 2006b: 77-78). Daneben sind die Polnische Volkspartei (PSL) und Recht und Gerechtigkeit (PiS) als Vertreter einer kritischen Haltung gegenüber der EU zu nennen (Szczerbiak 2004: 264-265). Die einflussreichere ist sicherlich die traditionalistisch-patriotische PiS, die vor allem nationale Interessen vertritt und das außenpolitische Ziel der Selbstbehauptung Polens verfolgt. Sie erreichte bei der Europawahl 2009 rund 27 Prozent. Ihr Europabild ist geprägt von der Vorstellung eines intergouvernementalen Europas der Nationen (Normann 2008: 90). Seit dem Beitritt Polens, aber insbesondere in der Regierungszeit der euroskeptischen PiS unter Jaroslaw Kaczynski, haben

sich weniger die Inhalte der polnischen Europapolitik als vielmehr deren Tonlage verändert. Das wichtigste Ziel der PiS war und ist die Verteidigung der Souveränität und der nationalen Interessen gegenüber der EU (Normann 2008: 91). Das linke Parteienspektrum zeichnet sich insgesamt durch eine pro-europäische Haltung aus: Zu den wichtigsten Parteien zählen die sozialdemokratische Bürgerplattform und der postkommunistische Bund der Demokratischen Linken (SLD).

Trotz der EU-Begeisterung in der polnischen Bevölkerung erhielten europakritische Parteien bei den Parlamentswahlen des Jahres 2004 erstaunlicherweise über 45 Prozent der Stimmen (Szczerbiak 2007: 4). Ein möglicher Grund für dieses Paradoxon – ein enthusiastisches Volk wählt europakritische Parteien – liegt wahrscheinlich am geringen Stellenwert, den EU-Themen in den Wahlkämpfen vor dem Jahr 2007 einnahmen. Die Parteikampagnen konzentrierten sich vorrangig auf nationale Themen (Szczerbiak 2007: 37).<sup>38</sup> Die Parteien wurden also nicht vorrangig wegen ihrer Positionierung zu EU-Themen gewählt (Szczerbiak 2004: 264). Dies änderte sich bei der Parlamentswahl des Jahres 2007: Die europakritische Regierung unter Führung der PiS wurde nicht zuletzt wegen ihrer Außenpolitik im Kontext der EU abgewählt. Die europafreundliche Bürgerplattform stellt seither mit Donald Tusk den Ministerpräsidenten, was zu einer Entspannung der Beziehungen zu den übrigen EU-Mitgliedstaaten (v.a. mit Deutschland und Frankreich) beigetragen hat. Insofern spielen (partei-)politische Faktoren eine zentrale Rolle in der Ausgestaltung und Artikulation des polnischen Euroskeptizismus. Die Motive der skeptischen Parteien sind nahezu ausschließlich sozio-kultureller Art und konzentrieren sich auf den Erhalt der Souveränität sowie die Wahrung einer starken Position Polens in der Europäischen Union.

Die Polen sind nach wie vor überaus zufrieden mit der EU-Mitgliedschaft, nicht zuletzt deswegen, weil ihre Erwartungen größtenteils erfüllt wurden und eine „Desillusionierung“ (wie beispielsweise in Tschechien) ausblieb. Der Enthusiasmus der Polen fußte stets auf realistischen Annahmen über die Vorteile der Mitgliedschaft. Somit nehmen ökonomische Faktoren im Großen und Ganzen keinen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung europakritischer Entwicklungen in Polen. Die Mehrzahl der Polen teilt den Euroskeptizismus ihrer politischen Eliten demnach nicht (Szczerbiak 2007: 43). Hinsichtlich der zukünftigen Gestalt der EU favorisieren die meisten Polen allerdings ein intergouvernementales „Europa der Nationen“ (Szczerbiak 2007: 26). Die Medienberichterstattung in Polen ist insgesamt leicht pro-europäisch und unterscheidet sich somit nicht entscheidend von den Mediensystemen vieler anderer Mitgliedstaaten (Institut für Europäische Politik 2008b: 149-150).

### **8.2.7 Tschechische Republik**

Ein zentrales außenpolitisches Ziel der Tschechischen Republik war seit ihrer Staatsgründung im Jahr 1993 die Mitgliedschaft in der Europäischen Union („Rückkehr nach Europa“; vgl.

---

<sup>38</sup> Einen guten Überblick über den Umfang europapolitischer Themen in den Wahlprogrammen (2001, 2005 und 2007) der wichtigsten Parteien Polens bietet der Beitrag von Szczerbiak & Bil (2008: 17).

Perron 2008: 97). So überrascht es nicht, dass rund 77 Prozent<sup>39</sup> der Tschechen im Referendum für den Beitritt stimmten. Damit war die Zustimmung vergleichbar mit jener der Polen. Doch im Gegensatz zur polnischen Bevölkerung nahm die Zustimmung der Tschechen für die EU-Mitgliedschaft seit dem Beitritt deutlich ab. So zeigen die Eurobarometer-Daten (vgl. Tabelle 12), dass weniger als die Hälfte (44 bis 52 Prozent) der tschechischen Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache erachtet. Besonders auffällig ist zudem der Anteil derer, die die Mitgliedschaft indifferent bewerten (38 bis 44 Prozent).

**Tabelle 12:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in der Tschechischen Republik (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	49%	44%	52%	51%	46%	45%	48%	46%
Eine schlechte Sache	11%	11%	9%	10%	12%	15%	11%	12%
Weder gut noch schlecht	39%	44%	38%	38%	41%	38%	38%	40%
Weiß nicht	2%	2%	1%	1%	1%	2%	3%	2%
<b>Hat die Tschechische Republik durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	56%	55%	62%	66%	61%	61%	64%	62%
Ist nicht der Fall	33%	33%	30%	27%	32%	29%	25%	29%
Weiß nicht	11%	12%	8%	7%	7%	10%	11%	9%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Immerhin ist eine deutliche Mehrheit (55 bis 66 Prozent) der Tschechen der Ansicht, ihr Land habe durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile. Dem steht ein knappes Drittel (25 bis 33 Prozent) mit gegenteiliger Meinung gegenüber.

Das tschechische Parteiensystem ist im Hinblick auf Europaskepsis stark polarisiert, nach Taggart und Szczerbiak (2008b) gehört es zum Typ des offenen Streits. Neben gemäßigten europafreundlichen Parteien wie den Sozialdemokraten (ČSSD), der Freiheitsunion (US-DEU) und der Christlich-Demokratischen Partei (KDU-ČSL) existieren drei Parteien, die klare euroskeptische Positionen beziehen. Dazu gehören die Republikaner (RMS), die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) und die Demokratische Bürgerpartei (ODS) (Perron 2008: 99-100). Die populistische RMS um ihren Vorsitzenden Miroslav Sládek vertritt radikale antikommunistische und nationalistische Positionen und ist eindeutig dem „harten“ Euroskeptizismus zuzuordnen. Insgesamt handelt es sich bei der RMS allerdings um eine marginale Erscheinung im tschechischen Parteiensystem (Hanley 2008: 249-251). Einen wesentlich größeren Einfluss hat hingegen die KSČM, die ebenfalls „harte“ euroskeptische Positionen vertritt und bei der Europawahl 2009 mit 14 Prozent drittstärkste Partei wurde. Sie versteht sich selbst als radikale, antikapitalistische Antisystempartei. Die europäische Integration wird von ihr deshalb vor allem als Bedrohung der tschechischen Souveränität und Tradition angesehen (ebd.: 251-254).

<sup>39</sup> Die Aussagekraft dieses Wertes ist allerdings begrenzt, da die Wahlbeteiligung nur bei 55,2 Prozent lag.

Die mit Abstand einflussreichste euroskeptische Partei Tschechiens ist aber zweifellos die ODS, die dem Mitte-Rechts-Lager zuzuordnen ist. Ihr Einfluss ergibt sich insbesondere durch die häufigen Regierungsbeteiligungen sowie die Besetzung des Präsidentenamts durch den exponiertesten Europakritiker Tschechiens, Václav Klaus. Sein Amtsantritt änderte nichts an der Radikalität seiner Stellungnahmen zum Thema Europa (Perron 2008: 101). Der Euroskeptizismus der ODS ist „weich“, so unterstützte die Partei beispielsweise den EU-Beitritt. In den 1990er Jahren entwickelte die ODS unter ihrem damaligen Vorsitzenden Klaus jedoch allmählich einen Euroskeptizismus, der in Tradition der britischen *Conservative Party* unter Margaret Thatcher steht (Hanley 2004: 254-259). Im Mittelpunkt der Parteirhetorik finden sich demnach ideologische Motive und sozio-kulturelle Argumentationsmuster, die vornehmlich auf der Wahrung der nationalen Identität und Souveränität beruhen. Für die ODS, die bei der EP-Wahl 2009 mit 32 Prozent stärkste politische Kraft wurde, ist die EU in erster Linie ein wirtschaftliches Projekt, das die ökonomische Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten fördern soll.<sup>40</sup> Die Partei verfolgt das Ziel eines intergouvernementalen Europas der Nationen, weshalb sie die Post-Maastricht-Entwicklung und die mit ihr verbundene verstärkte politische Integration äußerst skeptisch betrachtet (Hanley 2004: 238-239; Perron 2008: 107; Kopecký 2004: 238-241). Ein interessantes Paradoxon stellt die Tatsache dar, dass die ODS trotz ihrer offenkundig euroskeptischen Positionierung mitunter die pro-europäischsten Wähler hat (Institut für Europäische Politik 2008b: 135).

Die Zustimmung der tschechischen Bevölkerung zur EU hat seit dem Beitritt abgenommen und ist eng mit ökonomischen Kosten-Nutzen-Vorstellungen verknüpft (Institut für Europäische Politik 2006b: 65-66). Die hohen Erwartungen an die EU haben sich für viele Tschechen noch nicht erfüllt, so dass man von einer Desillusionierung der Bevölkerung sprechen kann. Die Meinung von der EU hängt eng mit dem tatsächlichen und noch viel mehr vom wahrgenommenen ökonomischen Mehrwert der Mitgliedschaft ab. Nach dieser Vorstellung ist die EU gut, solange eine vertiefte Integration wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt. Offenkundig ist dies bei dem Verfassungsvertrag und dem Vertrag von Lissabon in den Augen vieler Tschechen nicht der Fall (Institut für Europäische Politik 2008b: 135). Die fortschreitende politische Integration beinhaltet demnach die Gefahr einer Marginalisierung: Der tschechische Europadiskurs wird maßgeblich von Befürchtungen bestimmt, als ungleicher Partner in einem Staatenbund behandelt zu werden, der unter deutsch-französischer Führung steht (Perron 2008: 114-115).

Der Europaskeptizismus des tschechischen Präsidenten wirkt sich politisch in Gestalt einer Verzögerung des Ratifizierungsprozesses des Lissabonner Vertrags aus. Nachdem beide parlamentarischen Kammern (Sejm und Senat) dem Vertrag von Lissabon (mit den Stimmen der ODS) zugestimmt haben, obliegt nun ausgereicht Václav Klaus als Staatspräsident der letzte Schritt im Ratifikationsverfahren: Erst durch seine Unterschrift ist die tschechische Ratifikation rechtskräftig. Klaus, der den Reformvertrag wie schon zuvor den VVE inhaltlich ablehnt, kündigte bereits an, zuerst den Ausgang eines zweiten irischen Referendums abwarten zu wollen (Marsic & Keil 2009: 7; Marsic 2009: 12).

---

<sup>40</sup> Die ODS bezeichnet sich selbst nicht als „euroskeptisch“, sondern als „eurorealistisch“ (Perron 2008: 103-104).

### 8.2.8 Österreich

Die Zustimmung der Österreicher zur EU ist sehr gering, sie zählt zu den niedrigsten innerhalb der EU. Dennoch stimmten 66,6 Prozent der Österreicher im Jahr 1994 für den Beitritt ihres Landes zur Union (Pelinka 2004: 214). Wie die aktuellen Eurobarometer-Daten zeigen (vgl. Tabelle 13), beurteilt gerade ein knappes Drittel (32 bis 39 Prozent) der Menschen in Österreich die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als eine gute Sache. Ein nahezu ebenso großer Anteil (34 bis 39 Prozent) befindet diesen Sachverhalt als weder gut noch schlecht. Rund ein Viertel (21 bis 26 Prozent) hält die Mitgliedschaft hingegen für eine schlechte Sache.

**Tabelle 13:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Österreich (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Österreichs in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	37%	32%	34%	36%	36%	38%	36%	39%
Eine schlechte Sache	23%	25%	24%	23%	25%	26%	26%	21%
Weder gut noch schlecht	37%	39%	35%	37%	36%	34%	36%	38%
Weiß nicht	3%	4%	6%	5%	3%	2%	2%	2%
<b>Hat Österreich durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	41%	35%	39%	43%	44%	42%	36%	47%
Ist nicht der Fall	46%	48%	43%	42%	43%	43%	47%	42%
Weiß nicht	13%	17%	18%	15%	13%	15%	17%	11%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Eurobarometer 63 bis 70.

Im Zeitverlauf sind vergleichsweise weniger Österreicher (36 bis 47 Prozent) davon überzeugt, dass ihr Land Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft habe. Rund 42 bis 48 Prozent sind hingegen der Meinung, dass dies nicht der Fall sei.

Das österreichische Parteiensystem gehört nach Taggart und Szczerbiak (2008b) zum Typ des offenen Streits. Euroskeptizismus im Parteiensystem Österreichs ist vor allem ein Phänomen am rechten Rand – mit der FPÖ über lange Jahre als Monopolist (Pelinka 2004: 215). Die im Zeitverlauf europafreundlichste Partei stellt die Österreichische Volkspartei (ÖVP) dar, die sogar ihrem Selbstverständnis nach stets als die Europapartei Österreichs auftrat. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Grüne Alternative (GA) haben im Zeitverlauf einen Wandel vollzogen. Seit den 1980er Jahren wurden ihre Positionen immer europafreundlicher. Im Fall der SPÖ beruhte dieses Umdenken maßgeblich auf strategischen Überlegungen, um das eigene Profil in Fragen der Wirtschaftspolitik zu schärfen (Falend 2008: 208). In jüngster Zeit hat sich die SPÖ allerdings wieder europaskeptischer positioniert, indem sie etwa Forderungen nach Volksabstimmungen zu EU-Vertragsänderungen aufnahm. Für die Grüne Alternative stand nicht der europäische Integrationsprozess an sich, sondern dessen politische Akzentuierung durch den Vertrag von Maastricht im Mittelpunkt der Kritik. Inzwischen unterstützt sie den gegenwärtigen Integrationsprozess, insbesondere hinsichtlich einer weitergehenden Demokratisierung des EU-Systems (ebd.: 209-210).

Die zwei relevantesten europakritischen Parteien sind hingegen die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Beide Parteien wurden maßgeblich durch das politische Wirken Jörg Haiders geprägt. Die FPÖ durchlief in der Zeit unmittelbar nach der Übernahme des Vorsitzes durch Haider Mitte der 1980er Jahre einen Wandel: Die ursprünglich europafreundliche FPÖ wurde zunehmend kritischer und kann spätestens seit Beginn der 1990er Jahre als „harte“ euroskeptische Partei bezeichnet werden. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob es sich bei der FPÖ um eine rechtsradikale Partei handelt, die sich populistischer Methoden bedient, oder um eine populistische Partei, mit rechten und rechtsradikalen Inhalten (Heinisch 2004: 251). Erstaunlich scheint aus heutiger Sicht jedoch die Tatsache, dass die FPÖ den Antrag Österreichs auf EU-Mitgliedschaft anfangs sogar unterstützte. Insgesamt beruhte ihr europakritischer Wandel maßgeblich auf strategischen und weniger auf ideologischen Motiven (Fallend 2008: 210). Die FPÖ mobilisierte in besonderer Weise gegen die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion sowie gegen die EU-Osterweiterung (Pelinka 2004: 216).

Besondere internationale Aufmerksamkeit erhielt die FPÖ zu Beginn des Jahres 2000 durch ihre Koalition mit der ÖVP. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ stieß auf heftige innen- und außenpolitische Kritik, die sogar zu Sanktionen der übrigen EU-Mitgliedstaaten gegen die österreichische Bundesregierung führte. Insgesamt hat dieser außenpolitische Boykott dem Bild der Österreicher von der EU nicht sonderlich gutgetan (ebd.: 2004: 219). Dem Bruch der Koalition im Jahr 2002 folgte ein starker Stimmeneinbruch der FPÖ bei den darauffolgenden Wahlen. Inzwischen hat sich neben der FPÖ mit dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) eine zweite euroskeptische Partei im österreichischen Parteiensystem etabliert. Ihre Geschichte ist wie jene der FPÖ – sowie die Geschichte des österreichischen Euroskeptizismus an sich – eng mit der Person Jörg Haiders verbunden. Interessant ist daher vor allem die Frage, wie sich das Phänomen des österreichischen Euroskeptizismus nach dem Tod Haiders im Oktober 2008 entwickeln wird. Die Europawahl 2009 brachte der FPÖ 13 Prozent, der BZÖ fünf Prozent und der europakritischen Liste eines abtrünnigen EP-Abgeordneten der SPÖ-Fraktion, Hans-Peter Martin (Liste Dr. Martin – für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit), mit populistischer EU-Kritik satte 18 Prozent.

Insgesamt ist das Interesse in der österreichischen Bevölkerung an Europa sehr gering. Vor diesem Hintergrund hat die Tatsache, dass die hohen Erwartungen der Menschen an die Mitgliedschaft im Zeitverlauf nicht erfüllt wurden, maßgeblich zur Ausbreitung europakritischer Einstellungen auf Bevölkerungsebene beigetragen (Fallend 2008: 205-206). Nach allgemeiner Auffassung haben sich durch die Euro-Einführung die Preise verteuert, so dass der Euro häufig als Ursache für die steigende Inflation angesehen wird. Außerdem wird insbesondere die Osterweiterung in Österreich sehr negativ bewertet, da die Kosten den wahrgenommenen Nutzen weit übersteigen (Institut für Europäische Politik 2006b: 63). Aus diesem Kreis der „EU-Enttäuschten“ (vornehmlich junge und gering gebildete Menschen) rekrutiert sich der Großteil der Wählerschaft der FPÖ (Pelinka 2004: 217). Auch die österreichischen Medien tragen aktiv zur Verbreitung euroskeptischer Meinungen bei: Sie berichten häufig negativ über die EU, oftmals wird auch das Bild „Österreichs gegen die EU“ vermittelt. Im Printsektor ist vor allem die Neue Kronenzeitung mit einer hohen Reichweite und starkem

EU-kritischen Unterton zu nennen (Institut für Europäische Politik 2008b: 129). Ihr Herausgeber, Hans Dichand, lieferte wesentliche Anstöße für die europaskeptische Positionierung der SPÖ unter ihrem neuen Vorsitzenden Werner Faymann.

### 8.2.9 Schweden

Die Schweden stimmten 1994 per Volksentscheid mit einer knappen Mehrheit (52 Prozent) für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union. Die EU ist in Schweden seit langer Zeit ein heftig umstrittenes Thema, das die Bevölkerung in Befürworter und Gegner spaltet. Innerhalb der EU-15 galt Schweden stets als das euroskeptischste Land (Peterrson 2004: 24). Die Eurobarometer-Daten deuten allerdings auf einen Wandel hin (vgl. Tabelle 14): Der Anteil derer, die die Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, ist in den vergangenen vier Jahren auf über 50 Prozent angestiegen. Demgegenüber hat der Anteil der Schweden mit gegenteiliger Meinung insgesamt abgenommen und liegt bei knapp 20 Prozent.

**Tabelle 14:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Schweden (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Schwedens in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	44%	39%	49%	49%	50%	55%	54%	59%
Eine schlechte Sache	28%	32%	19%	26%	24%	19%	22%	17%
Weder gut noch schlecht	27%	27%	29%	25%	25%	24%	23%	23%
Weiß nicht	1%	1%	2%	1%	1%	2%	1%	1%
<b>Hat Schweden durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	36%	32%	43%	41%	44%	48%	50%	53%
Ist nicht der Fall	50%	56%	41%	43%	43%	36%	38%	33%
Weiß nicht	14%	12%	16%	17%	13%	16%	12%	14%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Im selben Zeitraum ist der Anteil der Schweden, die Vorteile in der EU-Mitgliedschaft sehen, von 36 auf 53 Prozent angestiegen. Im Gegenzug sank der Anteil derjenigen mit gegenteiliger Meinung von über 50 auf 33 Prozent. Ist diese Entwicklung ein Ausdruck schwindender euroskeptischer Ansichten in der schwedischen Bevölkerung?

Nach Taggart und Szczerbiak (2008b) zählt das schwedische Parteiensystem zum Typ des offenen Streits. Unser Blick auf das schwedische Parteiensystem umfasst ausschließlich die sieben Parteien, die seit der Wahl 2006 im schwedischen Reichstag vertreten sind. Die Liberale Volkspartei ist die mit Abstand europafreundlichste Partei Schwedens. Insgesamt zwei Parteien lassen sich dem „harten“ euroskeptischen Spektrum zuordnen: Dazu zählen die Grünen und die Linkspartei. Bei der Europawahl 2009 erhielten die Grünen rund elf Prozent und die Linkspartei knapp sechs Prozent der Stimmen. Beide Parteien waren gegen den EU-Beitritt Schwedens und fordern nach wie vor dessen Austritt. Die übrigen Parteien, mit Ausnahme der Liberalen Volkspartei, sind gegen eine zunehmende Vertiefung der föderalen

Struktur der EU, wobei allerdings nur die Zentrumspartei die Kriterien des „weichen“ Euroskeptizismus erfüllt. In den drei übrigen Parteien (Sozialdemokraten, Konservative und Christdemokraten) existieren jeweils innerparteiliche euroskeptische Flügel (Aylott 2008: 183-184). Die sozialdemokratische Partei hat dabei die wohl markanteste Entwicklung durchlaufen. Bis in die 1980er Jahre war auch sie sehr euroskeptisch, doch zu Beginn der 1990er Jahre setzen sich die Beitrittsbefürworter durch, was letztlich in dem offiziellen Beitrittsge-such Schwedens gipfelte (ebd.: 2008: 188). Seither stellt die EU-Thematik allerdings einen zentralen innerparteilichen Streitpunkt dar (Institut für Europäische Politik 2006b: 90). Die offenkundigsten Gemeinsamkeiten aller schwedischen Parteien sind die Forderungen nach einer effizienteren Struktur des EU-Systems, der Fortsetzung der Erweiterung sowie einer Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (ebd.: 90). Der „harte“ Euroskeptizismus der Grünen und der Linkspartei ist vornehmlich ideologischer Art: Im Mittelpunkt steht der Erhalt der nationalen Identität und Werte. Die Neutralität ist ein zentrales Element des schwedischen Selbstverständnisses. Wie Nicholas Aylott (2008: 192) zeigt, hat der Anteil der euroskeptischen Wähler im Zeitraum von 1996 bis 2002 bei allen schwedischen Parteien abgenommen. Inwieweit dieser Trend mit der leicht positiven Entwicklung der Eurobarometer-Daten zusammenhängt und ob es sich dabei um eine generelle Trendwende in Schweden handelt, kann an dieser Stelle nicht eindeutig geklärt werden.

Es ist vor allem die Ablehnung eines föderalen Staatenbundes, welche die Schweden in ihrer EU-Kritik verbindet. Dabei schwingt stets die Befürchtung mit, dass man als kleiner Partner in einer Föderation einen zu geringen Einfluss ausüben könne (Sunnus 2004: 197-200). Schwedischer Euroskeptizismus auf Parteien- und Bevölkerungsebene ist also in erster Linie durch das positive Bild der eigenen Nation geprägt (ebd.: 202). Schweden ist im Hinblick auf die Zustimmung zu Europa zweigeteilt: Die Menschen in den städtischen Regionen im Süden sind wesentlich europafreundlicher als diejenigen im ländlicheren Norden (ebd.: 196). Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der eigenen Nation ist für die Schweden ein starkes Identifikationsmerkmal, schließlich genossen sie schon vor dem EU-Beitritt großen Wohlstand (Aylott 2008: 197).

Vor diesem Hintergrund erscheint die Skepsis begründet: Der essentielle Bewertungsmaßstab für viele Schweden war der Mehrwert Europas für die eigene Nation. Folglich konzentriert sich die Europadebatte vor allem auf die kulturelle Dimension des europäischen Integrationsprozesses und die Bedrohung der schwedischen oder „nordischen“ Werte (Sunnus 2004: 193). Zu diesen Werten zählt in erster Linie der schwedische Wohlfahrtsstaat, der sich deutlich von den kontinentaleuropäischen unterscheidet. Die Schweden sind von der Vorteilhaftigkeit ihres Systems überzeugt, so dass eine europaweite Angleichung oder Vereinheitlichung der sozialen Standards stets zum Nachteil Schwedens wäre. Stefanie Siffert und Milena Sunnus (2003) bezeichnen dieses Phänomen als „Wohlfahrtsprotektionismus“. Die „nordische Ausprägung der Europaskepsis“<sup>41</sup> gegenüber der voranschreitenden Integration ist darüber hinaus ebenso Ausdruck einer Reaktion auf die Europäisierung des Nationalstaates. Die EU wird als neoliberaler und undemokratischer „Superstaat“ wahrgenommen, gegen

---

<sup>41</sup> Der Beitrag von Sørensen (2008a) bietet eine sehr gute Analyse des dänischen Euroskeptizismus im Hinblick auf seine „nordische Eigenart“.

den die eigenen demokratischen Werte verteidigt werden müssen. Carsten Schymik (2006) umschreibt die europaskeptischen Schweden demnach als europäische „Anti-Föderalisten“.

### 8.2.10 Italien

Die Zustimmung der italienischen Bevölkerung zur Europäischen Union war seit jeher hoch, doch wie die aktuellen Eurobarometer-Daten zeigen, sind die positiven Einstellungen der Italiener in den vergangenen vier Jahren im Schnitt gesunken (vgl. Tabelle 15). Der Anteil derer, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, verringerte sich von 56 auf rund 40 Prozent. Erstaunlich ist jedoch, dass die Zahl derer mit gegenteiliger Ansicht sehr stabil blieb (elf bis 17 Prozent), im Gegenzug ist jedoch der Anteil derjenigen ohne klare Meinung deutlich von 24 auf 37 Prozent angestiegen.

**Tabelle 15:** Bevölkerungseinstellungen gegenüber der EU in Italien (2005-2008)

	2005		2006		2007		2008	
	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70
<b>Ist die Mitgliedschaft Italiens in der EU Ihrer Meinung nach...?</b>								
Eine gute Sache	56%	50%	56%	52%	51%	50%	39%	40%
Eine schlechte Sache	16%	17%	11%	14%	14%	16%	17%	15%
Weder gut noch schlecht	24%	28%	27%	29%	29%	28%	35%	37%
Weiß nicht	4%	5%	6%	5%	6%	6%	9%	8%
<b>Hat Italien durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder nicht?</b>								
Vorteile	52%	49%	54%	47%	48%	47%	37%	41%
Ist nicht der Fall	34%	38%	30%	38%	32%	33%	36%	38%
Weiß nicht	14%	13%	17%	15%	20%	20%	27%	21%

**Quelle:** Eigene Darstellung auf Grundlage der Standard-Eurobarometer 63 bis 70.

Bemerkenswert ist ebenfalls die Abnahme des Anteils derer, die in der Mitgliedschaft Vorteile für Italien sehen: Inzwischen beläuft sich der Wert nur noch auf 40 Prozent. Auch in diesem Fall stieg der Anteil derjenigen ohne klare Meinung an. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass die Italiener in den vergangenen vier Jahren immer weniger vom Mehrwert der EU-Mitgliedschaft ihres Landes überzeugt und insgesamt skeptischer geworden sind.

Bevor sich der Blick auf das italienische Parteiensystem richtet, sollte darauf verwiesen werden, dass sich dessen rechtes Spektrum im Frühjahr 2009 entscheidend gewandelt hat: *Forza Italia*, *Alleanza Nazionale* und weitere kleinere Parteien haben sich im März zum neuen Mitte-Rechts-Bündnis *Popolo della Libertà* (PDL) zusammengeschlossen. Die PDL wurde bei der Europawahl 2009 mit rund 35 Prozent stärkste Kraft. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Betrachtung steht allerdings die Parteienlandschaft Italiens bis zu jener Umstrukturierung. Nach Taggart und Szczerbiak (2008b) zählt das italienische Parteiensystem zum Typ des begrenzten Streits. Euroskeptizismus ist, sofern er überhaupt im italienischen Parteiensystem auftritt, ein Phänomen des rechten Spektrums. Seine Ausprägung ist jedenfalls erheblich schwächer, als man vermuten mag (Quaglia 2008: 59). Die relevanten italienischen Parteien

waren stets darum bemüht, die positive Meinung der italienischen Bevölkerung widerzuspiegeln (ebd.: 60). Die Integrationsfreundlichkeit ist bei den Vertretern des rechten Spektrums hingegen grundsätzlich geringer ausgeprägt. Darüber hinaus zeichnen sich diese Parteien durch häufige Positionswechsel aus (Conti 2003: 26). Die einzige Partei, die man mit Abstrichen dem „harten“ Euroskeptizismus zuordnen kann, ist die *Lega Nord* nach 1998. Sie erhielt bei der Europawahl 2009 rund zehn Prozent der Stimmen und wurde drittstärkste Kraft. Zuvor vertrat sie bereits „weiche“ europaskeptische Ansichten, die sich im Zeitverlauf aber immer weiter verstärkten bzw. „verhärteten“. Dieser Wandel war vornehmlich strategisch begründet und zielte auf die Stärkung der eigenen Parteiidentität. Im Gegensatz dazu vollzog die *Alleanza Nazionale* im selben Zeitraum einen gegenläufigen Wandlungsprozess (Quaglia 2008: 69). Es ist schwierig, die Haltung der *Forza Italia* zum europäischen Einigungsprozess einzuschätzen, da es viele unterschiedliche Meinungen innerhalb der Partei gab. Einige prominente Mitglieder äußerten sehr wohl gewisse euroskeptische Haltungen, bezeichneten diese selbst jedoch als „eurorealistisch“. Maßgeblich war und ist jedoch stets die Vorgabe des Parteivorsitzenden, Silvio Berlusconi, der sich hinsichtlich der EU-Thematik allerdings nie eindeutig festlegen wollte (ebd.: 70). Insgesamt ist der Einfluss parteipolitischer Faktoren auf euroskeptische Tendenzen in Italien sehr begrenzt und überaus schwach.

Auf Bevölkerungsebene genießen EU-Themen seit jeher eine erstaunlich geringe Salienz (Quaglia 2003: 21). Zudem sinkt das Vertrauen der Italiener in die EU-Institutionen stetig (Institut für Europäische Politik 2008b: 142). Die Debatte um Europa ist, sofern sie überhaupt geführt wird, in erster Linie eine innenpolitische (de Pretis & Baasner 2008: 118). Die Italiener sind grundsätzlich sehr schlecht über die Vorgänge in der Europäischen Union informiert. Dazu trägt maßgeblich die Berichterstattung der Medien bei: Die italienische Tagespresse muss sich den Vorwurf gefallen lassen, der internationalen Politik nur sehr wenig Raum beizumessen. Was außerhalb der nationalen Grenzen geschieht, wird nur dann einer Meldung für würdig erachtet, wenn es mit innenpolitischen Ereignissen verknüpft werden kann (ebd.: 123). Diese Erkenntnis wird durch die Untersuchungen von Donatella della Porta und Manuela Caiani (2006) und della Porta et al. (2003) bestätigt. Insofern sind mediale Erklärungsmuster im italienischen Fall nur begrenzt anwendbar. Dennoch sanken die Zustimmungswerte in Italien in jüngster Vergangenheit deutlich. Eine mögliche Erklärung können ökonomische Erklärungsmuster bieten. Als Beispiel sei auf den Verlust relativer Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum aufgrund ungünstiger Entwicklungen der Lohnstückkosten hingewiesen. Italien hat zudem latente Befürchtungen, in die zweite Liga der Mitgliedstaaten zurückzufallen, weshalb es sein starkes europäisches Engagement verstärkt fortsetzen will (de Pretis & Baasner 2008: 120).

### 8.3 Zwischenfazit

Der vorangegangene Vergleich hat vor allem einen Befund verdeutlicht: Euroskeptizismus ist ein weitverbreitetes Phänomen, dessen Ursachen äußerst vielfältig sind. Jedes der betrachteten Länder weist unterschiedlich stark ausgeprägte Züge euroskeptischer Einstellungen auf

Bevölkerungsebene sowie im Parteiensystem auf. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass keine universell gültige Erklärung für das Phänomen existiert. Das Mischungsverhältnis von eher ökonomischen, soziokulturellen, (partei-)politischen und medialen Faktoren ist jeweils länderspezifisch. Insgesamt haben sich jedoch die ökonomischen, sozio-kulturellen und politischen Faktoren als erklärungskräftiger erwiesen als die oft als zentral unterstellten Medieninflüsse.

#### Ökonomische Erklärungsfaktoren

Ökonomische Erklärungsmuster spielen hauptsächlich in **Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden** und **Dänemark** und zunehmend auch in **Frankreich** eine starke Rolle. Es muss allerdings zwischen unterschiedlichen Dimensionen von ökonomischen Faktoren unterschieden werden. Die Kritik richtet sich oftmals gegen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, sprich gegen den Euro. In Großbritannien und Dänemark ist diese Logik sogar so stark ausgeprägt, dass beide Staaten, obwohl sie die Konvergenzkriterien erfüllen, den Euro nicht als Währung einführen. Eine zweite Dimension umfasst die sogenannte Nettozahler-Debatte; sie ist besonders ausgeprägt in Deutschland und den Niederlanden. Insgesamt richtet sich die Kritik gegen das Ungleichgewicht von finanziellen Kosten der Mitgliedschaft und dem sich daraus ergebenden Nutzen. Schließlich wuchs im vergangenen Jahrzehnt die Kritik der Linken an einer angeblich „neoliberalen“ und marktradikalen Union, etwa in Frankreich (und auch im hier nicht behandelten Luxemburg). Dabei werden verbreitete Ängste vor Arbeitsplatzverlagerung in Niedriglohnländer und dem Abbau wohlfahrtstaatlicher Leistungen instrumentalisiert.

#### Sozio-kulturelle Erklärungsfaktoren

Sozio-kulturelle Erklärungsmuster sind neben den ökonomischen die am häufigsten auftretenden Faktoren, die europakritische Einstellungen hervorrufen oder konditionieren. Besonders ausgeprägt sind sie in **Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark** und **Schweden**. Das verbindende Element ist die Absage an zusätzliche nationalstaatliche Kompetenztransfers nach Brüssel und der Erhalt der eigenen nationalen Identität und Souveränität. In Frankreich war diese Dimension im Rahmen des Maastricht-Referendums zentral. Sie ist überall dort virulent, wo Mitgliedstaaten ihre eigene Geschichte als „exzeptionell“ wahrnehmen und nationale Traditionen und Einrichtungen nicht auf dem Altar europäischer Integration opfern wollen. Derartig begründete Integrationswiderstände finden sich in Großbritannien, teilweise in Frankreich und auch in Schweden.

#### Politische Erklärungsfaktoren

Vor allem in **Polen**, der **Tschechischen Republik** und **Österreich** haben (partei-) politische Erklärungsmuster einen besonders starken Einschlag. Die Gemeinsamkeit besagter Länder besteht darin, dass euroskeptische Parteien einen erheblichen Einfluss auf das politische System ausüben. Bemerkenswert ist insbesondere die Tatsache, dass es in diesen Fällen keine kleineren Protestparteien an den Rändern des Parteiensystems sind, sondern Parteien, die Regierungsverantwortung tragen oder getragen haben.

### Mediale Erklärungsfaktoren

Die medialen Faktoren erweisen sich insgesamt als weniger relevant als die übrigen drei Erklärungsmuster. Von den untersuchten Ländern gilt vor allem für **Großbritannien**, dass Medienakteure eine eigenständige und aktive Rolle bei der Ausbreitung von Euroskepsis spielen. Daneben ist in jüngerer Zeit der mediale Einfluss der Neuen Kronenzeitung in **Österreich** als Faktor der Ausbreitung von Euroskeptizismus stark ins Gewicht gefallen. Medien tragen in nahezu allen betrachteten Mitgliedstaaten in gewissem Maße zur Ausbreitung von europakritischen Einstellungen bei, allerdings in den meisten Fällen eher als passiver Akteur, der innenpolitischen Streit über Europathemen in seiner Berichterstattung reflektiert und aufgreift. In den wenigen Fällen, in denen Medien aktiven Einfluss nehmen, handelt es sich vorrangig um Boulevardzeitungen (z.B.: Sun, BILD, Neue Kronenzeitung), deren Gewicht im Printsektor zweifellos besonders hoch ist. Die Medienlandschaft eines Mitgliedstaates ist im Hinblick auf euroskeptische Tendenzen zumeist ein Spiegel des Politisierungsgrades von Europathemen im jeweiligen politischen System.

Wie sich zeigt, existieren die verschiedenen Erklärungsfaktoren in unterschiedlich starker Ausprägung in nahezu allen betrachteten Ländern. In keinem Länderbeispiel ist ein Erklärungsfaktor einzig und allein für die Verbreitung europakritischer Ansichten verantwortlich. Es handelt sich vielmehr um ein Zusammenspiel, das oftmals dazu führt, dass sich die verschiedenen Ursachen und begünstigenden Faktoren gegenseitig verstärken. Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene ist in den meisten Fällen „weicher“ Art. Die vergleichende Betrachtung hat ebenfalls gezeigt, dass es in allen Ländern einen mehr oder minder großen Bevölkerungsanteil gibt, der keine differenzierte Meinung zur EU hat. Diese „Euroignoranten“ oder „Euroindifferenten“ sollten bei der weiteren Erforschung des Phänomens stärker berücksichtigt werden.

## **9. Fazit**

Das Verhältnis zwischen Bürgern und europäischen Eliten ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten schwieriger geworden. Die Bedeutung von indifferenten und skeptischen Haltungen der Bürger zur Europäischen Union kam jüngst in gesunkenen Wahlbeteiligungen zum Europäischen Parlament und in Wahlerfolgen von Europaskeptikern und -gegnern zum Ausdruck. Die Zusammensetzung des 7. Europäischen Parlaments wird deutlich heterogener als früher. Europakritische Parteien konnten in sehr vielen Mitgliedstaaten Stimmenzuwächse verzeichnen. Dementsprechend wird der Anteil europaskeptischer Abgeordneter deutlich ansteigen. Diese Entwicklung sollte von den Regierungen und politischen Eliten Europas als Warnsignal verstanden werden. Gerade in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise wie der aktuellen lässt sich der Mehrwert des europäischen Unionshandelns klarer und unmissverständlicher als bisher kommunizieren.

Eine wichtige Quelle für EU-Verdrossenheit liegt gewiss in der ambivalenten Haltung und Kommunikation der nationalstaatlichen Regierungen: Populäre Entscheidungen auf EU-Ebene

werden gerne als eigener Erfolg reklamiert, unpopuläre Entscheidungen – denen die Regierungen in Brüssel im Rat oft zugestimmt haben – hingegen als Machwerk der „Brüsseler Bürokraten“ dargestellt. Letztendlich ist das Gros der EU-Entscheidungen das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von supranationalen und nationalen Akteuren. Den eigenen Anteil hieran zu verdeutlichen ist eine Frage des Mutes und der politischen Redlichkeit.

Die europäischen und nationalen Eliten unterschätzten in der Vergangenheit das Spannungsverhältnis zwischen Integrationsvertiefung und Erweiterung der Union einerseits und der Sicherstellung einer diese tragenden Zustimmung der Bevölkerung auf der anderen Seite. Dies wurde insbesondere in den gescheiterten Referenden zum europäischen Verfassungsvertrag und dem Vertrag von Lissabon deutlich. Sie sind keinesfalls Ausdruck der Ablehnung des europäischen Einigungsprozesses an sich, sondern einer weitverbreiteten Skepsis hinsichtlich seiner derzeitigen und für die Zukunft absehbaren Form und Entwicklungsrichtung.

### **9.1 Forschungsdesiderate**

Wie die aktuellen Europawahlen zeigen, ist Euroskeptizismus ein ernst zu nehmendes und tendenziell an Bedeutung gewinnendes Phänomen. Den deutlichsten Ausdruck erfährt diese Entwicklung in den Stimmenzuwächsen europakritischer Parteien in zahlreichen Mitgliedstaaten. Vor allem populistische und extreme Protestparteien an den rechten Rändern der europäischen Parteiensysteme instrumentalisierten die Europawahl, um mit ihren nationalistischen und teils rechtsradikalen Ansichten Wähler zu gewinnen. Deutschland bildet diesbezüglich allerdings eine erfreuliche Ausnahme: Das Parteiensystem ist weitestgehend gemäßigt, und die Stimmenanteile euroskeptischer Parteien sind – wie die aktuelle Europawahl bestätigt – irrelevant.

Dennoch dürfen diese Erkenntnisse nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU auch in Deutschland in der Bevölkerung auf erhebliche Skepsis stößt und die Mainstream-Parteien sich darüber hinaus einiger Topoi aus dem Argumentenarsenal der Europaskeptiker bedienen. Wenn gemäßigte Regierungsparteien zunehmend skeptische Einstellungen der Bürger wahrnehmen und sich einem verschärften Konkurrenzdruck vonseiten reiner Oppositionsparteien gegenübersehen, könnte dies längerfristig zu einer schleichenden Erosion ihres integrationsoffenen Profils und ihrer europäischen Überzeugungen führen. Die vergleichende Untersuchung von Europapositionen, -programmen und -diskursen von Parteien, die das Integrationsprojekt historisch getragen haben – Christdemokraten, Sozialisten/Sozialdemokraten und Liberale – über längere Zeiträume wäre ein lohnender Forschungsgegenstand. Dies gilt insbesondere für ein Land wie Deutschland, wo Euroskeptizismus im Parteiensystem historisch und bis heute kaum vertreten war, wo aber gleichwohl ein erhebliches Potenzial euroskeptischer Einstellungen in der Bevölkerung existiert.

Ein weiteres fruchtbares Forschungsfeld böte die genauere Untersuchung von Einstellungen, Meinungen und Erwartungen junger Menschen zur europäischen Politik und zur EU. In den jüngsten Altersgruppen (18 bis 30 Jahre) ist zwar immer wieder eine deutlich über-

durchschnittliche allgemeine Unterstützung für die EU festgestellt und mit Umfragen gemessen worden; diese Altersgruppe war jedoch gleichzeitig die skeptischste, als es um die Ratifikation des Verfassungsvertrags bzw. des Vertrags von Lissabon ging. Hier waren sowohl die Stimmenthaltung als auch die Ablehnung der Vertragsreformen besonders hoch. Diese Kombination aus pro-europäischen Grundüberzeugungen und Unsicherheit sowie Skepsis in Bezug auf aktuelle Entwicklungstendenzen der Union könnte mittelfristig politisch folgenreich sein und zu einer stärker ausgeprägten Skepsis gegenüber der Politik und den Institutionen der Europäischen Union führen. Eine ländervergleichende Untersuchung der Gründe für diese auf den ersten Blick paradoxe Verknüpfung von hoher allgemeiner Europaunterstützung mit skeptischen und ablehnenden Haltungen zu wichtigen aktuellen Integrationsschritten könnte einen wertvollen Beitrag zum besseren Verständnis von Entstehung und Ausbreitung euroskeptischer Stimmungen und Meinungen liefern.

Eine solche Kombination von grundsätzlicher Zustimmung zur Idee europäischer Integration und skeptischen Haltungen zur aktuellen EU-Politik oder einzelnen Politikfeldern ist keineswegs nur unter jüngeren Menschen zu finden. Sie kann als generelles Merkmal „weicherer“ Formen des Euroskeptizismus betrachtet werden. Die Forschung über die spezifischen Kritikpunkte und Erwartungen dieser für die dauerhafte Legitimation europäischer Politik strategisch besonders wichtigen Gruppe von Bürgern ist derzeit noch sehr lückenhaft bis inexistent. Diese Gruppe von Bürgern in ländervergleichender Perspektive genauer in den Blick zu nehmen, um ihr soziales wie politisches Profil, ihre Kritik und ihre Erwartungen an die EU-Ebene im Vergleich zu „Europaenthusiasten“ und harten Europaskeptikern herauszuarbeiten, wäre eine lohnende Unterfangen.

Viele Bürger unterscheiden nicht genau zwischen Europäisierungs- und Globalisierungseinflüssen, da beide mit dem Bedeutungsverlust von Grenzen, mit Prozessen von transnationaler Marktintegration wie auch Migration verbunden sind. In Anbetracht der ersten tiefen „Globalisierungskrise“ ist es für die Legitimationsressourcen der EU und für das Verhältnis der Bürger zur Union von zentraler Bedeutung, ob diese als Teil von krisenträchtigen Globalisierungsprozessen oder aber als adäquate politische Handlungsebene zur Gestaltung von Globalisierung und Bekämpfung ihrer krisenhaften Folgen wahrgenommen wird.

Die zentrale Herausforderung, der sich die Europäische Union in den nächsten Jahren gegenüber sieht, ist ohne Frage die Bewältigung der Folgen der schwersten Wirtschaftskrise, mit der sie seit Beginn des Integrationsprozesses vor 60 Jahren konfrontiert ist. Dies ist nicht nur eine Frage kluger, gestaltender Politik auf EU-Ebene und der Vermeidung schädlicher nationaler „Lösungen“ und Alleingänge auf Kosten der EU-Partner. Damit ist potenziell auch eine nie dagewesene Belastungsprobe für das Verhältnis zwischen europäischen Eliten und Bürgern verbunden. In der Vergangenheit haben wirtschaftliche Krisenzeiten (z.B. die beiden Ölpreisschocks 1973/74 und 1980/81 sowie der Konjunkturabschwung nach dem Einheitsboom in den frühen 1990ern) noch stets zu einem deutlichen Rückgang der EU-Unterstützung in der öffentlichen Meinung geführt.

Momentan scheinen die schützende Funktion des Euro im Rahmen der Finanzmarktkrise, die gemeinsamen Beschlüsse der EU-Staaten im Bereich der Bankenrettung und die Vorschläge zur Regulierung von Finanzmärkten eher auf Zustimmung der Bürger zu stoßen. Die

positive Bewertung der EU im aktuellen Kontext könnte allerdings rasch in ihr Gegenteil umschlagen, sobald die Arbeitslosigkeit auf nationaler Ebene neue Höchststände erreicht und die EU in einer nachfolgenden Phase wirtschaftlicher Belebung die Mitgliedstaaten zu notwendigen, aber sehr schmerzlichen Haushaltskonsolidierungsanstrengungen anhält. Aufgrund der Neuartigkeit und Tiefe der aktuellen Krise ist das akkumulierte Wissen über Gründe und Dynamik des Euroskeptizismus eventuell nur von begrenztem Prognose- und Erklärungswert für die vor uns liegende schwierige Wegstrecke europäischer Politik. Ein mittelfristig angelegtes Forschungsprojekt, das die Dynamik von Bevölkerungseinstellungen und Parteireaktionen unter Krisenbedingungen in ausgewählten Mitgliedsländern der Europäischen Union untersucht, erscheint daher von größtem analytischen wie politischen Interesse.

## Literaturverzeichnis

*Die nachfolgende Darstellung umfasst neben der im Text zitierten auch weiterführende Literatur, die bei der Bearbeitung verwendet wurde.*

- Aarts, Kees / van der Kolk, Henk 2006: Understanding the Dutch "No": The Euro, the East, and the Elite. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06AartsvanderKolk.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Aboura, Sofiane 2005: French media bias and the vote on the European constitution, in: *European Journal of Political Economy*, Jg. 21, S. 1093–1098.
- Adam, Silke 2009: Euroscepticism and the mass media. An Analysis of the form of contention in the German and French debates on a European constitution, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 193–221.
- Adam, Silke / Berkel, Barbara 2003: Media structures as brake block of the Europeanization of public spheres. Development of a cross-national typology (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/Adam-Berkel2003.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Adam, Silke / Berkel, Barbara 2006: Media Structures as an Obstacle to the Europeanization of Public Spheres. Development of a Cross-National Typology, in: Maier, Michaela / Tenscher, Jens (Hg.): *Campaigning in Europe - Campaigning for Europe. Political Parties, Campaigns, Mass Media and the European Parliament Elections 2004*, Berlin: Lit Verlag (Medien - Forschung und Wissenschaft, 12), S. 45–63.
- Advisory Council on International Affairs 2005 (Hg.): *The European Union and its Relations with the Dutch Citizens (Advisory Letter, 10)*. Online verfügbar unter [http://www.aiv-advies.nl/ContentSuite/upload/aiv/doc/AdvLetter-10\(2\).pdf](http://www.aiv-advies.nl/ContentSuite/upload/aiv/doc/AdvLetter-10(2).pdf), zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Anderson, Christopher J. / Reichert, M. Shawn 1996: Economic Benefits and Support for Membership in the E.U.: A Cross-National Analysis, in: *Journal of Public Policy*, 15/3, S. 231–249.
- Anderson, Peter J. 2004: A Flag of Convenience. Discourse and Motivations on the London-Based Eurosceptic Press, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): *Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 151–170.
- Anderson, Peter J. / McLeod, Aileen 2004: The Great Non-Communicator. The Mass Communication Deficit of the European Parliament and its Press Directorate, in: *Journal Of Common Market Studies*, 42/5, S. 897–917.
- Aspinwall, Mark 2002: Preferring Europe. Ideology and National Preferences on European Integration, in: *European Union Politics*, 3/1, S. 81–111.
- Aust, Andreas 2003: Von "Skeptikern" zu "Musterschülern"? Die Europäisierung der Sozialdemokratie, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32/3, S. 255–269.
- Aylott, Nicholas 2002: Let's Discuss This Later. Party Responses to Euro-Division in Scandinavia, in: *Party Politics*, 8/4, S. 441–461.
- Aylott, Nicholas 2008: Softer but Strong: Euroscepticism and Party Politics in Sweden, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 181–200.
- Baasner, Frank 2008 (Hg.): *Von welchem Europa reden wir. Reichweiten nationaler Europadiskurse*, Baden-Baden: Nomos.
- Baisnée, Olivier 2007: The European Public Sphere Does Not Exist (At Least It's Worth Wondering...), in: *European Journal of Communication*, 22/4, S. 493–503.
- Baker, David / Gamble, Andrew / Randall Nick; Seawright, David 2008: Euroscepticism in the British Party System: "A Source of Fascination, Perplexity, and Sometimes Frustration", in: Szczerbiak,

- Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 93–116.
- Banchoff, Thomas; Smith, Mitchell P. (Hg.) (1999): *Legitimacy and the European Union. The contested polity*. London: Routledge.
- Batory, Agnes 2001: *Hungarian Party Identities & The Question Of European Integration*. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex (SEI Working Paper, 49). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp49.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Batory, Agnes 2008: *Euroscepticism in the Hungarian Party System: Voices from the Wilderness*, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 263–276.
- Beaud, Olivier / Lechavalier, Arnaud / Pernice, Ingolf, et al. 2004 (Hg.): *L' Europe en voie de Constitution. Pour un bilan critique des travaux de la convention*, Bruxelles: Bruylant.
- Belot, Céline 2008: *Amours et désamours entre Européens. Vers une communauté politique de citoyens*, Paris: L'Harmattan (*Politique européenne*, 26).
- Benedetto, Giacomo 2008: *Explaining the Failure of Euroscepticism in the European Parliament*, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 2), S. 127–150.
- Benoit, Bertrand 1997: *Social Nationalism: an Anatomy of French Euroscepticism*, Aldershot: Ashgate.
- Berezin, Mabel 2006: *Appropriating the "No": The French National Front, The Vote on the Constitution, and the "New" April 21*. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06Berezin.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Bijsmans, Patrick / Altides, Christina 2007: *"Bridging the Gap" between EU Politics and Citizens. The European Commission, National Media and EU Affairs in the Public Sphere*, in: *European Integration*, 29/3, S. 323–340.
- Blaseck, Julia 2007: *Vom Euroskeptizismus zum Integrationswiderstand. Eine empirische Analyse der französischen Bevölkerungseinstellungen zum Prozess der europäischen Integration*, Berlin: Lit Verlag (*Region - Nation - Europa*, 45).
- Börzel, Tanja A. / Risse, Thomas 2009: *Revisiting the Nature of the Beast - Politicization, European Identity, and Postfunctionalism: A Comment on Hooghe and Marks*, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 39, S. 217–220.
- Brettschneider, Frank / van Deth, Jan / Roller, Edeltraut 2003 (Hg.): *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen: Leske + Budrich (*Veröffentlichungen des Arbeitskreises "Wahlen und Politische Einstellungen" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)*, 9).
- Brinegar, Adam P. / Jolly, Seth K. 2005: *Location, Location, Location. National Contextual Factors and Public Support for European Integration*, in: *European Union Politics*, 6/2, S. 155–180.
- Brouard, Sylvain / Tiberj, Vincent 2006: *The French Referendum: The Not So Simple Act of Saying No*. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06BrouardTiberj.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Brüggemann, Michael / Kleinen-V. Königslöw, Katharina 2009: *"Let's talk about Europe". Why Europeanization Shows a Different Face in Different Newspapers*, in: *European Journal of Communication*, 24/1, S. 27–48.
- Brusis, Martin 2003: *Zwischen europäischer und nationaler Identität. Zum Diskurs über die Osterweiterung der EU*, in: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, S. 255–272.

- Buch, Roger / Hansen, Kasper M. 2002: The Danes and Europe: From EC 1972 to Euro 2000 - Elections, Referendums and Attitudes, in: *Scandinavian Political Studies*, 25/1, S. 1–26.
- Bulmer, Simon 2008: *New Labour and the European Union 1997-2007. A Constructive Partner*. Herausgegeben von Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4820](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4820), zuletzt geprüft am 09.06.2009.
- Busch, Klaus / Knelangen, Wilhelm 2004: German Euroscepticism, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): *Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 83–98.
- Carey, Sean 2002: Undivided Loyalties. Is National Identity an Obstacle to European Integration, in: *European Union Politics*, 3/4, S. 387–413.
- Carey, Sean / Burton, Jonathan 2004: Research Note: The Influence of the Press in Shaping Public Opinion towards the European Union in Britain, in: *Political Studies*, Jg. 52, S. 623–640.
- Centre for European Studies 2007 (Hg.): *The Interpretative Moment of European Journalism. The Impact of Newspaper Opinion Making in the Ratification Process*. University of Oslo (RECON Online Working Paper, 2007/11). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0711.pdf?fileitem=5882286](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0711.pdf?fileitem=5882286), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Chierici, Catia 2005: *Public Support for the European Union. From theoretical concept to empirical measurement*. Herausgegeben von Centre for European Studies (CES Working Paper, 2). Online verfügbar unter [http://www.mb.utwente.nl/ces/research/WorkingPapers/ces\\_working\\_paper\\_8\\_05.pdf](http://www.mb.utwente.nl/ces/research/WorkingPapers/ces_working_paper_8_05.pdf), zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Christin, Thomas 2005: Economic and Political Basis of Attitudes towards the EU in Central and East European Countries in the 1990s, in: *European Union Politics*, 6/1, S. 29–57.
- Church, Clive H. 2004: Swiss Euroscepticism: Local Variations on Wider Themes, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): *Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 269–290.
- Conti, Nicolò 2003: *Party Attitudes to European Integration: A Longitudinal Analysis of the Italian Case*. Herausgegeben von Sussex European Institute, University of Sussex (SEI Working Paper, 70). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp70.pdf>, zuletzt geprüft am 24.03.2009.
- Costa, Olivier / Brack, Nathalie 2009: The Role(s) of the Euroscpetic MEPs, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 253–271.
- Cowles, Maria Green / Dinan, Desmond 2004 (Hg.): *Developments in the European Union 2*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Crum, Ben 2005: *Confusing Cues: Competition and Collusion of Party Strategies in Referendums on the EU Constitution*. Paper for the Conference on "Euroscepticism - Causes and Consequences", July 1-2, Amsterdam 2005. Online verfügbar unter <http://www.unc.edu/depts/europe/conferences/euroskepticism/papers/crum.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Crum, Ben 2007: Party Stances in the Referendums on the EU Constitution. Causes and Consequences of Competition and Collusion, in: *European Union Politics*, 8/1, S. 61–82.
- Dardanelli, Paolo 2003: Ideology and Rationality: The Europeanisation of the Scottish National Party, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32/3, S. 271–284.
- Della Porta, Dontella 2003: *The Europeanisation of Protest: A Typology and Some Empirical Evidence*. European University Institute (EUI Working Paper SPS, 2003/18). Online verfügbar unter <http://cadmus.eui.eu/dspace/bitstream/1814/1878/1/sps2003-18.pdf>, zuletzt geprüft am 22.5.2009.
- Della Porta, Dontella / Caiani, Manuela 2006: The Europeanization of Public Discourse in Italy. A Top-Down Process, in: *European Union Politics*, 7/1, S. 77–112.

- Della Porta, Dontella / Caiani, Manuela / Mosca, Lorenzo / Valenza, Sara 2003: Forms of Europeanization of the Public Sphere in Italy in a Cross-time, Cross-issue and Cross-media perspective (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter [http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/ddp\\_mc\\_lm\\_sv.doc](http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/ddp_mc_lm_sv.doc), zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Deschouwer, Kris / van Assche, Martine 2008: Hard but Hardly Relevant: Party-Based Euroscepticism in Belgium, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 75–92.
- Díez Medrano, Juan 2003: *Framing Europe. Attitudes to European Integraton in Germany, Spain, and the United Kingdom*, Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Dubé, Sébastien; Magni-Berton, Raul (2009): How Does Income Influence National and European Identity. In: Fuchs, Dieter; Magni-Berton, Raul; Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 73–90.
- Duchesne, Sophie / Frogner, André-Paul 1998: Is There a European Identity, in: Niedermayer, Oskar / Sinnot, Richard (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford: Oxford University Press (*Beliefs in Government*, 2), S. 193–226.
- Duchesne, Sophie /Frogner, André-Paul 2002: Sur les dynamiques sociologiques et politiques de l'identification à l'Europe, in: *Revue française de science politique*, 52/4, S. 355–373.
- Duhamel, Olivier / Grunberg, Gérard 1992: Référendum: les dix France, in: *SOFRES* (Hg.): *L'état de l'opinion 1992*, Paris: Seuil, S. 79–86.
- Dumont, Patrick / Fehlen, Fernand / Kies, Raphaël / Poirier, Philippe 2007: *Le référendum sur le Traité établissant une Constitution pour l'Europe. Rapport élaboré pour la Chambre des Députés 2007*. Herausgegeben von Université Luxembourg, Luxemburg. (STADE - Études sociologiques et politiques sur le Luxembourg).
- Dyson, Kenneth H. F. / Goetz, Klaus 2003 (Hg.): *Germany, Europe and the politics of constraint*, Oxford: Oxford University Press (*Proceedings of the British Academy*, 119).
- Easton, David 1965: *A Systems Analysis of Political Life*, New York.
- Easton, David 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, 5/4, S. 435–457.
- Eichenberg, Richard C. / Dalton, Russel J. 1993: Europeans and the European Community: the dynamics of public support for European integration, in: *International Organization*, 47/4, S. 507–534.
- Europäische Kommission 2006: *Weissbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik*. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0035:FIN:DE:PDF>, zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Evans, Geoffrey 1998: Euroscepticism and Conservative Electoral Support: How an Asset Became a Liability, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 28, S. 573–590.
- Evans, Geoffrey / Butt Sarah 2007: Explaining Change in British Public Opinion on the European Union: Top Down or Bottom Up?, in: *Acta Politica*, Jg. 42, S. 173–190.
- Everts, Philip / Sinnot, Richard 1998: Conclusion: European Publics and the Legitimacy of Internationalized Governance, in: Niedermayer, Oskar / Sinnot, Richard (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford: Oxford University Press (*Beliefs in Government*, 2), S. 431–457.
- Faas, Daniel 2007: *Between Eurocentrism and Euroscepticism: A comparison of German and English national political and student responses to the European education agenda*. Online verfügbar unter <http://aei.pitt.edu/7816/01/faas-d-06j.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Fallend, Franz 2008: Euroscepticism in Austrian Political Parties: Ideologically Rooted or Strategically Motivated, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euro-*

- scepticism. *Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 201–220.
- Fallend, Franz / Grabner, Petra / Lenschow, Andrea 2003: Europäisierung aus Akteursperspektive: Die Zählung der Widerspenstigen, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32/3, S. 235–238.
- Fischer, Alex 2003: Die Schweizer Gewerkschaften und die Europäisierung helvetischer Politik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32/3, S. 303–320.
- Flash Eurobarometer 171 2005. The European Constitution: Post-referendum survey in France 2005. Europäische Kommission. Online verfügbar unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl171\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl171_en.pdf), zuletzt geprüft am 28.04.2009.
- Flash Eurobarometer 172 2005. The European Constitution: Post-referendum survey in The Netherlands 2005. Europäische Kommission. Online verfügbar unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl172\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl172_en.pdf), zuletzt geprüft am 28.04.2009.
- Flash Eurobarometer 245 2008. Post-referendum survey in Ireland 2008. Europäische Kommission. Online verfügbar unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_245\\_full\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_245_full_en.pdf), zuletzt geprüft am 28.04.2009.
- Flood, Christopher 2002: Euroscepticism: A Problematic Concept. Paper for the UACES 32nd Annual Conference and 7th Research Conference, Queen's University Belfast, 2-4 September 2002.
- Flood, Christopher / Soborski, Rafael / Usherwood, Simon 2007: Comparing Conservative Party Alignments on the EU: British, French and Polish Cases. Paper presented at UACES 37th Annual Conference and 12th Research Conference, University of Portsmouth, 3-5 September 2007.
- Forster, Anthony 2002: Euroscepticism in Contemporary British Politics. Opposition to Europe in the British Conservative and Labour Parties since 1945, London, New York: Routledge.
- Franklin, Mark / Marsh, Michael / McLaren, Lauren 1994: Uncorking the Bottle: Popular Opposition to European Unification in the Wake of Maastricht, in: *Journal Of Common Market Studies*, 32/4, S. 455–472.
- Friis, Lykke 1999: EU and Legitimacy - The Challenge of Compatibility. A Danish Case Study, in: *Cooperation and Conflict*, 34/3, S. 243–271.
- Fuchs, Dieter / Roger, Antoine / Magni-Berton, Raul 2009: European Cleavage, Euroscepticism and Support of the EU: A Conceptual Discussion, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 9–32.
- Fuchs, Dieter / Guinaudeau, Isabelle / Schubert, Sophia 2009: National Identity, European Identity and Euroscepticism, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 91–112.
- Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine 2009 (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich.
- Fuchs, Dieter / Schlenker, Andrea 2006: European Identity and the Legitimacy of the EU. EU-Consent. Workpackage V: Democracy, Legitimacy and Identities and the Construction of Europe. Background Paper. (EU-Consent).
- Gabel, Matthew 1998a: Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories, in: *The Journal Of Politics*, 60/2, S. 333–354.
- Gabel, Matthew J. 1998b: *Interests and integration. Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Gabel, Matthew J. 2003: Public support for the European Parliament, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 41, S. 289–308.
- Gabel, Matthew / Palmer, Harvey D. 1995: Understanding variation in public support for European integration, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 27, S. 3–19.

- Gabel, Matthew / Scheve, Kenneth 2007: Mixed Messages. Party Dissent and Mass Opinion on European Integration, in: *European Union Politics*, 8/1, S. 37–59.
- Gaffney, John 1996 (Hg.): *Political parties and the European Union*, 1. publ. London: Routledge.
- Gastinger, Markus / Leib, Julia / Maurer, Andreas / McGinley, Marie 2008: Das irische Nein zum Lissabonner Vertrag. Kampagnen, Abstimmungsmotive und Perspektiven des Reformvertrages. *Stiftung Wissenschaft und Politik*. Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5307](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5307), zuletzt geprüft am 27.04.2009.
- Gilland, Karin 2004: Irish Euroscepticism, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): *Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*, Amsterdam: Rodopi (*European studies*, 20), S. 171–191.
- Gilland, Karin 2008: Shades of Green: Euroscepticism in Irish Political Parties, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*. Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 117–133.
- Gille-Belova, Olga 2009: Perceptions of the European Union and Euroscepticism in Russia, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 175–191.
- Glencross, Andrew / Trechsel, Alexander H. 2007: First or Second Order Referendums. Understanding the Votes on the Constitutional Treaty In Four EU Member States. Paper Presented at the International Conference on Direct Democracy in Latin America Buenos Aires, 14-15 March, 2007.
- Glyn, Morgan 2005: *The Idea of a European Superstate. Public Justification and European Integration*, Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Gómez-Reino, Marga / Llamazares, Iván / Ramiro, Luis 2008: Euroscepticism and Political Parties in Spain, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 134–151.
- Grant, Charles 2008: Why is Britain Eurosceptic. London (Center of European Reform Essays). Online verfügbar unter [http://www.cer.org.uk/pdf/essay\\_eurosceptic\\_19dec08.pdf](http://www.cer.org.uk/pdf/essay_eurosceptic_19dec08.pdf), zuletzt geprüft am 08.06.2009.
- Gripsrud, Jostein 2007: Television and the European Public Sphere, in: *European Journal of Communication*, 22/4, S. 479–492.
- Große Hüttmann, Martin / Knodt, Michèle 2003: "Gelegentlich die Notbremse ziehen...". Die deutschen Länder als politische Teilhaber und Ideengeber im europäischen Mehrebenensystem, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32/3, S. 285–302.
- Grunberg, Gérard 2008: Euroscepticism in France, 1992-2002, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 38–57.
- Haesly, Richard 2001: Euroskeptics, Europhiles and Instrumental Europeans. European Attachment in Scotland and Wales, in: *European Union Politics*, 2/1, S. 81–102.
- Hainsworth, Paul / O'Brien, Carolyn / Mitchell, Paul 2004: Defending the Nation: The Politics of Euroscepticism on the French Right, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): *Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*, Amsterdam: Rodopi (*European studies*, 20), S. 37–58.
- Hanley, Sean 2008: Embracing Europe, opposing EU-rope. Party-based Euroscepticism in the Czech Republic, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 243–262.
- Harmsen, Robert 2002: Europe and the Dutch Parliamentary Election of May 2002 (Election Briefing, 3). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/paper3dutch.pdf>, zuletzt geprüft am 29.05.2009.

- Harmsen, Robert 2003: Europe and the Dutch Parliamentary Election of January 2003 (Election Briefing, 9). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/paper9dutch.pdf>, zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Harmsen, Robert 2004: Euroscepticism in the Netherlands: Stirrings of Dissent, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 99–126.
- Harmsen, Robert 2005a: A Dual Exceptionalism? British and French Patterns of Euroscepticism in Wider Comparative Perspective. Herausgegeben von Centre for the Study of Democratic Government. Department of Politics and International Relations.
- Harmsen, Robert 2005b: The Dutch Referendum on the Ratification of the European Constitutional Treaty. (Referendum Briefing, 13). Online verfügbar unter [http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/epern-rb\\_netherlands\\_2005.pdf](http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/epern-rb_netherlands_2005.pdf), zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Harmsen, Robert 2006: Is British Euroscepticism Still Unique? National Exceptionalism in Comparative Perspective.
- Harmsen, Robert 2008a: The Evolution of Dutch European Discourse: Defining the "Limits of Europe", in: Perspectives on European Politics and Society, 9/3, S. 316–341.
- Harmsen, Robert 2008b: French Euroscepticisms and the Construction of National Exceptionalism, in: Chafer, Tony / Godin, Emmanuel (Hg.): The End of the French Exception?, Basingstoke: Palgrave.
- Harmsen, Robert / Spiering, Menno 2004a (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20).
- Harmsen, Robert / Spiering, Menno 2004b: Euroscepticism and the Evolution of European Political Debate, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 13–35.
- Haug, Christoph 2008: Public Spheres within Movements. Challenging the (Re)search for a European Public Sphere. Herausgegeben von Centre for European Studies. University of Oslo. (RECON Online Working Paper, 2008/02). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0802.pdf?fileitem=5456060](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0802.pdf?fileitem=5456060), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Heffernan, Richard 2001: Beyond Euro-scepticism: Exploring the Europeanisation of the Labour Party since 1983, in: The Political Quarterly, S. 180–189.
- Heidenreich, Felix 2009: The Intellectual Discourse on European Identity - Conclusions from a German-French Comparison, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 55–71.
- Heinisch, Reinhard 2004: Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33/3, S. 247–261.
- Henderson, Karen 2001: Euroscepticism or Europhobia: Opposition attitudes to the EU in the Slovak Republic. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 50). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp50.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Henderson, Karen 2008a: Exceptionalism or Convergence. Euroscepticism and Party Systems in Central and Eastern Europe, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 103–126.
- Henderson, Karen 2008b: The Slovak Republic: Eurosceptics and Phoney Europhiles, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 277–294.
- Hix, Simon 2007: Euroscepticism as Anti-Centralization. A Rational Choice Institutional Perspective, in: European Union Politics, 8/1, S. 131–150.

- Hooghe, Liesbet 2003: Europe Divided. Elites vs. Public opinion on European Integration, in: *European Union Politics*, 4/3, S. 281–304.
- Hooghe, Liesbet 2007: What drives Euroscepticism. Party-Public Cueing, Ideology and Strategic Opportunity, in: *European Union Politics*, 8/1, S. 5–12.
- Hooghe, Liesbet / Huo, Jing Jing / Marks, Gary 2007: Does Occupation Shape Attitudes on Europe. Benchmarking Validity and Parsimony, in: *Acta Politica*, Jg. 42, S. 329–351.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary 1999: The Making of a Polity: The Struggle over European Integration, in: Kitschelt, Herbert / Lange, Peter / Marks, Gary; Stephens, John D. (Hg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 70–97.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary 2005: Calculation, Community and Cues. Public Opinion on European Integration, in: *European Union Politics*, 6/4, S. 419–443.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary 2006: Europe's Blues: Theoretical Soul-Searching after the Rejection of the European Constitution. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06HoogheMarks.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary 2007: Sources Of Euroscepticism, in: *Acta Politica*, Jg. 42, S. 119–127.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary 2009: A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 39, S. 1–23.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary / Wilson, Carole J. 2002: Does left/right structure party positions on European integration, in: *Comparative Political Studies*, 35/8, S. 965–989.
- Hughes, James / Sasse, Gwendolyn / Gordon, Claire 2002: Saying "Maybe" to the "Return To Europe", in: *European Union Politics*, 3/3, S. 327–355.
- Hughes, James / Sasse, Gwendolyn / Gordon, Claire 2008: How Deep Is the Wider Europe. Elites, Europeanization, and Euroscepticism in the CEECs, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 181–207.
- Imig, Doug 2004: Contestation in the Streets: European Protest in the Emerging Euro-Polity, in: Marks, Gary / Steenbergen, Marco R. (Hg.): *European Integration and Political Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 216–234.
- Imig, Doug / Tarrow, Sidney 2003: Politischer Protest im europäischen Mehrebenensystem, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*, 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (UTB, 1853 : Politikwissenschaft), S. 121–149.
- Institut für Europäische Politik 2004 (Hg.): EU-25 Watch. No. 1. (EU-25 Watch, 1). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-25\\_Watch.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-25_Watch.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.
- Institut für Europäische Politik 2006a (Hg.): EU-25 Watch. No. 2. (EU-25 Watch, 2). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-25\\_Watch-No2.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-25_Watch-No2.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.
- Institut für Europäische Politik 2006b (Hg.): EU-25 Watch. No. 3. (EU-25 Watch, 3). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-25\\_Watch-No3.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-25_Watch-No3.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.
- Institut für Europäische Politik 2007a (Hg.): EU-25/27 Watch. No. 4. (EU-25/27 Watch, 4). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-25\\_27\\_Watch\\_No\\_4.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-25_27_Watch_No_4.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.
- Institut für Europäische Politik 2007b (Hg.): EU-25/27 Watch. No. 5. (EU-25/27 Watch, 5). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-25\\_27\\_Watch\\_No\\_5.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-25_27_Watch_No_5.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.

- Institut für Europäische Politik 2008a (Hg.): EU-27 Watch. No. 6. (EU-27 Watch, 6). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-27\\_Watch\\_No\\_6.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-27_Watch_No_6.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.
- Institut für Europäische Politik 2008b (Hg.): EU-27 Watch. No. 7. (EU-27 Watch, 7). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-27\\_Watch\\_No\\_7.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-27_Watch_No_7.pdf), zuletzt geprüft am 12.02.2009.
- Institut für Europäische Politik 2009 (Hg.): EU-27 Watch. No. 8. (EU-27 Watch, 8). Online verfügbar unter [http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/EU\\_Watch/EU-27\\_Watch\\_No\\_8.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/EU-27_Watch_No_8.pdf), zuletzt geprüft am 28.04.2009.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate 2003 (Hg.): Europäische Integration, 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (UTB, 1853 : Politikwissenschaft).
- Jochum, Margit / Mak, Jeannette 2003: Europeanisation without membership, membership without Europeanisation. An analysis of monetary and agricultural issues in the national public spheres of Switzerland and the Netherlands (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/Mak-Jochum2003.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Johnston, Gregory / Ray, Leonard 2003: Institutional Power and Public Opinion about EU Institutions. Online verfügbar unter <http://www.lsu.edu/faculty/lray2/papers/apsa2003/apsa2003.pdf>, zuletzt geprüft am 24.02.2009.
- Jolly, Seth Kincaid 2007: The Europhile Fringe. Regionalist Party Support for European Integration, in: European Union Politics, 8/1, S. 109–130.
- Jones, Erik / van der Bijl, Niels 2004: Public Opinion and Enlargement. A Gravity Approach, in: European Union Politics, 5/3, S. 331–351.
- Jopp, Mathias / Maurer, Andreas / Schneider, Heinrich 1998 (Hg.): Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung, Bonn: Europa-Union-Verlag (Analysen zur Europapolitik des Instituts für Europäische Politik).
- Kaelberer, Matthias 2007: Trust in the Euro: Exploring the Governance of a supra-national Currency, in: European Societies, 9/4, S. 623–642.
- Kaina, Viktoria 2007: Kollektive Identität und Vertrauen in Europa, in: Welt Trends - Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, 15/54, S. 85–98.
- Karolewski, Ireneusz Pawel 2007: Bürgerschaft und kollektive Identität in Europa, in: Welt Trends - Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, 15/54, S. 11–23.
- Katz, Richard S. 2008: Euroscepticism in Parliament: A Comparative Analysis of the European and National Parliaments, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 151–180.
- Kitschelt, Herbert / Lange, Peter / Marks, Gary, et al. 1999 (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge: Cambridge University Press.
- Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg, et al. 2003 (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen: Leske + Budrich.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica 2003: Towards a European public sphere. Vertical and horizontal dimensions of Europeanised political communication (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/Koopmans-Erbe-WZB-Conf-2003.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Koopmans, Ruud / Pfetsch, Barbara 2003: Towards a Europeanised public sphere. Comparing Political Actors and the Media in Germany (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/RK-BP-conf-paper-2003-2.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.

- Koopmans, Ruud / Zimmermann, Ann 2003: Internet: A New Potential for European Political Communication (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/Koopmans-Zimmermann2002.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Kopecký, Petr 2004: An Awkward Newcomer? EU Enlargement and Euroscepticism in the Czech Republic, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 225–245.
- Kopecký, Petr / Mudde, Cas 2002: The Two Sides of Euroscepticism, in: European Union Politics, 3/3, S. 297–326.
- Krasovec, Alenka / Lipicer, Simona Kustec 2008: Euroscepticism and Slovenian Political Parties: A Case of Weak Party-based Euroscepticism, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 314–327.
- Kriesi, Hanspeter 1998: The transformation of cleavage politics. The 1997 Stein Rokkan lecture, in: European Journal of Political Research, Jg. 33, S. 165–185.
- Kriesi, Hanspeter 2007: The Role of European Integration in National Election Campaigns, in: European Union Politics, 8/1, S. 83–108.
- Kriesi, Hanspeter 2009: Rejoinder to Liesbet Hooghe and Gary Marks, "A Postfunctional Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus", in: British Journal of Political Science, Jg. 39, S. 221–224.
- Kriesi, Hanspeter / Grande, Edgar / Lachat, Romain / Dolezal, Martin / Bornschier, Simon / Frey, Timotheos 2006: Globalization and the transformation of the national political space. Six European countries compared. University of Zurich. Online verfügbar unter <http://www.pacte.cnrs.fr/IMGpdf/Kriesi-Cahier-1.pdf>, zuletzt geprüft am 09.06.2009.
- Kufer, Astrid 2009: Images of Europe - the meaning and perception of "Europe" by citizens of the EU member states, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 35–53.
- Kuhne, Helmut 2006: Die wachsende Europa-Skepsis der Deutschen: Ursachen und Dimensionen im europäischen Vergleich. Herausgegeben von Friedrich Ebert Stiftung. (Internationale Politik-analyse, Europäische Politik). Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/03609.pdf>, zuletzt geprüft am 09.06.2009.
- Lacroix, Justine / Coman, Ramona 2007 (Hg.): Les résistances à l'Europe. Cultures nationales idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Ed. de l'Université de Bruxelles (Etudes européennes).
- Laumen, Anne / Maurer, Andreas 2006: Jenseits des "Permissive Consensus". Bevölkerungsorientierungen gegenüber Europäischer Integration im Wandel. Stiftung Wissenschaft und Politik. (Diskussionspapier (Forschungsgruppe EU-Integration)). Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=3191](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3191), zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Lauring Knudsen, Ann-Christina 2008: Euroscepticism in Denmark, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 152–167.
- Lees, Charles 2001: Waiting for a voice - the political opportunity structure of opposition to European integration in Germany. University of Sussex. (Panel: 'Comparative Case Studies of Party-Based Euroscepticism'). Online verfügbar unter [http://aei.pitt.edu/2127/01/002127\\_1.PDF](http://aei.pitt.edu/2127/01/002127_1.PDF), zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Lees, Charles 2002: "Dark Matter": institutional constraints and the failure of party-based Euroscepticism in Germany. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 54). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp54.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.

- Lees, Charles 2008a: The Limits of Party-Based Euroscepticism in Germany, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 16–37.
- Lees, Charles 2008b: The Political Opportunity Structure of Euroscepticism: Institutional Setting and Political Agency in European Polities, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 28–51.
- Lieb, Julia 2008: Die französische Kampagne zum Referendum über den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Probleme mit der europäischen Wirklichkeit, in: Baasner, Frank (Hg.): *Von welchem Europa reden wir. Reichweiten nationaler Europadiskurse*, Baden-Baden: Nomos, S. 55–75.
- Lindberg, Leon N. / Scheingold, Stuart A. 1970: *Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*, Englewood Cliffs.
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan Stein 1967a (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York: Free Press.
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein 1967b: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour Martin / Rokkan Stein (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York: Free Press, S. 1–64.
- Lubbers, Marcel / Scheepers, Peer 2005: Political versus Instrumental Euro-scepticism. Mapping Scepticism in European Countries and Regions, in: *European Union Politics*, 6/2, S. 223–242.
- Lubbers, Marcel / Scheepers, Peer 2007: Explanations of political Euroscepticism at the individual, regional and national levels, in: *European Societies*, 9/4, S. 643–669.
- Luedtke, Adam 2005: European Integration, Public Opinion and Immigration Policy. Testing the Impact of National Identity, in: *European Union Politics*, 6/1, S. 83–112.
- Machill, Marcel / Beiler, Markus / Fischer, Corinna 2006: Europe-Topics in Europe's Media. The Debate about the European Public Sphere: A Meta-Analysis of Media Content Analyse, in: *European Journal of Communication*, 21/1, S. 57–88.
- Magni-Berton, Raul / Fuchs, Dieter / Roger, Antoine 2009: Summary of the Results, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*. Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 291–296.
- Maier, Jürgen / Rittberger, Berthold 2008: Shifting Europe's Boundaries. Mass Media, Public Opinion and the Enlargement of the EU, in: *European Union Politics*, 9/2, S. 243–267.
- Maier, Michaela / Tenscher, Jens 2006 (Hg.): *Campaigning in Europe - Campaigning for Europe. Political Parties, Campaigns, Mass Media and the European Parliament Elections 2004*, Berlin: Lit Verlag (Medien - Forschung und Wissenschaft, 12).
- Manners, Ian / Sørensen, Catharina 2007: *New Political Contestation in the European Union*. Danish Institute for International Studies. Online verfügbar unter [http://www.diis.dk/graphics/Publications/Briefs2007/ima\\_cas\\_new\\_political\\_contestation2.pdf](http://www.diis.dk/graphics/Publications/Briefs2007/ima_cas_new_political_contestation2.pdf), zuletzt geprüft am 26.02.2009.
- Marks, Gary / Steenbergen, Marco R. 2002: Understanding Political Contestation in the European Union, in: *Comparative Political Studies* 35/8, S. 879–892.
- Marks, Gary / Steenbergen, Marco R. 2004 (Hg.): *European Integration and Political Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Marks, Gary / Wilson, Carole 1999: National parties and the contestation of Europe, in: Banchoff, Thomas / Smith, Mitchell P. (Hg.): *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, London: Routledge, S. 113–133.
- Marks, Gary / Wilson, Carole 2000: The Past in the Present: A Cleavage Theory of Party Response to European Integration, in: *British Journal of Political Science* Jg. 30, S. 433–459.
- Marks, Gary / Wilson, Carole J. / Ray, Leonard 2002: National Political Parties and European Integration, in: *American Journal of Political Science* 46/3, S. 585–594.

- Marsic, Tomislav 2009: Der Prager Regierungsturz und die Zukunft der EU. Gelingt die Ratifikation des Lissabonner Vertrags in Tschechien. Herausgegeben von Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5902](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5902), zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Marsic, Tomislav / Keil, Kathrin 2009: Die Ratifikation des Lissabonner Vertrages in Tschechien. Die gespaltene Ratspräsidentschaft und der letzte Mosaikstein. Herausgegeben von Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5791](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5791), zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Mattila, Mikko / Raunio, Tapio 2006: Cautious Voters - Supportive Parties. Opinion Congruence between Voters and Parties on the EU Dimension, in: *European Union Politics* 7/4, S. 427–449.
- Maurer, Andreas 1998: Der Wandel europapolitischer Grundorientierungen nationaler Parteien in der Europäischen Integration, in: Jopp, Mathias; Maurer, Andreas; Schneider, Heinrich (Hg.): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung*, Bonn: Europa-Union-Verl. (Analysen zur Europapolitik des Instituts für Europäische Politik), S. 301–363.
- Maurer, Andreas / Roth, Bettina 2008: Warum Irland abstimmen muss(te) - oder auch nicht. Das Verhältnis zwischen irischem und europäischem Verfassungsrecht. Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5575](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5575), zuletzt geprüft am 27.04.2009.
- McGinley, Marie 2008: Die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages in Irland. Die Europadebatte im Vorfeld des Referendums. Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4963](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4963), zuletzt geprüft am 27.04.2009.
- McLaren, Lauren M. 2002: Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat, in: *The Journal Of Politics* 64/2, S. 551–566.
- McLaren, Lauren M. 2006: *Identity, interests and attitudes to European integration* 1. Aufl. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Meimeth, Michael / Schild, Joachim 2002 (Hg.): *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven*, Opladen: Leske + Budrich.
- Menéndez, Agustín José 2007: *The European Democratic Challenge*. Herausgegeben von Centre for European Studies. University of Oslo. (RECON Online Working Paper, 2007/13). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0713.pdf?fileitem=16662531](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0713.pdf?fileitem=16662531), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Meyer, Christoph 1999: Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit, in: *Journal Of Common Market Studies* 37/4, S. 617–639.
- Meyer, Christoph O. 2005: The Europeanization of Media Discourse: A Study of Quality Press Coverage of Economic Policy Co-ordination since Amsterdam, in: *Journal Of Common Market Studies* 43/1, S. 121–148.
- Meyer, Thomas 2001: *Mediokratie: die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, Thomas 2004: *Die Identität Europas. Der EU eine Seele*, Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp).
- Mikkil, Evald / Kasekamp, Andres 2008: Emerging Party-Based Euroscepticism in Estonia, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 295–313.
- Milner, Henry 2006: "YES to the Europe I want; NO to this one.". Some Reflections on France's Rejection on the EU Constitution. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06Milner.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.

- Milner, Susan 2004: For An Alternative Europe: Euroscepticism and the French Left Since the Maastricht Treaty, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 59–81.
- Moravcsik, Andrew 1999: Is something rotten in the State of Denmark. Constructivism and European integration, in: *Journal of European Public Policy* 6/4, S. 669–681.
- Moravcsik, Andrew 2005a (Hg.): Europe Without Illusions. The Paul-Henri Spaak Lectures, 1994-1999, Lanham, Boulder, New York, Toronto, Oxford: University Press of America.
- Moravcsik, Andrew 2005b: Introduction. Europe Without Illusions, in: Moravcsik, Andrew (Hg.): Europe Without Illusions. The Paul-Henri Spaak Lectures, 1994-1999, Lanham, Boulder, New York, Toronto, Ocford: University Press of America, S. 3–44.
- Mößner, Alexandra 2009: Cognitive, Mobilization, Knowledge and Efficacy as Determinants of Euroscepticism, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 157–173.
- Nedelcheva, Mariya 2009: Euroscepticism and Party System Change: Bulgaria, Romania and the Czech Republic, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 235–252.
- Negrine, Ralph 2006: The Long Road to Professionalisation: Campaigning in Europe vs. Campaigning for Europe, in: Maier, Michaela / Tenscher, Jens (Hg.): Campaigning in Europe - Campaigning for Europe. Political Parties, Campaigns, Mass Media and the European Parliament Elections 2004, Berlin: Lit Verlag (Medien - Forschung und Wissenschaft, 12), S. 31–44.
- Neller, Katja / Thaidigsmann, S. Isabell 2009: Right Wing Parties and Euroscepticism in France and Germany, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites. Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 215–233.
- Neumayer, Laure 2008: Euroscepticism as a political label: The use of European Union issues in political competition in the new Member States, in: *European Journal of Political Research* Jg. 47, S. 135–160.
- Niedermayer, Oskar 2003a: Die öffentliche Meinung zur zukünftigen Gestalt der EU. Bevölkerungsorientierungen in Deutschland und den anderen EU-Staaten, Bonn: Europa Union Verlag (Analysen zur europäischen Verfassungsdebatte, 4).
- Niedermayer, Oskar 2003b: The Party System: Structure, Policy, and Europeanization, in: Dyson, Kenneth H. F.; Goetz, Klaus (Hg.): Germany, Europe and the politics of constraint, Oxford: Oxford Univ. Press (Proceedings of the British Academy, 119), S. 129–146.
- Niedermayer, Oskar/ Sinnott, Richard 1998 (Hg.): Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford: Oxford University Press (Beliefs in Government, 2).
- Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina 1998: A Typology of Orientations, in: Niedermayer, Oskar / Sinnott, Richard (Hg.): Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford: Oxford University Press (Beliefs in Government, 2), S. 33–50.
- Normann, Christine 2008: Vor dem Beitritt - nach dem Beitritt: Hat sich das polnische Europabild gewandelt, in: Baasner, Frank (Hg.): Von welchem Europa reden wir. Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos, S. 77–94.
- Norris, Pippa 2000: A Virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies, Cambridge: Cambridge University Press (Communication, Society and Politics).
- Nye, Joseph S. / Donahue, John D. 200 (Hg.): Governance in a globalizing world, Cambridge, Mass.: Visions of Governance for the 21st Century [u.a.].
- Page, Benjamin I. / Shapiro, Robert Y. / Dempsey, Glenn R. 1987: What Moves Public Opinion, in: *American Political Science Review* 81/1, S. 23–43.

- Paterson, William E. 2008: Eine eigene Kategorie - Das Vereinigte Königreich und die europäische Integration, in: Baasner, Frank (Hg.): Von welchem Europa reden wir. Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos, S. 155–163.
- Pelinka, Anton 2004: Austrian Euroscepticism: The Shift From the Left to the Right, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 207–224.
- Perron, Catherine 2008: Eine realistische Vision der europäischen Integration. Der tschechische Europadiskurs, in: Baasner, Frank (Hg.): Von welchem Europa reden wir. Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos, S. 95–115.
- Peter, Jochen 2007: Media effects on attitudes toward European integration, in: van der Brug, Wouter / van der Eijk, Cees (Hg.): European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press, S. 131–144.
- Peter, Jochen / Semetko, Holli A. / Vreese, Claes H. de 2003: EU Politics on Television News. A Cross-National Comparative Study, in: European Union Politics 4/3, S. 305–327.
- Peter, Jochen / Vreese, Claes H. de 2004: In Search of Europe. A Cross-National Comparative Study of the European Union in National Television News, in: Press/Politics 9/4, S. 3–24.
- Petersson, Olof 2004: The debate about Europe in Sweden, in: Collegium Jg. 29, S. 17–30.
- Pijpers, Alfred 2007: Neue Nüchternheit und kritische Öffentlichkeit - die Niederlande und die Europäische Integration, in: Integration H. 4, S. 449–462.
- Prete, Susi de / Baasner, Frank 2008: Italien und Europa zwischen historischer Evidenz und Indifferenz, in: Baasner, Frank (Hg.): Von welchem Europa reden wir. Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos, S. 117–131.
- Pridham, Geoffrey 2008: European Party Cooperation and Post-Communist Politics: Euroscepticism in Transnational Perspective, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 76–102.
- Quaglia, Lucia 2003: Euroscepticism in Italy and Centre-Right and Right Wing Political Parties. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 60). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp60.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Quaglia, Lucia 2008: Euroscepticism in Italy, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 58–74.
- Raunio, Tapio 2007: Softening but Persistent: Euroscepticism in the Nordic EU Countries, in: Acta Politica Jg. 42, S. 191–210.
- Raunio, Tapio 2008: The Difficult Task of Opposing Europe: The Finnish Party Politics of Euroscepticism, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 168–180.
- Ray, Leonard 1999: Convergent Policies, Divergent Interests. Accounting for Cross National Differences in the Social Bases of Support for the European Union. Online verfügbar unter <http://www.lsu.edu/faculty/lray2/papers/unc99.rtf>, zuletzt geprüft am 24.02.2009.
- Ray, Leonard 2001a: Intermediary Institutions and Information about the European Union. Online verfügbar unter <http://www.lsu.edu/faculty/lray2/papers/southern2001/spsa2001.pdf>, zuletzt geprüft am 24.02.2009.
- Ray, Leonard 2001b: The Ideological Structure Of Mass Opinion About European Level Policymaking. Online verfügbar unter <http://www.lsu.edu/faculty/lray2/papers/apsa2001.rtf>, zuletzt geprüft am 24.02.2009.

- Ray, Leonard 2001c: When Parties Matter. The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration. Online verfügbar unter <http://www.lsu.edu/faculty/lray2/papers/ecsa99p.rtf>, zuletzt geprüft am 24.02.2009.
- Ray, Leonard 2003a: Reconsidering the Link between Incumbent Support and Pro-EU Opinion, in: *European Union Politics* 4/3, S. 259–279.
- Ray, Leonard 2003b: When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration, in: *Journal of Politics* 65/4, S. 978–994.
- Ray, Leonard 2004: Mainstream Euroscepticism: Trend or Oxymoron. Online verfügbar unter <http://www.unc.edu/depts/europe/conferences/euroskepticism/papers/Ray.doc>, zuletzt geprüft am 24.02.2009.
- RedC Opinion Poll 2008: Post Referendum Opinion Poll. Herausgegeben von The Sunday Business Post. Online verfügbar unter [http://www.redcresearch.ie/documents/PostReferendumPoll\\_June2008-Chartset\\_000.pdf](http://www.redcresearch.ie/documents/PostReferendumPoll_June2008-Chartset_000.pdf), zuletzt geprüft am 28.04.2009.
- Roger, Antoine 2009: The Impact of European Policies on National Political Parties: a theoretical outlook, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 273–287.
- Rohrschneider, Robert / Whitefield, Stephen 2006: Political Parties, Public Opinion and European Integration in Post-Communist Countries. The State of the Art, in: *European Union Politics*, 7/1, S. 141–160.
- Ross, George 2008: What Do "Europeans" Think. Analyses of the European Union's Current Crisis by European Elites, in: *Journal Of Common Market Studies* 46/2, S. 389–412.
- Rovny, Jan 2004: Conceptualising Party-based Euroscepticism: Magnitude and Motivations, in: *Collegium Jg.* 29, S. 31–47.
- Rucht, Dieter 2004: Proteste und Kampagnen gegen die europäische Integration, in: Beaud, Olivier / Lechavalier, Arnaud / Pernice, Ingolf / Strudel, Sylvie (Hg.): *L' Europe en voie de Constitution. Pour un bilan critique des travaux de la convention*, Bruxelles: Bruylant, S. 219–227.
- Rydgren, Jens 2002: Radical Right Populism in Sweden: Still A Failure, But for How Long, in: *Scandinavian Political Studies* 25/1, S. 27–56.
- Sánchez-Cuenca, Ignacio 2000: The Political Basis of Support for European Integration, in: *European Union Politics* 1/2, S. 147–171.
- Sauger, Nicolas / Brouard, Silvain / Grossman, Emiliano 2007: *Les Français contre l'Europe. Le sens du référendum du 29 mai 2005*, Paris: Presses de Sciences Po.
- Sbragia, Alberta 2006: Introduction - The EU and Its "Constitution": Public opinion, Political Elites, and Their International Context. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06Sbragia.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Scheuer, Angelika / Schmitt, Hermann 2007: Zur Dynamik der europäischen Identität, in: *Welt Trends - Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien* 15/54, S. 53–68.
- Scheuer, Angelika / van der Brug, Wouter 2007: Locating support for European integration, in: van der Brug, Wouter / van der Eijk, Cees (Hg.): *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press, S. 94–115.
- Schild, Joachim 2000: Politische Konfliktlinien, individualisierte Werte und politischer Protest. Ein deutsch-französischer Vergleich, 1. Aufl.: Leske + Budrich (Frankreich-Studien).
- Schild, Joachim 2001: National v. European Identities. French and Germans in the European Multi-Level System, in: *Journal Of Common Market Studies* 39/2, S. 331–351.
- Schild, Joachim 2002: Nationale und europäische Identitäten - komplementär oder unvereinbar. Orientierungen von Deutschen und Franzosen im europäischen Mehrebenensystem, in: Meimeth, Mi-

- chael / Schild, Joachim (Hg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich, S. 81–106.
- Schild, Joachim 2005: Ein Sieg der Angst - das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: *Integration*, H. 3, S. 187–200.
- Schimmelfennig, Frank / Engert, Stefan / Knobel, Heiko 2003: Europäisierung in Osteuropa: Reaktionen auf die demokratische Konditionalität, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32/3, S. 321–337.
- Schmitt, Hermann / Thomassen, Jacques J. A. 2000a: Dynamic Representation. The Case of European Integration, in: *European Union Politics* 1/3, S. 318–339.
- Schmitt, Hermann / Thomassen, Jacques J. A. 2005b: The EU party system after Eastern Enlargement, Wien: Institut für Höhere Studien (Reihe Politikwissenschaft, 105).
- Schmitt, Hermann / van der Eijk, Cees 2008: There is Not Much Eurosceptic Non-Voting in European Parliament Elections, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 2), S. 208–237.
- Schmitter, Philippe C. 2009: On the Way to a Post-Functionalist Theory of European Integration, in: *British Journal of Political Science* Jg. 39, S. 211–215.
- Schuck, Andreas R. T. / Vreese, Claes H. de 2006: Between Risk and Opportunity. News Framing and its Effects on Public Support for EU Enlargement, in: *European Journal of Communication* 21/1, S. 5–32.
- Schulz, Winfried 1997: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Westdeutscher Verlag.
- Schymik, Carsten 2006: Europäische Anti-Föderalisten. Volksbewegungen gegen die Europäische Union in Skandinavien, Leipzig, Berlin: Edition Kirchhhof & Franke.
- Shields, Alexander Gordon 2001: Public Attitudes towards European Integration in Germany and Britain 1973-1995, Eberhard-Karls-Universität. Tübingen.
- Siegers, Pascal 2009: EU Performers and Euroscepticism, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 115–133.
- Sierp, Aline 2008: Young Europeans: From pro-european to eurosceptic. Università degli Studi di Siena. Online verfügbar unter <http://www.jhubc.it/ecpr-riga/virtualpaperroom/029.pdf>, zuletzt geprüft am 18.03.2009.
- Sifft, Stefanie / Brüggemann, Michael / Kleinen-von. Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas 2007: Segmented Europeanization: Exploring the Legitimacy of the European Union from a Public Discourse Perspective, in: *Journal Of Common Market Studies* 45/1, S. 127–155.
- Sifft, Stefanie / Sunnus, Milena 2003: Euroskeptizismus und Wohlfahrtsprotektionismus in Dänemark und Schweden, in: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, S. 273–292.
- Sinnot, Richard 1998: Bringing Public Opinion Back In, in: Niedermayer, Oskar / Sinnot, Richard (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford: Oxford University Press (*Beliefs in Government*, 2), S. 11–32.
- Sitter, Nick 2001a: Opposing the Centre: Euro-Scepticism and territorial cleavages in European Party Systems. (Panel 5B: Mapping Party-Based Euroscepticism in EU Member and Applicant States). Online verfügbar unter [http://aei.pitt.edu/2184/01/002679\\_1.PDF](http://aei.pitt.edu/2184/01/002679_1.PDF), zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Sitter, Nick 2001b: The Politics of Opposition and European integration in Scandinavia: Is Euroscepticism a Government-Opposition Dynamic, in: *West European Politics* 24/4, S. 22–39.

- Sitter, Nick 2002: *Opposing Europe: Euro-Scepticism, Opposition and Party Competition*. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 56). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp56.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Sitter, Nick 2003: *Euro-scepticism as Party Strategy: Persistence and Change in Party-Based Opposition to European Integration*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32/3, S. 239–253.
- Sitter, Nick 2008: *The European Question and the Norwegian Party System since 1961: The Freezing of a Modern Cleavage or Contingent Opposition*, in: *Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 328–347.
- Sitter, Nick / Batory, Agnes 2008: *Protectionism, Populism, or Participation? Agrarian Parties and the European Question in Western and East Central Europe*, in: *Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 2), S. 52–75.
- SOFRES 1992 (Hg.) 1992: *L'état de l'opinion 1992*, Paris: Seuil.
- Sørensen, Catharina 2008a: *Danish Euroscepticism: Unique or Part of Broader Patterns*. (Danish Foreign Policy Yearbook). Online verfügbar unter [http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2008/Yearbook08/Yearbook\\_2008\\_Danish\\_Euroscepticism.pdf](http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2008/Yearbook08/Yearbook_2008_Danish_Euroscepticism.pdf), zuletzt geprüft am 09.06.2009.
- Sørensen, Catharina 2008b: *Love me, love me not... A typology of public euroscepticism*. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 101). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/workingpaper101.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Spiering, Menno 2004: *British Euroscepticism*, in: *Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration*, Amsterdam: Rodopi (*European studies*, 20), S. 127–149.
- Standard-Eurobarometer. Europäische Kommission. (diverse Jahrgänge). Online verfügbar unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm), zuletzt geprüft am 09.06.2009.
- Statham, Paul / Guiraudon, Virginie 2003: *Europeanization, Public Debates and Contentious Politics in Britain and France: Two Different Paths*. (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/Guiraudon-Statham2003.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Steenbergen, Marco R. / Edwards, Erica E.; /Vries, Catharine E. de 2007: *Who's Cueing Whom. Mass-Elite Linkages and the Future of European Integration*, in: *European Union Politics* 8/1, S. 13–35.
- Steenbergen, Marco R. / Marks, Gary 2004: *Introduction: Models of Political Conflict in the European Union*, in: *Marks, Gary / Steenbergen, Marco R. (Hg.): European Integration and Political Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–10.
- Stefanova, Boyka 2006: *The "No" Vote in the French and Dutch Referenda on the EU Constitution: A Spillover of Consequences for the Wider Europe*. Herausgegeben von The American Political Science Association. Online verfügbar unter <http://www.apsanet.org/imgtest/PSApr06Stefanova.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2009.
- Steinbrecher, Markus / Huber, Sandra 2006: *European Elections' Turnout from 1979 to 2004*, in: *Maier, Michaela / Tenscher, Jens (Hg.): Campaigning in Europe - Campaigning for Europe. Political Parties, Campaigns, Mass Media and the European Parliament Elections 2004*, Berlin: Lit Verlag (*Medien - Forschung und Wissenschaft*, 12), S. 15–30.
- Stokman, Frans / Thomson, Robert 2004: *Winners and Losers in the European Union*, in: *European Union Politics* 5/1, S. 5–23.
- Strohmeier, Gerd (2004): *Politik und Massenmedien. Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos.

- Sunnus, Milena 2004: Swedish Euroscepticism: Democracy, Sovereignty and Welfare, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 193–205.
- Szczerbiak, Aleks 2002: After the Election, nearing the Endgame: The Polish Euro-Debate in the run up to the 2003 EU Accession Referendum. (SEI Working Paper, 53). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp53.pdf>, zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Szczerbiak, Aleks 2004: Polish Euroscepticism in the Run-up to EU Accession, in: Harmsen, Robert / Spiering, Menno (Hg.): Euroscepticism. Party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi (European studies, 20), S. 247–268.
- Szczerbiak, Aleks 2007: Why do Poles love the EU and what do they love about it. Polish attitudes towards European integration during the first three years of EU membership. (SEI Working Paper, 98). Online verfügbar unter [http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/working\\_paper\\_98.pdf](http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/working_paper_98.pdf), zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Szczerbiak, Aleks 2008: Opposing Europe or Problematizing Europe. Euroscepticism and "Eurorealism" in the Polish Party System, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1), S. 221–242.
- Szczerbiak, Aleks / Bil, Monika 2008: When in doubt, (re-)turn to domestic politics. The (non-) impact of the EU on party politics in Poland. (SEI Working Paper, 103). Online verfügbar unter [http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/working\\_paper\\_103.pdf](http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/working_paper_103.pdf), zuletzt geprüft am 29.05.2009.
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul 2000: Opposing Europe: Party Systems and opposition to the Union, the Euro and Europeanisation. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 36). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp36.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul 2003: Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 69). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp69.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.) 2008a: The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 1).
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.) 2008b: The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2).
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul 2008c: Introduction: Researching Euroscepticism in European Party Systems: A Comparative and Theoretical Research Agenda, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 1–27.
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul 2008d: Theorizing Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement, and Causality, in: Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 238–262.
- Taggart, Paul 1997: The Populist Politics of Euroscepticism. University of Sussex. Online verfügbar unter [http://aei.pitt.edu/2740/01/002543\\_1.pdf](http://aei.pitt.edu/2740/01/002543_1.pdf), zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Taggart, Paul 1998: A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems, in: European Journal of Political Research Jg. 33, S. 363–388.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks 2001: Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 46). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp46.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.

- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks 2002: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member States and Candidate States. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. (SEI Working Paper, 51). Online verfügbar unter <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/wp51.pdf>, zuletzt geprüft am 25.02.2009.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks 2004a: Contemporary Euroscepticism in the party system of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe, in: *European Journal of Political Research* Jg. 43, S. 1–27.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks 2004b: Supporting the Union. Euroscepticism and the Politics of European Integration, in: Cowles, Maria Green; Dinan, Desmond (Hg.): *Developments in the European Union 2*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 65–84.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks 2008a: Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe, in: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 1–15.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks 2008b: Conclusion: Opposing Europe? Three Patterns of Party Competition over Europe, in: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (Hg.): *The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Case Studies and Country Surveys*, Oxford, New York: Oxford University Press (*Opposing Europe?*, 1), S. 348–363.
- Tanasoiu, Cosima / Colonescu, Constantin 2008: Determinants of Support for European Integration. The Case Of Bulgaria in: *European Union Politics* 9/3, S. 363–377.
- Trenz, Hans-Jörg 2002: Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung, Baden-Baden: Nomos (*Regieren in Europa*, 1).
- Trenz, Hans-Jörg 2005: *Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit*, Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Trenz, Hans-Jörg 2007: Measuring Europeanisation of Public Communication. The Question of Standards. Herausgegeben von Centre for European Studies. University of Oslo. (RECON Online Working Paper, 2007/12). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0712.pdf?fileitem=5882287](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0712.pdf?fileitem=5882287), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Trenz, Hans-Jörg 2008a: In Search of the European Public Sphere. Between Normative Overstretch and Empirical Disenchantment. Herausgegeben von Centre for European Studies. University of Oslo. (RECON Online Working Paper, 2008/07). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0807.pdf?fileitem=16662548](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0807.pdf?fileitem=16662548), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Trenz, Hans-Jörg 2008b: Understanding Media Impact on European Integration: Enhancing or Restricting the Scope of Legitimacy of the EU, in: *Journal of European Integration* 30/2, S. 291–309.
- Trenz, Hans-Jörg / Conrad, Maximilian / Rosén, Guri 2007a: The Interpretative Moment of European Journalism. The Impact of Newspaper Opinion Making in the Ratification Process. Herausgegeben von Centre for European Studies. University of Oslo. (RECON Online Working Paper, 2007/11). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0711.pdf?fileitem=5882286](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0711.pdf?fileitem=5882286), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Trenz, Hans-Jörg / Conrad, Maximilian / Rosén, Guri 2007b: The Interpretative Moment of European Integration. The impact of media voice in the ratification process. Herausgegeben von Centre for European Studies. University of Oslo (RECON Report, 2). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/projectweb/portalproject/Report2\\_EuropeanJournalism.html](http://www.reconproject.eu/projectweb/portalproject/Report2_EuropeanJournalism.html), zuletzt geprüft am 09.03.2009.
- Tresch, Anke; Miguel, Carolina G. de 2003: Europeanisation of Public Spheres: a regional perspective. (Europub.com - Conference Papers). Online verfügbar unter <http://europub.wzb.eu/Data/Conference%20material/Europub%20papers/Anke%20Tresch%20and%20Carolina%20de%20Miguel.doc>, zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Trüdinger, Eva-Maria 2009: Have they gone too far. Attitudes towards the transfer of politics on the EU-level, in: Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (Hg.): *Euroscepticism. Images*

- of Europe among mass publics and political elites, Opladen, Framington Hills: Barbara Budrich, S. 135–155.
- Usherwood, Simon 2002: Opposition to the European Union in the UK: The Dilemma of Public Opinion and Party Management, in: *Government and Opposition* 37/2, S. 211–230.
- Usherwood, Simon 2004: Bruges as a Lodestone of British Opposition to the European Union, in: *Collegium*, Jg. 29, S. 5–16.
- van der Brug, Wouter / van der Eijk, Cees 2007a (Hg.): *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press.
- van der Brug, Wouter / van der Eijk, Cees 2007b: European elections, domestic politics, and European integration. In: van der Brug, Wouter; van der Eijk, Cees (Hg.): *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press, S. 226–261.
- van der Eijk, Cees / Franklin, Mark N. 2007: The sleeping giant: Potential for political mobilization of disaffection with European integration, in: van der Brug, Wouter / van der Eijk, Cees (Hg.): *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press, S. 189–208.
- van Steeg, Marianne de 2003: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU, in: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, Opladen: Leske + Budrich, S. 169–190.
- Vetik, Raivo / Nimmerfleht, Gerli / Taru, Marti 2006: Reactive Identity versus EU Integration, in: *Journal Of Common Market Studies* 44/5, S. 1079–1102.
- Vössing, Konstantin 2005: Nationality and the Preferences of the European Public toward EU Policy-Making, in: *European Union Politics* 6/4, S. 445–467.
- Vreese, Claes H. de 2001: "Europe" in the News. A Cross-National Comparative Study of the News Coverage of Key EU Events, in: *European Union Politics* 2/3, S. 283–307.
- Vreese, Claes H. de 2004: The Effects of Frames in Political Television News on Issue Interpretation and Frame Salience, in: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 81/1, S. 36–52.
- Vreese, Claes H. de 2007: A Spiral of Euroscepticism: The Media's Fault, in: *Acta Politica*, Jg. 42, S. 271–286.
- Vreese, Claes H. de / Boomgaarden, Hajo G. 2003: Valenced news frames and public support for the EU, in: *Communications* 28, S. 361–381.
- Vreese, Claes H. de / Boomgaarden, Hajo G. 2005: Projecting EU Referendums. Fear of Immigration and Support for European Integration, in: *European Union Politics* 6/1, S. 59–82.
- Vreese, Claes H. de / Boomgaarden, Hajo G. 2006: Media Effects on Public Opinion about the Enlargement of the European Union, in: *Journal Of Common Market Studies*, 44/2, S. 419–436.
- Vreese, Claes H. de / Lauf, Edmund / Peter, Jochen 2007: The media and European Parliament elections: Second-rate coverage of a second-order event, in: van der Brug, Wouter / van der Eijk, Cees (Hg.): *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press, S. 116–130.
- Vries, Catharine E. de / Edwards, Erica E. 2009: Taking Europe to its extremes. Extremist Parties and Euroscepticism, in: *Party Politics* 15/1, S. 5–28.
- Walkenhorst, Heiko 2007: Konstruktion europäischer Identität. Gemeinschaftsbildung und path-dependency, in: *Welt Trends - Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien* 15/54, S. 25–37.
- Wessels, Bernhard 1998a: Development of Support: Diffusion or Demographic Replacement, in: Niedermayer, Oskar / Sinnot, Richard (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford: Oxford University Press (Beliefs in Government, 2), S. 105–136.

- Wessels, Bernhard 1998b: Evaluations of the EC: Élite or Mass-Driven, in: Niedermayer, Oskar / Sinnott, Richard (Hg.): Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford: Oxford University Press (Beliefs in Government, 2), S. 137–162.
- Wessels, Bernhard 2007: Discontent and European Identity: Three Types of Euroscepticism, in: Acta Politica Jg. 42, S. 287–306.
- Westle, Bettina 2007: Europäische Identität und europäische Demokratie. Analysen zum "Demokratiedilemma" der EU, in: Welt Trends - Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, 15/54, S. 69–83.
- Wilde, Pieter de 2009: Reasserting the Nation State. The Trajectory of Euroscepticism in the Netherlands 1992-2005 (RECON Online Working Paper, 2009/01). Online verfügbar unter [http://www.reconproject.eu/main.php/RECON\\_wp\\_0901.pdf?fileitem=16662572](http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0901.pdf?fileitem=16662572), zuletzt geprüft am 08.05.2009.
- Wimmel, Andreas 2004: Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11/1, S. 7–25.